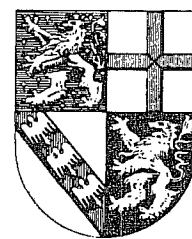


# SAARLAND



## STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT  
des  
STATISTISCHEN LANDESAMTES



2

3

4



2

3



2

Ausgabe 1/1984

Statistisches Amt des SAARLANDES

## **Statistische Nachrichten**

**Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.**

**Hrsg.:** Statistisches Amt des Saarlandes  
Postfach 409, Hardenbergstr. 3  
6600 Saarbrücken  
Telefon: 0681-505 930

**Bezugspreis:** Einzelheft **3,00 DM**  
Jahresabonnement **10,00 DM**

**Bestellungen:** Statistisches Amt des Saarlandes,  
Telefon: 0681-505 927

*NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.*

**ISSN: 0721-2410**

## INHALT

<b>Kurzinformationen</b>	Jährliche Teuerungsrate leicht gestiegen	5
	Leichter Beschäftigungsanstieg im Saarhandwerk	5
	Weniger Unternehmenskonkurse 1983	5
	Öffentliche Verschuldung 1983	6
	2,9 % höhere Einzelhandelsumsätze im Jahr 1983	6
	Weitere Zunahme der Kapitalgesellschaften	7
	Zahl der Ehescheidungen rückläufig	7
	Geburtendefizit hält an	7
	Nur noch knapp zwei Drittel der Studienberechtigten wollen studieren	7
	Öffentliche Abfallbeseitigung 1982	7
<b>Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung</b>		8
<b>Zur Wirtschaftslage</b>		9
<b>Beiträge</b>	<b>VOLKSZÄHLUNG: Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Folgen</b>	10
	Kommunalwahl 1979 im Vergleich zur Europawahl 1979 und zu früheren Kommunalwahlen	17
	Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im saarländischen Einzelhandel und Gastgewerbe 1980 bis 1983	29
	Index der Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes auf Basis 1980 = 100	39
<b>Tabellenteil</b>	Zahlenspiegel für das Saarland	53
<b>Anhang</b>	Mitteilungen des Amtes	61
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	62
	Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 4. Quartal 1983	63

---

## ZEICHENERKLÄRUNG

---

- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- .** Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x** Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ...** Angabe fällt später an
- /** keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- ()** Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

# Kurzinformationen

## Jährliche Teuerungsrate leicht gestiegen

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen ist im Saarland von Mitte Januar bis Mitte Februar 1984 um 0,5 % gestiegen und liegt damit um 3,6 % höher als vor einem Jahr. Im Januar 1984 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat + 3,1 % betragen.

Bei sieben von insgesamt neun Ausgabengruppen der Lebenshaltung tendierten die Preise in Monatsfrist weiter nach oben, insbesondere in den Ausgabengruppen „Wohnungsmiete“ (+ 1,3 %), „Nahrungs- und Genußmittel“ (+ 0,8 %) sowie „Kleidung, Schuhe“ (+ 0,7 %). Dagegen gab es im Berichtsmonat für die Ausgabengruppe „Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ einen Indexrückgang von 0,1 %, der durch die Preisnachlässe für leichtes Heizöl verursacht wurde. Auch im Bereich „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ konnte infolge der Preisnachlässe bei Kraftstoffen eine rückläufige Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat (- 0,4 %) ermittelt werden.

Diese Preisabschwächungen konnten jedoch die überdurchschnittlichen, nach oben gerichteten Preisbewegungen im Rahmen der Entwicklung des Gesamtindex nur leicht abschwächen.

## Leichter Beschäftigungsanstieg im Saarhandwerk

Während große Bereiche der Saarwirtschaft weiterhin Beschäftigungseinbußen melden, hat sich die Beschäftigungslage im Saarhandwerk bereits spürbar entspannt. Nach Berechnungen des Statistischen Amtes des Saarlandes waren Ende 1983 im saarländischen Handwerk ohne handwerksähnliches Gewerbe und handwerkliche Nebenbetriebe rund 62 500 Personen tätig. Gegenüber dem Beschäftigungsniveau ausgangs 1982 bedeutet dies einen Anstieg um 0,6 %. Im langfristigen Vergleich hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im Handwerk gegenüber dem Basisjahr 1976 um 4,8 % erhöht. Das heißt, in den

letzten sieben Jahren wurden per Saldo etwa 2 800 Arbeitsplätze neu geschaffen.

Wie bereits in den Vorjahren verlief die Entwicklung im Dienstleistungshandwerk am günstigsten. Ende 1983 lag die Zahl der tätigen Personen um 3,2 % über der des vierten Quartals 1982. In den Handwerksbetrieben des Verarbeitenden Gewerbes stiegen die Belegschaften mit 0,8 % ebenfalls spürbar an. Bestimmt wurde diese positive Tendenz durch die in den Bereichen Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und Reparatur von Gebrauchsgütern zu verzeichnende Belebung. Zufriedenstellend war auch die Situation bei der Reparatur von Kraftfahrzeugen und im Ernährungsgewerbe. Beschäftigungsrückgänge sind hingegen von den Handwerksbetrieben der Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen und teilweise des Maschinenbaus zu melden. Das Textil- und Bekleidungsgewerbe setzte den Schrumpfungsprozeß der Vorjahre fort.

Die Handwerksbetriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Handel melden einen Beschäftigungsrückgang von 1,9 %. Der, wenn auch nur noch leichte, Beschäftigungsverlust im Bauhandwerk ist auf die immer noch schwache Entwicklung im Wirtschaftszweig Hoch- und Tiefbau zurückzuführen. Dem steht die im abgelaufenen Jahr weiterhin günstige Geschäftslage im Bereich Zimmerei, Dachdeckerei gegenüber, die sich in einem erneuten Beschäftigungsanstieg um 1,3 % niederschlug. Neue Arbeitsplätze wurden aber auch im Ausbaugewerbe und hier insbesondere bei der Installation von Heizungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen geschaffen. Insgesamt ist damit die Wirtschaftslage der saarländischen Handwerksbetriebe ausgangs 1983 — Anfang 1984 merklich günstiger als die der Industriebetriebe.

## Weniger Unternehmenskonkurse 1983

Im Jahre 1983 wurden im Saarland 285 Konkurse und ein Vergleichsverfahren gemeldet. Die Zahl

der Insolvenzen hat gegenüber 1982 zwar noch um drei Fälle oder gut 1 % zugenommen; die Entwicklung hat sich jedoch deutlich abgeschwächt, nachdem der Anstieg im Jahre 1982 noch bei über 42 % gelegen hatte.

Vermehrte Zahlungsschwierigkeiten traten allein bei natürlichen Personen, Vereinen und Nachlässen auf (von 53 auf 75 Fälle), wohingegen die Anzahl der Unternehmenszusammenbrüche von 230 auf 211 Insolvenzen zurückging. Weniger Konkurse wurden vor allem im Baugewerbe, aber auch im Handel und im Bereich "Verkehr, Nachrichtenübermittlung" registriert. Mehr Meldungen kamen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, aus der Land- und Forstwirtschaft sowie aus der Kredit- und Versicherungsbranche.

Handwerksbetriebe waren in 29 % der Fälle betroffen.

Über 61 % aller gescheiterten Unternehmen wurden in der Rechtsform einer GmbH geführt. Stärker in Zahlungsschwierigkeiten geriet wiederum die junge Unternehmensgeneration, denn 81 % der Firmen hatten noch keine acht Jahre bestanden.

Trotz der leichten Zunahme aller Insolvenzfälle ist die Summe der von den Gläubigern angemeldeten Forderungen gegenüber dem Vorjahr um fast 27 % auf 104 Mio. DM zurückgegangen.

Der volkswirtschaftliche Schaden dürfte allerdings kaum geringer ausfallen, da von den beantragten 285 Konkursen nur 50 Verfahren — das sind 17,5 % (im Vorjahr 22,4 %) — eröffnet werden konnten. Umgekehrt bedeutet dies, daß 82,5 % aller Konkursanträge abgelehnt werden mußten, weil die vorhandene Masse nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichte.

### Öffentliche Verschuldung 1983

Die saarländischen Gemeinden/Gv. waren Ende 1983 mit über 2,3 Mrd. DM verschuldet. Die Zunahme betrug 4,9 % und lag damit etwas höher als im Vorjahr (4,1 %). Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung stieg von 2 080 auf 2 196

DM je Einwohner an. Die Schuldenentwicklung verlief jedoch sehr unterschiedlich: Von den 58 Gemeinden/Gv. meldeten 37 eine höhere Verschuldung als vor Jahresfrist; 21 Kommunen konnten, wenn auch nur geringfügig, ihre Schuld verringern. Bei den Gemeinden entfällt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung weiterhin auf Saarlouis (4 915 DM je Einwohner), gefolgt von Saarbrücken (2 935); die geringste Belastung trägt Nalbach mit 461 DM je Einwohner hinter Nonnweiler (866).

Bei den Gemeindeverbänden streut die einwohnerbezogene Schuld zwischen 201 DM (Kreis Merzig-Wadern) und 386 DM (Kreis Neunkirchen).

Die Verbindlichkeiten des Landes stiegen 1983 netto um 948 Mio. DM oder 18,5 % (im Vorjahr 23,4 %) auf 6,087 Mrd. DM an. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5 777 DM je Einwohner.

### 2,9 % höhere Einzelhandelsumsätze im Jahr 1983

Im vergangenen Jahr setzten die saarländischen Einzelhandelsbetriebe wertmäßig um 2,9 % mehr um als 1982, das entspricht einer realen Umsatzentwicklung von knapp 1 %.

Getragen wurde diese Entwicklung vor allem von den guten Verkaufserlösen im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen (nominal: + 11,6 %; real: + 8,2 %) und im Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten (+ 7,3 %; + 6,5 %).

Relativ günstig war auch der Geschäftsverlauf im Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art (+ 3,4 %; + 2,1 %), wozu auch die Großeinkaufsstätten wie Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Kaufhäuser zählen. Während sowohl die SB-Warenhäuser als auch die Verbrauchermärkte besser als im Vorjahr abschnitten, stagnierten die Erlöse der Warenhäuser.

Nur nominale Umsatzsteigerungen verbleiben dem Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen (+ 4,1 %; - 1,3 %) sowie dem Vertrieb mit Einrichtungsgegenständen (+ 3,1 %; - 0,1 %).

### Weitere Zunahme der Kapitalgesellschaften

Ende 1983 gab es im Saarland 37 Aktiengesellschaften und 6 221 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Bei den Aktiengesellschaften kam die seit Jahren zu beobachtende Bestandsabnahme vorläufig zum Stillstand, während sich die Rechtsform der GmbH weiterhin großer Beliebtheit erfreut, denn ihre Anzahl nahm 1983 per Saldo um 146 zu. Das durchschnittliche Nominalkapital betrug 31,5 Mio. DM je AG und 503 000 DM je GmbH. Dabei hielten jedoch 4 792 oder 77 % aller GmbHs nur das Mindestkapital von bis zu 50 000 DM. Andererseits waren 224 GmbHs mit jeweils über 1 Mio. DM Stammkapital ausgestattet.

### Zahl der Ehescheidungen rückläufig

Für das Saarland wurden im Jahre 1983 dem Statistischen Landesamt insgesamt 2 290 gerichtliche Ehescheidungen gemeldet. Dies waren 6,7 % weniger als im Jahr zuvor. Rund 28 % der Scheidungen wurden vom Ehemann, 52 % von der Ehefrau und 20 % von beiden Ehepartnern gemeinsam beantragt. Ewa 8 % der Männer und 19 % der Frauen waren unter 25 Jahre, 30 % bzw. 44 % unter 30 Jahre und insgesamt 53 % bzw. 65 % unter 35 Jahre alt.

### Geburtendefizit hält an

Im Verlauf des Jahres 1983 wurden im Saarland insgesamt 9 918 Lebendgeburten registriert. Dies waren nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes 369 Geburten oder 3,6 % weniger als 1982. Demgegenüber erhöhte sich die Anzahl der Sterbefälle im gleichen Zeitraum um 318 oder 2,5 %. Das hieraus resultierende Geburtendefizit von 3 232 Personen lag damit um 687 Personen höher als im Vorjahr. Bundesweit nahm die Anzahl der Lebendgeburten binnen Jahresfrist um knapp über 4 % ab, die Zahl der Sterbefälle erhöhte sich demgegenüber nur unwesentlich um 0,2 %.

### Nur noch knapp zwei Drittel der Studienberechtigten wollen studieren

Bei einer vom Statistischen Landesamt im Dezember 1983 durchgeführten Erhebung wurden im Saarland rund 5 000 Abiturienten an Gymnasien und Schüler der Abschlußklassen an Fachoberschulen nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. Ihre Zahl stieg demnach ge-

genüber dem Vorjahr nur mehr um zwei Prozent (Vorjahr: + 6 %).

Nach ersten Vorwegauswertungen ging der Anteil der Studienwilligen, der vor Jahresfrist noch bei 67,1 % lag, weiter zurück: Nur noch knapp zwei Drittel (64 %) aller Befragten äußerten die Absicht, nach Erwerb der allgemeinen Hochschulreife bzw. Fachhochschulreife ein Studium aufzunehmen. Im Schuljahr 1972/73 betrug diese Quote noch 87,9 %.

Ein Viertel der Befragten hatte sich zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht entschieden, entweder zu studieren oder einen Beruf zu ergreifen. Der Anteil der Absolventen ohne jede Studienabsicht erhöhte sich insgesamt von 10 % im Vorjahr auf 11 %.

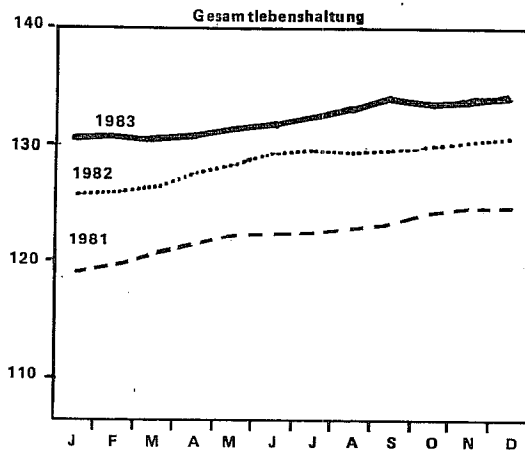
Bei einer Studienbereitschaft von insgesamt 64 % lag der Anteil der Studienwilligen bei den männlichen Befragten mit 71 % wiederum erheblich über dem der weiblichen (54 %); die niedrigste Quote verzeichneten die Fachoberschülerinnen, von denen im Schuljahr 1983/84 nicht einmal mehr die Hälfte studieren wollte.

### Öffentliche Abfallbeseitigung 1982

Im Rahmen der öffentlichen Abfallbeseitigung wurde auf den Deponien und sonstigen Abfallbeseitigungsanlagen des Saarlandes im Jahr 1982 ein Abfallaufkommen von insgesamt 1,45 Mill. Tonnen beseitigt. Das sind rd. 2 % weniger als im vorangegangenen Berichtsjahr 1980. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Umweltstatistik wurden u.a. 672 000 t Haus- und Sperrmüll einschl. hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, 605 000 t Schlämme aller Art einschl. Abscheidegut, ölgetränktes Erdreich etc., 3 500 t flüssige Abfälle, 42 000 t Schlacke aus Müllverbrennung und rd. 1 000 t Krankenhausabfälle festgestellt. Geringere Mengen fielen bei nahezu allen Abfallgruppen an, vor allem bei Haus- und Sperrmüll (- 12 000 t), Bodenaushub, Bauschutt (- 15 000 t) sowie Schlacken (- 6 000 t); feste Gewerbeabfälle und Industrieschlämme wiesen dagegen ein Plus von 1 500 t auf. Die bei der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelte Menge an Haus- und Sperrmüll (einschl. hausmüllähnlicher Abfälle) belief sich im Durchschnitt auf rd. 520 kg bzw. 1,6 m<sup>3</sup> je Einwohner.

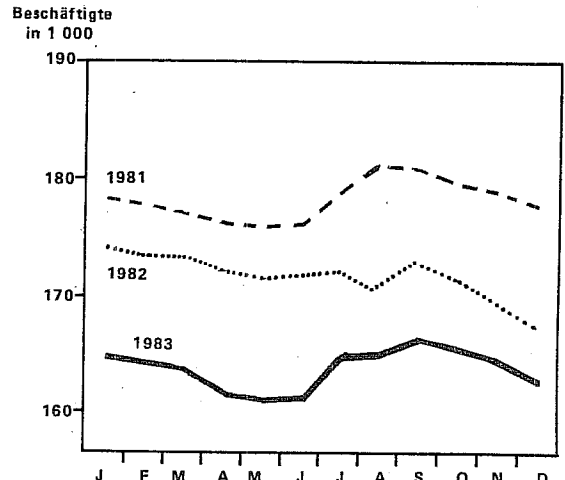
# Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung

Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup>  
1976 = 100



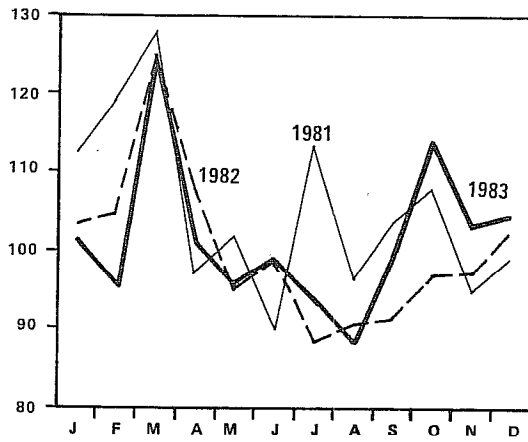
<sup>1)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen

Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>



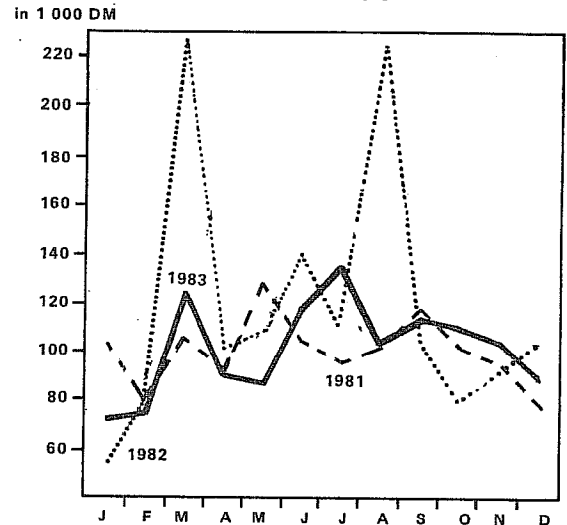
<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe <sup>1)</sup>  
1980 = 100

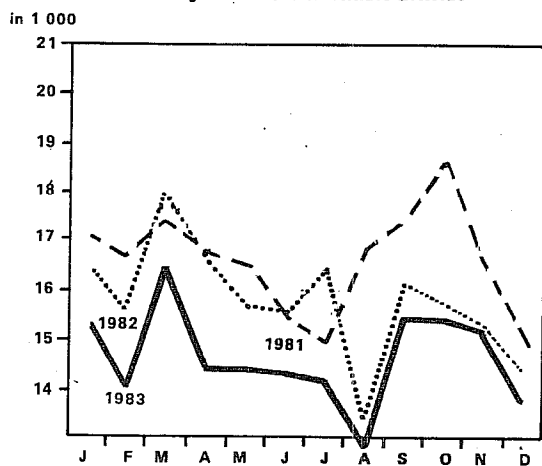


<sup>1)</sup> Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

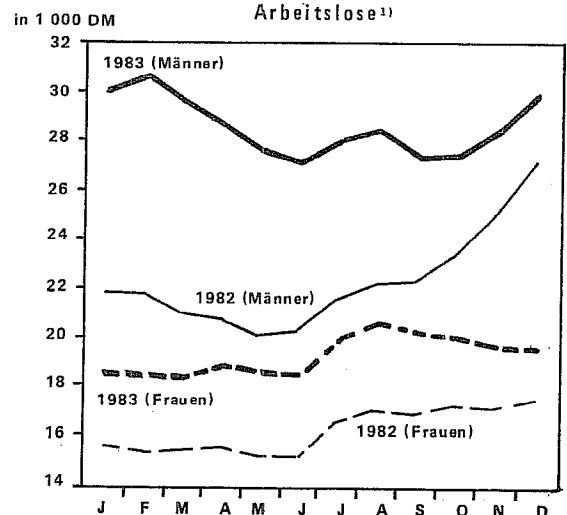
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden  
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose <sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> nach Angaben des Landesarbeitsamtes Rheinland - Pfalz - Saarland



## Zur Wirtschaftslage

Die konjunkturelle Entwicklung im Bundesgebiet wird nach den vorliegenden amtlichen Informationen in den ersten Monaten 1984 offensichtlich zunehmend von Auftriebstendenzen bestimmt. Die Investitionstätigkeit sowie die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland beim Verarbeitenden Gewerbe zeigen eine merkliche Belebung. Auch das Konsumklima hat sich deutlich gebessert. Die selbsttragenden Kräfte einer konjunkturellen Stabilisierung dürften somit sukzessive gestärkt werden. Auf mittlere Sicht bleiben dennoch erhebliche Risiken bestehen, da zur Zeit noch nicht abzusehen ist, mit welcher Intensität und Dauer sich die Auftriebskräfte durchsetzen können.

Auch in der Saarlwirtschaft ist durchaus in gewissem Umfang eine weiter verbesserte Grundstimmung gegenüber den vorangegangenen Quartalen zu verzeichnen. Die Belebung der Produktionstätigkeit der saarländischen Industrie setzte sich in den ersten Monaten 1984 fort. Die Auftrags-eingänge des In- und Auslandes stiegen deutlich an, auch wenn in den einzelnen Wirtschaftshauptgruppen ein recht unterschiedlicher Verlauf gegeben ist. Gemessen am Produktionsindex ist der Tiefstand der letzten Rezession spürbar überwunden; die Produktionsleistungen blieben jedoch insgesamt im Vergleich zu früheren Jahren immer noch auf relativ niedrigem Niveau. Das stärkste Plus weist das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auf, das in den Vorperioden infolge der Probleme der eisenschaffenden Industrie weit im Rückstand war. Auch das Investitionsgüter und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe meldeten Produktionsausweitungen. Es zeigt sich, daß die konjunkturelle Besserung wesentlich auch von der privaten Konsumnachfrage getragen wird. Demgegenüber waren im saarländischen Bauhauptgewerbe zum Winterende noch rückläufige, im Ausbaugewerbe nur leicht günstigere Produktionswerte nachzuweisen. So berichtet auch der saarländische Einzelhandel über eine deutliche Umsatzbelebung im Januar und Februar gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres, wobei allerdings z. T. erhebliche Abweichungen zwischen den einzelnen Handelszweigen mit unterschiedlichem Saisonverlauf vermerkt werden müssen.

Auf dem Arbeitsmarkt muß die Gesamtsituation nach wie vor als schlecht bezeichnet werden. Größere Änderungen oder sogar ein grundlegender Wandel sind im bisherigen Jahresverlauf nicht eingetreten. Lediglich im Handwerk war schon Ende 1983 erfreulicherweise ein etwas höherer Personalstand festzustellen als vor Jahresfrist. Die Zahl der Arbeitslosen lag im März 1984 mit 51 540 nur wenig niedriger als im Vormonat, aber um 3 490 höher als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Die Arbeitslosenquote betrug 12,7 % (Bund 9,6 %). Eine Entlastung der angespannten Lage dürfte sich erst mit einer gewissen Verzögerung bemerkbar machen, wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einer Reihe von Branchen überwunden werden können, zumal auch saisonale Einflüsse auf dem saarländischen Arbeitsmarkt meist schwächer ausgeprägt sind als z. B. in anders strukturierten Regionen des Nachbarlandes Rheinland-Pfalz. Die Preise für die Lebenshaltung lagen Mitte März um 3,7 % höher als im Jahr zuvor (Bund 3,2 %). Im Februar betrug der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 3,6 % (Bund 3,1 %), Ergebnisse, die im überregionalen bzw. internationalen Vergleich durchaus positiv bewertet werden können.

# VOLKSZÄHLUNG:

## Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Folgen

### I. Zur Vorgeschichte

Auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Volkszählungsgesetz 1983 haben viele mit Spannung gewartet: nicht nur die Produzenten und Konsumenten der amtlichen Statistik, sondern auch ein buntgemischtes, sonst wenig statistikinteressiertes Publikum — letzteres freilich in schon etwas ermattender Spannung. Waren doch am Tage der Urteilsverkündung (15. Dezember 1983) seit der unerwarteten einstweiligen Anordnung gegen die Volkszählung schon ganze 8 Monate vergangen. Wenn die Spannung doch anhielt, so deshalb, weil das Gericht es mit einer Woge öffentlicher Emotionen in einer Sache zu tun bekam, die noch ein Jahr vorher den Medien nicht mehr wert war als kleine Meldungen über ein für die Bundesrepublik beschämendes Gezerre zwischen Bund und Ländern wegen der Verteilung der Erhebungskosten. Seit 1980 war die Volkszählung aus keinem anderen Grunde als diesem immer wieder verschoben worden. Nun war — auf eine Vielzahl von Verfassungsbeschwerden hin — die auf den 27. April 1983 festgesetzte Erhebung durch eine einstweilige Anordnung des Karlsruher Gerichtes bis zur endgültigen Entscheidung suspendiert worden. Die Reaktion auf diese einstweilige Anordnung war so bemerkenswert wie ihr Inhalt überraschend. Zum ersten Mal seit mindestens zwei Jahrzehnten wurden von tonangebenden Organen der öffentlichen Meinung unverhohlenen Zweifel an der Weisheit dieses sonst hochgeachteten Gerichtes laut: Erheblicher finanzieller Aufwand sei umsonst vertan (man bedenke die Vorgeschichte!); der verfassungsrechtliche Gehalt dieser Sache sei offenkundig gering; am Ende werde das Gericht doch nur die außerstatistische Verwendung der erhobenen Daten beanstanden (was auch durch Auflagen hätte erledigt werden können); und von den politischen Motiven der Beschwerdeführer wolle man gar nicht erst reden. Aber es gab auch manche, die verzagten: Jetzt nehme die auf primärstatistische Erhebungen gebaute amtliche Statistik ein unrühmliches Ende, und alle statistischen Lehrbücher müßten natürlich neu geschrieben werden.

Nun denn: Das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde gegen die Volkszählung von 1983 vom 15. Dezember 1983 liegt vor. Es ist 14 Schreibmaschinenseiten lang. Die Gründe sind auf 75 Seiten dargelegt, wovon die ersten 35 der Darstellung des Sachverhalts dienen.

### II. Das Urteil und seine Begründung

#### a. Der Inhalt des Urteils

Das Urteil hat folgenden Inhalt: Verfassungswidrig und daher nichtig ist § 9 des Volkszählungsgesetzes in seinen Absätzen 1 bis 3, die den Vergleich der Volkszählungsergebnisse mit den Melderegistern sowie die Weitergabe von Einzelergebnissen (ohne Namen) "an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden" und an die Gemeinden und Gemeindeverbände (für Zwecke der Regionalplanung und der Verwaltung) vorgesehen haben.

Das Frageprogramm der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung (§§ 2 — 5 des Volkszählungsgesetzes) ist in allen Punkten, die Gegenstand der Prüfung waren, mit dem Grundgesetz vereinbar. (Eine Frage, die nicht Gegenstand der Prüfung war — Unterscheidung der Anstaltsbevölkerung in Insassen und Personal — wurde in der Urteilsbegründung erwägungsweise beanstandet).

Dem Gesetzgeber wird auferlegt, nach Maßgabe der Urteilsbegründung für ergänzende Regelungen der Organisation und des Verfahrens der Volkszählung Sorge zu tragen. Im übrigen werden die Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen.

Dem Urteilstext zufolge richten sich die verfassungsrechtlichen Beanstandungen im wesentlichen gegen die außerstatistischen Nutzungen von Einzelangaben für Zwecke der Verwaltung. Die Weitergabe von Einzelangaben (ohne Namen und Anschrift) an "Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete" (§ 9 Abs. 4 VZG) zur Auswertung für wissenschaftliche Zwecke wurde nicht gerügt.

Im statistikinternen Bereich könnten vom Urteil betroffen sein: das Frageprogramm, das Erhebungsverfahren, das Aufbereitungsverfahren und die Auswertungsergebnisse. Von einem einzigen wenig wichtigen Punkt des Frageprogramms abgesehen, wird im Urteilstext keines der statistikinternen Ausgestaltungsmerkmale für verfassungswidrig erklärt, jedoch wegen einer "Nachbesserung" des Datenschutzes auf die Urteilsgründe verwiesen.

## b. Die Urteilsgründe

Nach einer ausführlichen Darstellung des Sachverhalts folgt die eigentliche Urteilsbegründung.

Die Darlegungen des Gerichts betreffen zwei verschiedene Gegenstände, die zwar nicht unabhängig voneinander sind, aber — will man das Urteil recht verstehen — sorgfältig auseinander gehalten werden müssen.

Der erste Gegenstand ist die Behandlung von "personenbezogenen Daten, die in individualisierter, nicht anonymisierter Form erhoben und bearbeitet werden". Der andere ist die Behandlung von solchen Daten, "die für statistische Zwecke bestimmt sind" (S. 48).

Der Leser kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß das Engagement des Gerichts sich weitaus mehr auf den ersten Gegenstand richtet als auf den zweiten. Die Mutmaßung ist erlaubt, daß das Gericht die Verfassungsbeschwerden vor allem als Gelegenheit nutzte, sich vorsorglich und vorwarnend zu einem Fragenkreis zu äußern, der mit Stichworten wie "Persönlichkeitsprofil", "Totalabbild der Persönlichkeit" und "einheitliches Personenkennzeichen" zu charakterisieren ist, weniger indes mit den Stichworten "Volkszählung" und "Statistik".

Prüfungsmaßstab für die gesamte Materie war in erster Linie das durch Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht. Das Recht auf freie Selbstbestimmung und Selbstentfaltung der Persönlichkeit schließe, so das Gericht, die Befugnis des Einzelnen ein, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden. Diese Befugnis bedürfe unter den heutigen und künftigen Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung — unbegrenzte Speicherbarkeit, rasche Abrufbarkeit ohne Rücksicht auf Entfernungen — in besonderem Maße des Schutzes, drohe doch gar die Gefahr, daß Daten aus mehreren Datensammlungen zu einem "teilweisen oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden". Das Gericht kommt mehrfach auf die Sorge zurück, es könnten ohne Wissen der Bürger individuelle "Persönlichkeitsprofile" und "Totalabbilder der Persönlichkeit" entstehen, insbesondere durch Zusammenfassung von Daten, wie sie z.B. mittels eines einheitlichen Personenkennzeichens möglich wäre. Unter diesen Umständen folge aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht ein Recht auf "informationelle Selbstbestimmung". "Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wäre eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß" (S. 45). Freilich sei dieses Recht nicht schrankenlos. In überwiegen-

dem Allgemeininteresse müßten Einschränkungen des Rechtes vom Einzelnen hingenommen werden. Diese bedürften allerdings einer gesetzlichen Grundlage, aus der sich die Voraussetzungen und der Umfang der Beschränkungen für den Bürger klar ersehen lassen (Gebot der Normenklarheit) und in der der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werde. Ob eine ins Gewicht fallende Einschränkung vorliege, lasse sich nicht nach dem Inhalt der vom Bürger verlangten Angaben beurteilen ("Intimsphäre"). Unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung, die vielfache Datenverknüpfungen erlaube, gebe es "kein belangloses Datum mehr". Entscheidend sei vielmehr die Verwendung der eingeholten Daten.

Diese letzte Sentenz wirkt — für sich genommen — überspitzt und unplausibel, hat aber im Argumentationszusammenhang der Urteilsbegründung eine überaus vorteilhafte Konsequenz. Das Gericht braucht sich nun nicht auf den hoffnungslosen Versuch einzulassen, die einzelnen in der Volkszählung vorgesehenen Fragen der Reihe nach zu prüfen, ob sie mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung gar nicht, ein wenig oder stark kollidieren.

Die weitere Urteilsbegründung unterscheidet nun klar zwischen den beiden Verwendungszusammenhängen.

Die zwangsweise Erhebung und Verwendung der personenbezogenen, individualisierten, nicht anonymisierten Daten beeinträchtigt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nur dann nicht, wenn der Gesetzgeber den Verwendungszweck "bereichsspezifisch und präzise bestimmt", und wenn die Angaben für diesen Zweck geeignet und erforderlich sind.

Dagegen könne bei der Datenerhebung für statistische Zwecke eine "enge und konkrete Zweckbindung der Daten" nicht verlangt werden. Gehöre es doch "zum Wesen der Statistik, daß die Daten nach ihrer statistischen Aufbereitung für die verschiedensten, nicht von vorneherein bestimmbareren Aufgaben verwendet werden sollen; demgemäß besteht auch ein Bedürfnis nach Vorratsspeicherung. Das Gebot einer konkreten Zweckumschreibung und das strikte Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat kann nur für Datenerhebung zu nichtstatistischen Zwecken gelten, nicht jedoch bei einer Volkszählung, die eine gesicherte Datenbasis für weitere statistische Untersuchungen ebenso wie für den politischen Planungsprozeß durch eine verlässliche Feststellung der Zahl und der Sozialstruktur der Bevölkerung vermitteln soll" (S. 50).

Nach dieser grundlegenden und für die amtliche Statistik existenzsichernden Differenzierung zwischen beiden Verwendungszusammenhängen bezüglich der erforderlichen Zweckbindung und der er-

laubten Vorratshaltung entwickelt das Gericht Grundsätze für einen verstärkten Datenschutz im Verlauf der statistischen Erhebungs- und Aufbereitungsprozedur. Dieser verstärkte Datenschutz soll ein Ausgleich sein für die Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, die die amtliche Statistik — gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag und ihrer gesellschaftlichen Funktion — zwangsläufig mit sich bringt.

Die vom Gericht entwickelten Grundsätze sind größtenteils nur eine Bekräftigung jener Regeln, nach denen die amtliche Statistik traditionellerweise verfährt.

## 1. Das Erhebungsverfahren

Die Volkszählung ist eine primärstatistische Totalerhebung mit Auskunftspflicht. Eine Erhebung solcher Art muß einer Überprüfung ihrer Verhältnismäßigkeit standhalten. Verhältnismäßigkeit kann in doppeltem Sinne verstanden werden: Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel bezüglich des angestrebten Zweckes und Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel bezüglich alternativer Mittel.

Das Gericht läßt sich nicht auf den Versuch ein, den Nutzen, den Legislative und Exekutive aus den verschiedenerelei Daten für ihre Aufgabenerfüllung ziehen können, zu bemessen und ihn gegen die jeweilige Belastung, die die Erhebung für die Bürger mit sich bringt, abzuwägen. Es geht vielmehr davon aus, daß dem Staat durch die Verfassung politische Gestaltungsaufgaben übertragen sind, die eine empirisch-statistische Handlungsgrundlage zur unentbehrlichen Voraussetzung haben. Dieser Gedanke läßt sich noch fortführen. Aus dem Sozialstaatsprinzip und aus der Aufgabe, ökonomische und soziale Entwicklungen nicht als unabänderliches Schicksal hinzunehmen (S. 50), folgt nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Verpflichtung des Staates, sowohl die Ausgangsbedingungen als auch die Folgen seines Handelns empirisch-statistisch zur Kenntnis zu nehmen.

Die Verhältnismäßigkeit einer primärstatistischen Totalerhebung mit Auskunftspflicht im Vergleich zu "milderen" anderen Erhebungswegen wird ausführlich diskutiert.

Beim gegebenen Stand der statistischen Methodik, so das Gericht, könnten weder Stichprobenerhebungen noch schriftliche Umfragen auf dem Postwege einen vollwertigen Ersatz für die herkömmliche Volkszählung liefern. Das Gericht erörtert nicht, ob denn eine

Stichprobenerhebung auch für die in die Stichprobe einbezogenen Bürger das "mildere Mittel" wäre. Eine Zusammenführung vorhandener Dateien sei keine zulässige Alternative zu einer Totalerhebung. Sie würde ja technisch und organisatorische Vorkehrungen erforderlich machen, welche, wie das Gericht es sieht, dem Verhängnis erst den Weg bereiten würden: "den einzelnen Bürger in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren" (S. 60).

Allerdings müsse der Gesetzgeber die Entwicklung der statistischen Methodik verfolgen und laufend prüfen, ob das herkömmliche Verfahren der Volkszählung nicht als erhebungstechnisch überholt und daher nicht mehr als verhältnismäßig zu gelten habe.

## 2. Das Frageprogramm der Volkszählung

Das Frageprogramm wurde im wesentlichen an drei Maßstäben gemessen und blieb (mit einer Ausnahme) unbeanstandet.

(1) Es führe, so das Gericht, nicht zu einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren gänzlichen oder teilweisen Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit. Teilabbilder der Persönlichkeit könnten auch nicht durch Zusammenführung der Volkszählungsdaten mit anderen in statistischen Ämtern vorhandenen Informationen entstehen. Unzulässig wäre allerdings eine "unbeschränkte Verknüpfung der erhobenen Daten mit den bei den Verwaltungsbehörden vorhandenen" (S. 56).

(2) Das Frageprogramm genüge, so führt das Gericht aus, dem Gebot der Normenklarheit.

(3) Das Frageprogramm entspreche, soweit es Prüfungsgegenstand sei, auch dem Gebot der Verhältnismäßigkeit. Der Fragenkatalog wird in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen erörtert.

Für das Zweck-Mittel-Verhältnis gilt der allgemeine Satz, daß die Datenerhebung "allein als Hilfe zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erfolgen" dürfe, daß aber auch dabei "nicht jede Angabe verlangt werden" könne. Insbesondere dürfe die Auskunftserteilung nicht "für den Betroffenen die Gefahr der sozialen Abstempelung (etwa als Drogensüchtiger, Vorbestrafter, Geisteskranker, Asozialer) hervorrufen können". Drohe diese Gefahr, so müsse geprüft werden, ob das Ziel der Erhebung nicht auch durch eine anonymisierte Ermittlung erreicht werden kann (S. 51). Aus diesen Gründen wird die Frage an die Anstaltsbewohner, ob sie zum Personal gehö-

ren oder Insasse seien, erwägungsweise für unzulässig erklärt. (Sie unterlag nicht der eigentlichen Prüfung, weil die Verfassungsbeschwerden gegen sie wegen Nichtbetroffenheit unzulässig waren. Sie ist daher nicht Urteilsgegenstand). Dieser einzige Eingriff in den Fragenkatalog ist materiell wenig bedeutsam, seiner rechtlichen Begründung wegen aber interessant. Das Verdikt bezieht sich auf den in der Bundestagsdebatte vorgetragene Zweck dieser Frage: Es solle die Belegung der Anstalten gemessen werden. Zurecht stellt das Gericht fest, daß dieser Zweck auch dadurch erfüllt werden könne, daß der Anstaltsleiter die am Stichtag vorhandene Zahl der Insassen angebe. Die Frage an die Anstaltsbewohner selbst sei daher nicht erforderlich, folglich unverhältnismäßig. Nun ist aber der Erkenntniswert der beanstandeten Fragen erheblich größer als aus der zitierten Begründung hervorgeht. Die Struktur der in Strafanstalten einsitzenden Bevölkerung (nach dem Alter, dem Geschlecht, der Erwerbstätigkeit, der sozialen Stellung, der Staatsangehörigkeit usw.) beschreibt auf höchst bemerkenswerte Weise die soziologische Geographie jenseits der Grenzen der Legalität in einer Gesellschaft. Ohne Zweifel ist der Sozialstaat gehalten, auf einen solchen Befund zu reagieren. Zu diesem Befund kommt man aber nur durch individuelle Angaben über die Insassen. Ist die beanstandete Frage, so begründet, nunmehr verhältnismäßig? Worauf kommt es an: auf den Erkenntniswert, den eine Angabe bei verständiger Würdigung sowohl des Sachverhalts als auch der staatlichen Aufgaben hat, oder auf den Erkenntniszweck, der im Gesetzgebungsverfahren vorgetragen wurde? Gewiß kommt es doch auf den erstgenannten Erkenntniswert an, wie das Gericht an mehreren Stellen der Urteilsbegründung selbst ausführt. ("Bei der Datenerhebung für statistische Zwecke kann eine enge und konkrete Zweckbindung der Daten nicht verlangt werden") (S. 50). Die Frage kann mit der Begründung, die das Gericht gibt, schwerlich als unverhältnismäßig verworfen werden.

Die Unverhältnismäßigkeit dieser Frage könnte man (was das Gericht nicht tut) auch damit begründen, daß das in der Anstalt wohnende Personal ja doch mit Hilfe der Frage nach der ausgeübten Tätigkeit (stichwortartige Beschreibung) und nach dem Namen und der Anschrift der Arbeitsstätte unschwer zu identifizieren ist. (Angehörige, falls vorhanden, dürften über den Haushaltsbogen erfaßbar sein.) Eine solche indirekte Erfassung der Insassen wäre "milder", weil sie dem Strafgefangenen nicht zumutet, sich mit eigener Hand als solchen zu kennzeichnen. Es ist aber zweifelhaft, ob das Gericht diese Lösung im Auge hat. Denn es führt aus, eine "personenbezogene Erhebung" dieses Tatbestandes wäre von vorneherein ein Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht.

Damit bliebe für das Verdikt des Gerichtes nur noch die durch diese Frage bewirkte "Abstempelung" des betreffenden Strafgefangenen. Aber wem gegenüber soll diese "Abstempelung" herabsetzend

wirken? Sowohl das Anstaltspersonal als auch (falls eingesetzt) der anstaltsfremde Erhebungsbeauftragte weiß doch ohnehin, mit wem er es zu tun hat. Eine Verletzung des Statistikgeheimnisses durch unbefugte Dritte muß auf andere Weise ausgeschlossen werden. Und dem Statistischen Amt gegenüber kann doch wohl von einer Abstempelung nicht die Rede sein. Schließlich: Aus den übrigen Angaben kann der Betroffene ja ohnehin als Insasse identifiziert werden. Kurzum: Die Gründe des Gerichts für die Beanstandung dieser Frage bleiben dunkel und sind aus den vorher aufgestellten Beurteilungsgrundsätzen nicht ableitbar.

### 3. Durchführung der Erhebung und Aufbereitung

"Zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung" bedarf es, so das Gericht, ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung. Eigens erwähnt werden die folgenden (S. 62):

(1) Geboten sei eine wirksame Aufklärung des Bürgers darüber, daß er sich nicht mit anderen einem Haushalt zurechnen zu lassen brauche und daß er die ausgefüllten Erhebungsbogen den Zählern in einem verschlossenen Umschlag übergeben oder ihn der Zählungsdienststelle selbst zuleiten könne.

(2) Die Auswahl und der Einsatz der Zähler müsse so erfolgen, daß Interessenkonflikte vermieden werden und daß die Zähler nicht in der Nähe ihrer Wohnung eingesetzt werden.

(3) Der Inhalt des Fragebogens müsse den gesetzlichen Anordnungen auch wirklich entsprechen.

(4) Die zur Identifikation dienenden Merkmale (insbesondere Namen, Anschrift, Kennnummer und Zählerlistennummer) müßten zum frühestmöglichen Zeitpunkt gelöscht und bis dahin von den übrigen Angaben getrennt unter Verschuß gehalten werden (S. 63, 52).

Die vom Gericht geforderte "frühzeitige Anonymisierung, verbunden mit Vorkehrungen gegen eine Deanonymisierung" (S. 52) muß jedoch in Beziehung gesetzt werden zu der vom Gericht ausdrücklich anerkannten Funktion der Volkszählung, eine gesicherte Datenbasis für weitere statistische Untersuchungen" abzugeben. Das strikte Verbot der Sammlung personenbezogener Daten auf Vorrat könne nur für Datenerhebungen zu nichtstatistischen Zwecken gelten, nicht jedoch bei einer Volkszählung, heißt es dort auch (S. 50).

Die Volkszählungsergebnisse können eine Auswahlgrundlage für zukünftige regional differenzierte Teilerhebungen (Flächenstichproben wie etwa der Mikrozensus) nur abwerfen, wenn die Verteilung der Haushalte über Straßen und Gebäude so lange identifizierbar bleibt, bis die Stichprobenpläne dieser Erhebungen aufgestellt sind. Aus dem Sinnzusammenhang der Darlegungen des Gerichtes ist zu schließen, daß es dieses Erfordernis anerkennt.

(5) Solange ein Personenbezug der Daten noch besteht — d. h. vor der Anonymisierung — sei auf die Wahrung des "Statistikgeheimnisses" besonders streng zu achten. Eine Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragten sei notwendig.

Man sieht, daß die im Urteil genannten "ergänzenden Regelungen der Organisation und des Verfahrens" durchaus im Einklang mit den hergebrachten Regeln der amtlichen Statistik stehen. Zweifellos dient die Statistik sich selbst am besten, wenn sie eine mißbräuchliche Verwendung der erhobenen Daten zweifelsfrei ausschließt.

#### 4. Außerstatistische Verwendung der Volkszählungsergebnisse

Was die in § 9 Abs. 1-3 des Volkszählungsgesetzes vorgesehene Weitergabe von personenbezogenen Daten für Zwecke der Verwaltung und der staatlichen Planung angeht, so sollte zwischen diesen außerstatistischen Verwendungen und der statistikimmanenten Verwendung ein deutlicher Trennungsstrich gezogen werden.

Nach den Ausführungen des Gerichts verletzen die Absätze 1-3 des § 9 das Recht auf informationelle Selbstbestimmung deshalb, weil es an einer klaren und konkreten Zweckbindung der Datenweitergabe fehlt. Der Bürger könne nicht erkennen, welche Konsequenzen es für ihn haben kann, daß die Verwaltung über "seine" Daten verfügt. Auf die konkrete Zweckbindung könne aber nur bei statistischer Verwendung anonymisierter Daten, nicht bei administrativer Verwendung nichtanonymisierter, personenbezogener Daten verzichtet werden. Das Gericht äußert sich nicht abschließend dazu, ob doch die "gleichzeitige Durchführung" einer statistischen Erhebung und einer Erfassung der Bevölkerung für Verwaltungszwecke grundrechtskonform durchgeführt werden könnte. Zwar überwiegen die Bedenken, weil man dabei allzu leicht "tendenziell Unvereinbares miteinander verbindet" (S. 66). Doch scheint Raum für konstruktive Phantasie zu sein.

Was etwa den Abgleich der Melderegister angeht, so ist es nicht Sache der Statistischen Ämter, sondern Sache der Gemeinden, die

Bürger für den Gedanken empfänglich zu machen, daß die Verwendung der Volkszählungsergebnisse das "mildeste Mittel" ist, um die Melderegister in Ordnung zu bringen. Die administrative Alternative dazu ist eine wesentliche Verschärfung der Meldebestimmungen (einschließlich der Bußgeldbemessung), notfalls die Anordnung systematischer Hausbesuche durch Polizeibeamte (möglicherweise gegen Gebühr), die (anders als die Zähler der Volkszählung) bei dieser Gelegenheit pflichtgemäß auch sonst nach dem Rechten sehen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist jedenfalls nicht flankiert von einem Recht auf Nachlässigkeit der Verwaltung.

### III. Resümee

Was hat dieses Gerichtsverfahren zur Volkszählung an der Stellung und an den Möglichkeiten der amtlichen Statistik geändert? Es nötigt zu besonderer Sorgfalt in manchen Details der Durchführung, die in früheren Jahren nicht als "sensitiv" gegolten hätten und in einigen Jahren vielleicht auch nicht mehr als "sensitiv" gelten werden. Daß die amtliche Statistik spürbar gezaust worden wäre, davon kann keine Rede sein. Es war nicht das statistikinterne Erhebungsprogramm der Volkszählung, das die Gründe für die einstweilige Anordnung lieferte — falls es ernstliche Gründe dafür je gegeben hat. Die amtliche Statistik hat Grenzüberschreitungen und Zweckentfremdung ihrer Daten seit jeher gescheut — und zwar schon im Interesse ihrer eigenen Arbeit. Die amtliche Statistik weiß auch sehr wohl, wo sie an der Grenze des für die Befragten Unzumutbaren operiert. Sie operiert dort gewiß nicht bei der Volkszählung, wohl aber bei manchen Unternehmenserhebungen.

Es ist klar, daß die Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht nichts anderes zum Gegenstand hat — jedenfalls unserer Rechtsordnung gemäß nichts anderes haben soll — als die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz. Ob das Volkszählungsgesetz ein gutes oder ein schlechtes Gesetz ist, ob seine Regelungen zweckmäßig, sachkundig und klug sind, das zu beurteilen ist nicht Sache der Verfassungsrichter. Daher mag man im neuen Volkszählungsgesetz auch manches, das von Verfassungs wegen nicht beanstandet wurde, anders regeln als im alten.

Freilich gibt es auch einige Denkfiguren, die den Leser der Urteilsbegründung mit Unbehagen erfüllen, die Anlaß zur Diskussion sein könnten.

#### 1. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Der Leser fragt sich, ob es angeht, daß das Gericht sich immer wie-

der auf ein sogenanntes Recht auf informationelle Selbstbestimmung beruft, dieses Recht aber weder seinem Inhalt nach noch in seinem rechtssystematischen Zusammenhang auch nur halbwegs klar darstellt. Offenbar wollte sich das Gericht die zukünftige Ausfüllung dieser noch weitgehend leeren Form vorbehalten. Die Verfassungsbeschwerden, so das Gericht, gäben keinen Anlaß zur erschöpfenden Erörterung dieses Rechts. Zu entscheiden gewesen sei nur über die Tragweite dieses Rechtes für Eingriffe, durch welche der Staat die Angabe persönlicher Daten von Bürgern verlange. Bei diesem Verlangen des Staates wurde nun aber vom Gericht ganz auf die Form einer primärstatistischen Erhebung abgestellt. Wie indes verhält es sich mit jenen Daten, die dem Staat in Zusammenhang mit Verwaltungsakten, gleichsam zwangsläufig, bekannt werden, wie z. B. die Angaben in den polizeilichen Melderegistern? Wie verhält es sich mit solchen Angaben über ihre persönlichen Lebensumstände, die Bürger machen müssen, wenn sie soziale Leistungen beantragen? Es kann doch im Ernst nicht die Rede davon sein, daß die Bürger "bereichsspezifisch und präzise" über die Verwendungszwecke dieser Daten aufgeklärt werden könnten. Strukturbilder der Bevölkerung wie sie sich aus den Melderegistern oder aus den Anträgen auf Sozialhilfe ergeben, können Grundlage sehr verschiedenartiger Entscheidungen im Bereich der Hoheitsverwaltung und der Leistungsverwaltung sein.

Es ist zwar unbestreitbar richtig, daß statistische Erhebung und administrative Bestandserfassung nicht vermengt werden sollten, damit die Arbeit der amtlichen Statistik nicht durch Mißtrauen der Bürger beeinträchtigt wird. Es ist aber zweifelhaft, ob man gegen die Verwendung von noch personenbezogenen Volkszählungsergebnissen für Zwecke der Verwaltung ein so allgemein formuliertes und auf Verfassungshöhe angesiedeltes Recht ins Feld führen kann — wenn die Erfassung derselben oder ganz ähnlicher Daten im Verwaltungsvollzug allenthalben und unvermeidlich geschieht.

Festzuhalten bleibt aber: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist vom Gericht nicht so ausgelegt worden, daß die Arbeit der amtlichen Statistik darunter gravierend zu leiden hätte.

## 2. "Persönlichkeitsfeindliche Registrierung"

Das Gericht webt in seine Begründung Argumente ein, die nicht für jedermann leicht nachzuvollziehen sind und eine emotional geprägte Haltung zum Gegenstand verraten. Diese Argumentation ist allerdings schon seit dem Mikrozensus-Urteil von 1969 nicht mehr ganz unbekannt.

Es dürfe, so das Gericht, der Einzelne "nicht zum bloßen Informationsobjekt" werden, und es müsse die Gefahr einer "persönlichkeitsfeindlichen Registrierung und Katalogisierung des Einzelnen" abgewehrt werden (S. 51).

Besonders bedrohlich scheint dem Gericht "die Zusammenführung einzelner Lebens- und Personaldaten zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen der Bürger". Die "Teil- oder Totalabbilder der Persönlichkeit", die aus gesammelten Daten hervorgehen könnten, kehren in der Begründung immer wieder und bilden den düster drohenden Hintergrund, angesichts dessen alle zweifelnden Klügeleien über das Recht der informationellen Selbstbestimmung verstummen müssen.

Das Gericht läßt nicht — auch nicht exemplarisch — erkennen, mit welchen Merkmalskombinationen denn die Schwelle zum "Teilabbild der Persönlichkeit" überschritten würde. Es offenbart auch nicht, in wessen Händen es diese Totalabbilder oder Teilabbilder entstehen sieht. Eine Anspielung läßt den Leser an Nachrichtendienste denken. Unglücklicherweise sind aber, wie alte und jüngste Beispiele lehren, nicht "Totalabbilder der Persönlichkeit", sondern allzu dürftige, rein zufällige und daher irreführende Informationen die Ursache dafür, daß unschuldige Bürger "in die Mühlen der Geheimdienste geraten".

Diese Bedenken des Gerichtes treffen jedoch größtenteils nicht die amtliche Statistik, sondern die Verwendung personenbezogener Daten durch die Verwaltung.

Allerdings wird eine auf die amtliche Statistik gemünzte Formulierung aus dem Mikrozensusurteil von 1969 wieder aufgegriffen, jedoch etwas modifiziert: "Eine umfassende Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit durch die Zusammenführung einzelner Lebens- und Personaldaten zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen der Bürger ist auch in der Anonymität statistischer Erhebungen unzulässig" (S. 52).

Man kann dahingestellt sein lassen, ob die derzeit in den statistischen Ämtern und bei der Verwaltung verfügbaren Daten zu etwas zusammengefügt werden könnten, das den Namen "Persönlichkeitsprofil" verdient. Man kann auch dahingestellt sein lassen, durch welche statistische Technik eigentlich "Persönlichkeitsprofile ... in der Anonymität statistischer Erhebungen" zustandekommen könnten: schon durch mehrdimensionale Klassifikation der statistischen Masse "Bevölkerung" oder erst durch einen mikroanalytischen Ansatz, bei dem der Merkmalskomplex jeder einzelnen Person individuell, wenn auch anonymisiert, gespeichert wird.

Die interessante Frage ist die: Was eigentlich ist der Vernunftgrund dieser Unzulässigkeit, wenn man voraussetzt, daß (1) die Anonymität tatsächlich gewährleistet ist und daß (2) die Entwicklung dieser "Persönlichkeitsprofile" durch Zusammenführung verstreut angefallener Daten geschehen ist, so daß kein Interviewer die betroffenen Bürger unter Hinweis auf Auskunftspflicht zu Enthüllungen genötigt hat, die diese in ihrem Zusammenhang als indiskret empfinden mußten?

Man bedenke: Ein individueller Mißbrauch der "Persönlichkeitsprofile" etwa durch Nachrichtendienste scheidet voraussetzungsge-  
mäß aus. Kein Bürger kann auf Grund dieser statistischen Veröffentlichungen einen anderen mit dem "statistischen Persönlichkeitsprofil" in Zusammenhang bringen. Kein Bürger braucht das Gefühl zu haben, zu Selbstenthüllungen gezwungen worden zu sein. Die Informationen, die diese "kollektiven Persönlichkeitsprofile" vermitteln, sind ausschließlich solche über ein Kollektivsubjekt: die Bevölkerung dieses Landes. Die Vernunftgründe, die das Gericht bewogen haben, solche "statistischen Persönlichkeitsprofile" für unzulässig zu erklären, kann man nur erraten, weil sie nicht dargelegt worden sind.

Ein Grund könnte die Überzeugung sein, daß es für das Kollektivsubjekt Gesellschaft verletzend und demütigend sei, zur Anschauung seiner selbst genötigt zu werden. Wir wollen dem Gericht eine so tief-traurige Gemütsverfassung nicht unterstellen.

Ein anderer Grund könnte die Befürchtung sein, "der Staat" werde eine bessere Kenntnis der physischen, psychischen, ökonomischen und sozialen Beschaffenheit des Staatsvolkes nicht dazu nutzen, bislang unerkannte Ungerechtigkeit und Not zu beseitigen — sondern zum Gegenteil. Gewiß kann man solches Urmißtrauen allem staatlichen Herrschaftswissen und allen staatlichen Herrschaftsmitteln gegenüber hegen. Nur ist das angemessene Pendant zu solchem Urmißtrauen eher der autoritäre Hoheitsstaat als der soziale Rechtsstaat, dessen Gesetze vom freigewählten Parlament beschlossen werden und dessen Verwaltung der Verwaltungsgerichtbarkeit unterliegt. Wie man dazu auch steht: Die Unzulässigkeit der Erstellung von "Persönlichkeitsprofilen" — was immer das sein mag — individueller und namentlich bekannter Bürger läßt sich nicht in einer kurzen Wendung auf die Erstellung von "Persönlichkeitsprofilen ... auch in der Anonymität der statistischen Erhebung" ausdehnen.

### 3. Zusammenführung von Dateien

Die dritte und für die amtliche Statistik folgenreichste Denkfigur könnte sein, daß eine Zusammenführung von Dateien oder "gar die Erschließung eines ... Datenverbundes" vom Gericht per se als Gefahrenquelle empfunden und mißbilligt wird. Das Verbot der Verknüpfung für sich genommen zulässiger Dateien ist ein Irrweg des Datenschutzes, der sich vermutlich unauffällig im Dickicht verlieren wird. Dies erstens deshalb, weil mit zunehmender Leichtigkeit der Datenübermittlung, bei Allgegenwärtigkeit von technischen Übermittlungsnetzen, ein solches Verbot nicht durchgesetzt werden kann. Zweitens aber — und das ist wichtiger — deshalb, weil dieses Verbotskonzept in sich unsinnig ist. Soll die Zusammenfassung von zwei harmlosen Dateien zu einer dritten ebenso harmlosen Datei verboten sein, die Herstellung einer einzigen weniger harmlosen Datei aber nicht nur eben deshalb, weil sie nicht aus einer Zusam-

menführung hervorgeht? Entsteht nicht auf diese Weise eine Tendenz, von Anfang an zentralisierte Dateien einzurichten? Die Vorstellung, man könne die Produzenten von Dateien — je nach dem Inhalt der Informationen — zur Aufteilung und Dezentralisierung verurteilen, ist wirklichkeitsfremd. Solche Pläne mögen noch angehen, wenn es eine kleine Zahl erkennbar "sensitiver" Datensammlungen gibt. Sie werden aber völlig illusorisch, wenn die Zahl solcher Dateien in Unternehmungen, Unternehmensverbänden, bei Vereinen und Interessenverbänden, auf den einzelnen öffentlichen Ebenen (Länder und Gemeinden) immer größer wird. Vermutlich wird das wirksamste Mittel zur Sicherung der Datenwahrheit und Datenklarheit das sein: Dateien erheblichen Inhalts meldepflichtig zu machen, sie in einem Register zu publizieren und den Bürgern Auskunftsrechte über die ihre Person betreffenden Angaben einzuräumen.

**Prof. Dr. Werner Neubauer**  
*Universität des Saarlandes*



# Kommunalwahl 1979 im Vergleich zur Europawahl 1979 und zu früheren Kommunalwahlen

## 1. Vorbemerkungen

### 1.1. Allgemeine Bemerkungen zur Kommunalwahl

Die letzten Kommunalwahlen im Saarland fanden am 10. Juni 1979 statt. Seit dieser Zeit mußten aus verschiedenen Gründen in einigen Gemeinden Neuwahlen durchgeführt werden. So wurde die Gemeinde Schwalbach in drei selbständige Gemeinden Bous, Enseldorf und Schwalbach aufgeteilt. Hier mußten deshalb die Bürger erneut am 21.03.1982 zur Wahlurne gehen, um ihr Votum abzugeben. Neugewählt wurde auch in der Gemeinde Mettlach wegen Unstimmigkeiten bei der Stimmabgabe. Die Wahl fand am 14.06.1981 statt.

Für den 17. Juni 1984 sind im Saarland wiederum allgemeine Neuwahlen für die Gemeinde- und Kreisparlamente festgesetzt, gekoppelt mit der zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden 2. Europawahl. Damit ist der Wähler seit der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform vom 1. Januar 1974 zum dritten Mal aufgerufen, für die 52 Gemeinden, 6 Kreise/Stadtverbände und die Ortsräte die Kommunalvertreter zu wählen. Die Gemeinderatswahl am 17. Juni 1984 findet nach der ersten Wahl dieser Art vom 12. September 1946 zum neunten Mal statt.

Kommunalwahlen sind für Demokratien ein besonderes Charakteristikum. Als wesentlicher Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Staates sind sie Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung, die sich auf Gemeinde- und Kreisebene vollzieht. So stehen bei der Kommunalwahl neben den Ortsräten, die Gemeinderäte und Kreistage zur Wahl.

Der Gemeinderat besteht aus den von den Bürgern in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl für eine fünfjährige Amtszeit gewählten Mitgliedern. Die Zahl der Ratsmitglieder richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde. Zur Förderung einer bürgernahen Selbstverwaltung wird in Gemeindebezirken ein Ortsrat gewählt, der bezirksbezogene Initiativen entfalten soll.

Auf Landkreis- und Stadtverbandsebene üben Kreis- bzw. Stadtverbandstag, die die Bürgerschaft unmittelbar wählt, Beschluß- und Kontrollfunktionen aus.

### 1.2. Wahlrechtliche Bestimmungen

Rechtsgrundlage für die Kommunalwahl am 17. Juni 1984 sind folgende Gesetze und Verordnungen:

- Kommunalwahlgesetz -KWG- in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1983 (Amtsbl. d. Saarl. S. 793)
- Kommunalwahlordnung -KWO- vom 14. Februar 1984 (Amtsbl. d. Saarl. S. 193)

Verschiedene Gründe führten in den Jahren 1981/82 zu einer Diskussion um eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes, wobei drei Schwerpunkte die politischen Auseinandersetzungen bestimmten:

- Einführung des "Hare-Niemeyer-Verfahrens"
- Direktwahl der Ortsräte
- Kumulieren von Stimmen

#### a) Wahlverfahren

§ 43 des Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1983 sieht vor, daß mit der nächsten Kommunalwahl das Wahlverfahren "Hare-Niemeyer" eingeführt wird. Damit konnte sich der Gesetzgeber durchringen, auch bei Kommunalwahlen das Proportionalverfahren, das bereits bei der Landtagswahl praktiziert wurde, anstelle des Höchstzahlverfahrens von d'Hondt einzusetzen.

Das nach dem deutschen Mathematikprofessor Horst Niemeyer benannte Verfahren, welches auf dem System des Engländers Hare aufbaut, sieht vor, daß die Gesamtzahl der Sitze mit der Zahl der Stimmen multipliziert wird, die eine der Parteien erhalten hat. Dieses mathematische Produkt wird dann durch die Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien geteilt, die nach dem Wahlrecht die Hürde zum Parlament genommen haben. Zunächst erhält jede Partei soviel Sitze wie nach den ganzzahligen Anteilen auf sie entfallen. Die restlichen Mandate werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile verteilt.

Beispiel:

Es sind 11 Sitze zu vergeben:

Partei A erhielt 5 000 Stimmen

Partei B 3 800 und Partei C 1 800 Stimmen.

Insgesamt also 10 600.

Für jede Partei wird berechnet:

$$\frac{\text{Stimmzahl der Partei} \times \text{Gesamtzahl der Sitze}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien}}$$

So erhält Partei A einen Wert von 5,19, Partei B 3,94 und Partei C 1,87, was eine Sitzverteilung von 5 für Partei A, 3 für Partei B und 1 für Partei C ergibt, insgesamt also 9 Mandate. Die restlichen 2 Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der größten Zahlenbruchteile hinter dem Komma zugeteilt. Also erhalten die Parteien B und C je einen zusätzlichen Sitz, womit sich eine Sitzverteilung von 5 für Partei A, 4 für Partei B und 2 für Partei C ergibt.

Folgende Tabelle zeigt, wie die Sitzverteilung 1979 ausgesehen hätte, wäre das Verfahren "Hare-Niemeyer" zur Anwendung gekommen.

Tab. 1

**Gemeinderatswahl am 10. Juni 1979**  
Gegenüberstellung der Verteilung der Sitze in den Gemeinderäten nach den Zählverfahren  
von D. HONDT und HARE-NIEMEYER

Stadtverband/ Kreis	Sitze ins- gesamt	davon entfielen auf											
		CDU		SPD		F.D.P./DPS		DKP		CSWU		FWG	
		D. Hondt	H. N.	D. Hondt	H. N.	D. Hondt	H. N.	D. Hondt	H. N.	D. Hondt	H. N.	D. Hondt	H. N.
SAARBRÜCKEN	63	26	26	32	32	5	5	—	—	—	—	—	—
Friedrichsthal	33	15	14	16	16	2	3	—	—	—	—	—	—
Großrosseln	33	14	14	16	16	3	3	—	—	—	—	—	—
Heusweiler	33	17	17	16	16	—	—	—	—	—	—	—	—
Kleinblittersdorf	33	16	16	15	15	2	2	—	—	—	—	—	—
Püttlingen	39	21	20	14	14	2	2	2	3	—	—	—	—
Quierschied	33	18	18	12	12	3	3	—	—	—	—	—	—
Riegelsberg	33	16	16	13	13	4	4	—	—	—	—	—	—
Sulzbach	39	16	16	19	18	4	5	—	—	—	—	—	—
Völklingen	51	21	21	27	27	3	3	—	—	—	—	—	—
Beckingen	33	15	15	15	14	1	2	—	—	—	—	2	2
Losheim	33	18	17	13	13	2	3	—	—	—	—	—	—
Merzig	45	21	20	17	17	4	5	—	—	—	—	3	3
Mettlach <sup>1)</sup>	33	17	17	12	12	4	4	—	—	—	—	—	—
Perl	27	13	14	10	9	4	4	—	—	—	—	—	—
Wadern	33	19	18	13	13	—	—	—	—	—	—	1	2
Weiskirchen	27	13	13	11	11	3	3	—	—	—	—	—	—
Eppelborn	33	18	18	13	13	2	2	—	—	—	—	—	—
Illingen	33	17	17	14	13	—	—	—	—	2	3	—	—
Merchweiler	33	16	16	15	15	2	2	—	—	—	—	—	—
Neunkirchen	51	18	18	30	29	3	4	—	—	—	—	—	—
Ottweiler	33	11	11	20	20	2	2	—	—	—	—	—	—
Schiffweiler	33	14	14	19	19	—	—	—	—	—	—	—	—
Spiesen-Elversberg	33	16	16	17	17	—	—	—	—	—	—	—	—
Dillingen	39	18	18	18	18	—	—	—	—	—	—	3	3
Lebach	33	20	20	11	11	2	2	—	—	—	—	—	—
Nalbach	27	13	13	11	11	—	—	—	—	—	—	3	3
Rehlingen	33	15	15	15	15	—	—	—	—	—	—	3	3
Saarlouis	45	22	22	23	23	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarwellingen	33	16	16	13	13	4	4	—	—	—	—	—	—
Schmelz	33	17	17	14	14	2	2	—	—	—	—	—	—
Schwalbach <sup>2)</sup>	33	21	21	10	10	2	2	—	—	—	—	—	—
Überherrn	33	15	15	13	13	5	5	—	—	—	—	—	—
Wadgassen	33	15	15	16	15	—	—	—	—	—	—	2	3
Wallerfangen	27	13	13	10	9	4	5	—	—	—	—	—	—
Bous <sup>2)</sup>	27	5	5	15	14	1	2	—	—	—	—	6	6
Ensdorf <sup>2)</sup>	27	14	13	10	10	1	2	—	—	—	—	2	2
Bexbach	33	14	14	14	14	3	3	—	—	—	—	2	2
Blieskastel	39	20	19	17	17	2	3	—	—	—	—	—	—
Gersheim	27	17	17	10	10	—	—	—	—	—	—	—	—
Homburg	51	21	21	24	23	3	3	—	—	—	—	3	4
Kirkel	27	7	7	15	15	3	3	—	—	—	—	2	2
Mandelbachtal	33	17	17	11	11	2	2	—	—	—	—	3	3
St. Ingbert	51	20	20	23	22	3	3	—	—	—	—	5	6
Freisen	27	14	14	13	13	—	—	—	—	—	—	—	—
Marpingen	33	18	17	14	14	—	—	—	—	—	—	1	2
Namorn	27	13	13	12	11	—	—	—	—	—	—	2	3
Nohfelden	33	14	14	17	17	2	2	—	—	—	—	—	—
Nonnweiler	27	13	13	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberthal	27	14	14	13	13	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Wendel	39	22	22	17	17	—	—	—	—	—	—	—	—
Tholey	33	22	22	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—

1) Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl vom 14.06.81. 2) Unter Berücksichtigung der Neuwahl vom 21.03.82.

## b) Direkte Wahl der Ortsräte

Bei den letzten Kommunalwahlen wurde die Zahl der Ortsräte im Verhältnis der Stimmen der Gemeinderatswahl in dem Gemeindebezirk aufgeteilt. Dagegen wählt der Bürger bei der Kommunalwahl 1984 seine Ortsvertreter direkt. Der Gesetzgeber wollte mit der Änderung des Kommunalwahlgesetzes die Stellung der Ortsräte stärken, da hier eine weit um sich greifende Resignation bemerkt wurde.

## c) Kumulieren

Im Vorfeld der politischen Meinungsbildung zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes stand auch die Möglichkeit der begrenzten Stimmenhäufung ("Kumulieren") zur Diskussion. Letztlich wurde aber auf die Anwendung eines stärkeren persönlichkeitsbezogenen Wahlrechts verzichtet.

### 1.3. Europawahl

An der letzten Europawahl beteiligten sich rund 185 Millionen Belgier, Briten, Dänen, Deutsche, Franzosen, Iren, Italiener, Luxemburger und Niederländer, die 410 Abgeordnete für das Europäische Parlament nach nationalem Wahlrecht wählten. Anders als bei einer Bundestagswahl mit einem Mischsystem von Mehrheits- und Verhältniswahl erfolgt die Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, d. h. jeder Wähler hat nur eine Stimme. Die Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen können sich entweder mit einer "gemeinsamen Liste für alle Bundesländer" (Bundesliste) oder mit einer "Liste für ein Bundesland" (Landesliste) an der Wahl beteiligen. Von den großen Parteien entschieden sich nur die CDU/CSU für die zweite Möglichkeit. Von den saarländischen Kandidaten errangen Prof. Dr. Konrad Schön über die Liste der CDU-Saar und Manfred Wagner über die Bundesliste der SPD 1979 ein Mandat für das Europaparlament. Diese beiden Politiker ziehen auch 1984 für ihre Partei in den Wahlkampf.

### 2. Analyse der Kommunalwahlen 1979, 1974 und 1968

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Vergleich der letzten drei Kommunalwahlen unter Einbeziehung der dazwischen liegenden Bundestags- und Landtagswahlen.

Die Bedeutung einer Wahl wird u. a. an der Wahlbeteiligung gemessen. Betrachtet man sich die entsprechenden Quoten, so rangieren im Saarland die Bundestagswahlen (BW) mit Werten von 90 % an erster Stelle, Landtagswahlen (LW) erreichen Ergebnisse um 85 %, Kommunalwahlen (KW) liegen zwischen 80 % und 85 % und die Europawahl (EW) erreichte 81 %.

Diese Zahlen spiegeln nicht nur das Interesse der Bevölkerung insgesamt wider, sondern zeigen auch, welche Stimmenpotentiale

Stimmenanteile der Parteien Tab. 2

Wahlen	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	F.D.P.	FWG
BW 83	90,6	44,8	43,8	6,0	—
BW 80	90,6	42,3	48,3	7,8	—
KW 79	81,5	44,7	44,7	6,7	2,7
EW 79	81,1	46,4	44,0	5,8	—
BW 76	92,9	46,2	46,1	6,6	—
LW 75	88,8	49,1	41,8	7,4	—
KW 74	84,0	49,0	37,4	7,0	4,3
LW 70	83,1	47,8	40,8	4,4	—
BW 69	89,1	46,1	39,9	6,7	—
KW 68	81,9	37,6	36,5	8,8	9,9

durch intensive Wahlkampfkampagnen bei Bundes- und Landtagswahlen aktivierbar sind.

Verständlicherweise ist der Einsatz von Wahlkampfmitteln bei Kommunalwahlen nicht so hoch wie bei Bundes- und Landtagswahlen; vor allem beschränkt auch die Thematik die Möglichkeiten zur Wahlunterstützung durch prominente Bundespolitiker. Andererseits würden die Auswirkungen der Wahlentscheidungen auf den unmittelbaren Lebensraum des Wählers eine höhere Wahlbeteiligung erwarten lassen. Deshalb soll im folgenden die These von Wahlanalytikern: "Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen und haben ihre eigenen Gesetze" untersucht werden.

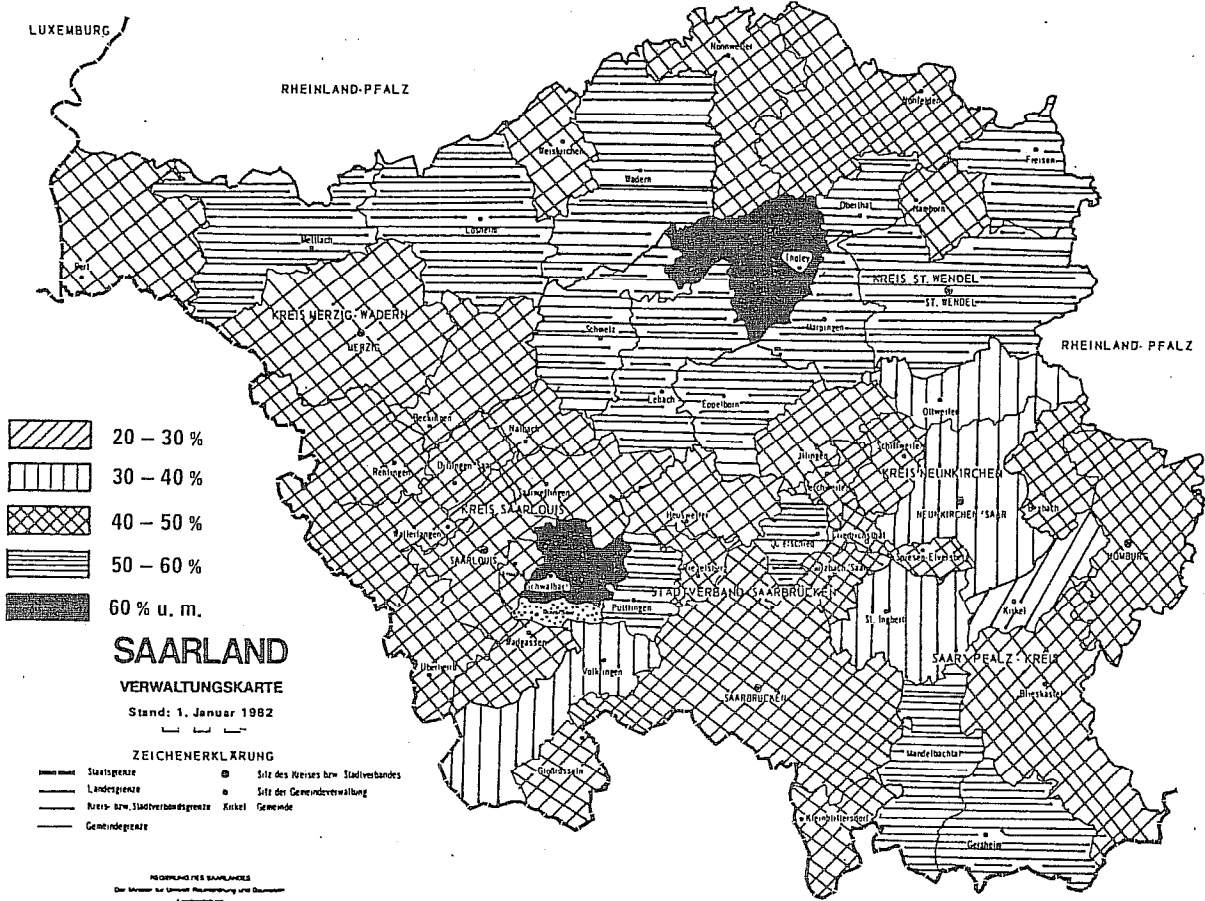
Bis 1965 fanden in den damals noch 348 Gemeinden des Saarlandes Gemeinderatswahlen statt. Diese Gemeinden, meist "um den Kirchturm" gruppiert, waren leicht überschaubar. Dem Wähler kam es bei diesen Wahlen weniger auf die Parteizugehörigkeit des Bewerbers an, vielmehr wurde seine Entscheidung durch dessen Aktivitäten in der Gemeinde, Freundschaften, verwandschaftliche Beziehungen und Vereinszugehörigkeit beeinflusst.

Als 1974 die Gebiets- und Verwaltungsreform in Kraft trat, wurde die Dorfgemeinschaft in das bedeutend größere Gebilde der Großgemeinde eingebettet. Seit diesem Zeitpunkt spielten andere Faktoren eine Rolle.

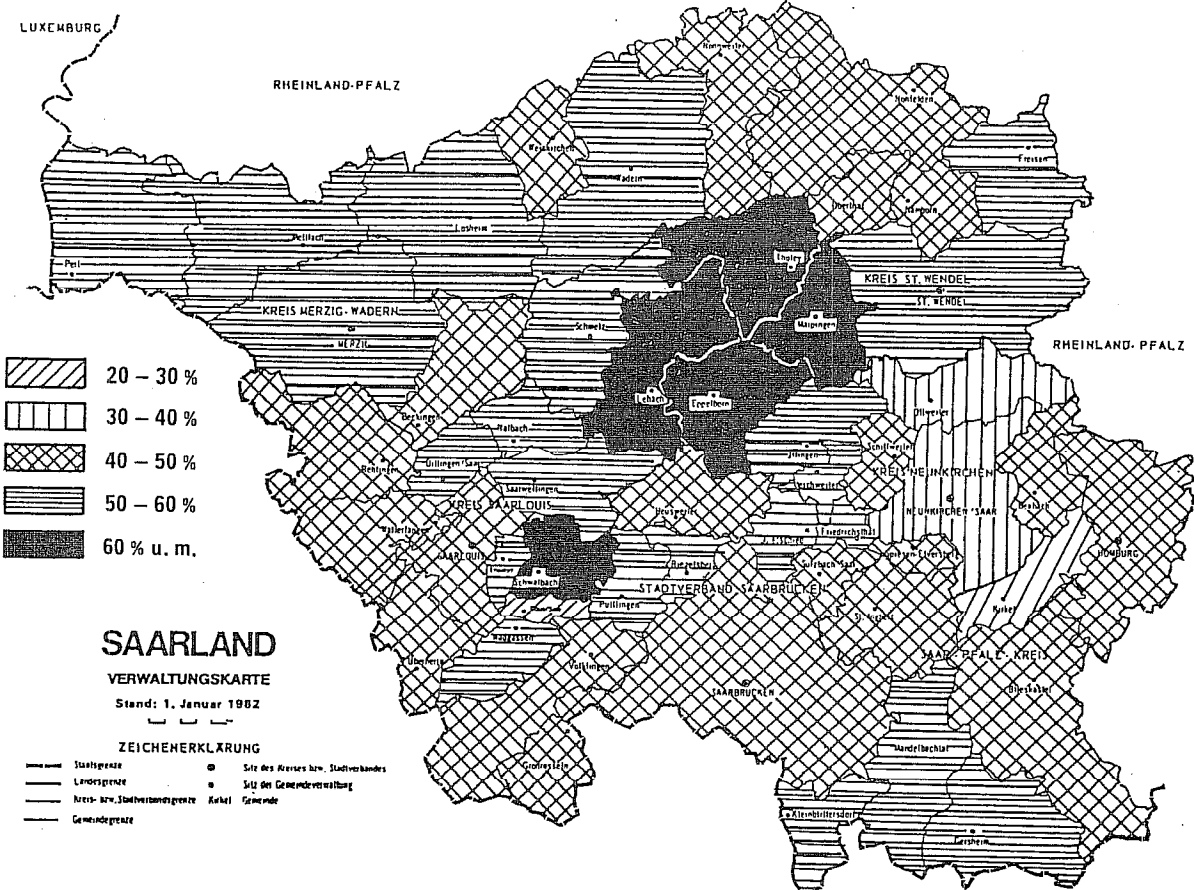
Fragen der Art: "Wie kann unser Ortsteil besonders herausgestellt werden?" "Durch welchen und wieviele Bewerber wird nun unsere Gemeinde vertreten?" "Wie stellt sich die Partei im Gemeindeverband dar?" traten in den Vordergrund und die Persönlichkeitswahl verlor etwas an Bedeutung, da der Bezug zu den Bewerbern anderer Gemeindeteile nicht in gleichem Maße gegeben ist. Damit ging aber die Eigentümlichkeit einer Kommunalwahl nicht verloren, wie der Vergleich der Kommunal- und Europawahl 1979 dokumentiert. Ebenso wie in der großen Politik auf Bundes- und Landesebene der Wähler den einzelnen Parteien seine Präferenzen oder seinen Unmut zum Ausdruck bringt, geschieht dies in besonderem Maße auch in der Kommunalpolitik. Stimmenverluste — in den Medien oft als

“Denkzettel des Wählers” bezeichnet — sind aus den schematischen Karten ersichtlich.

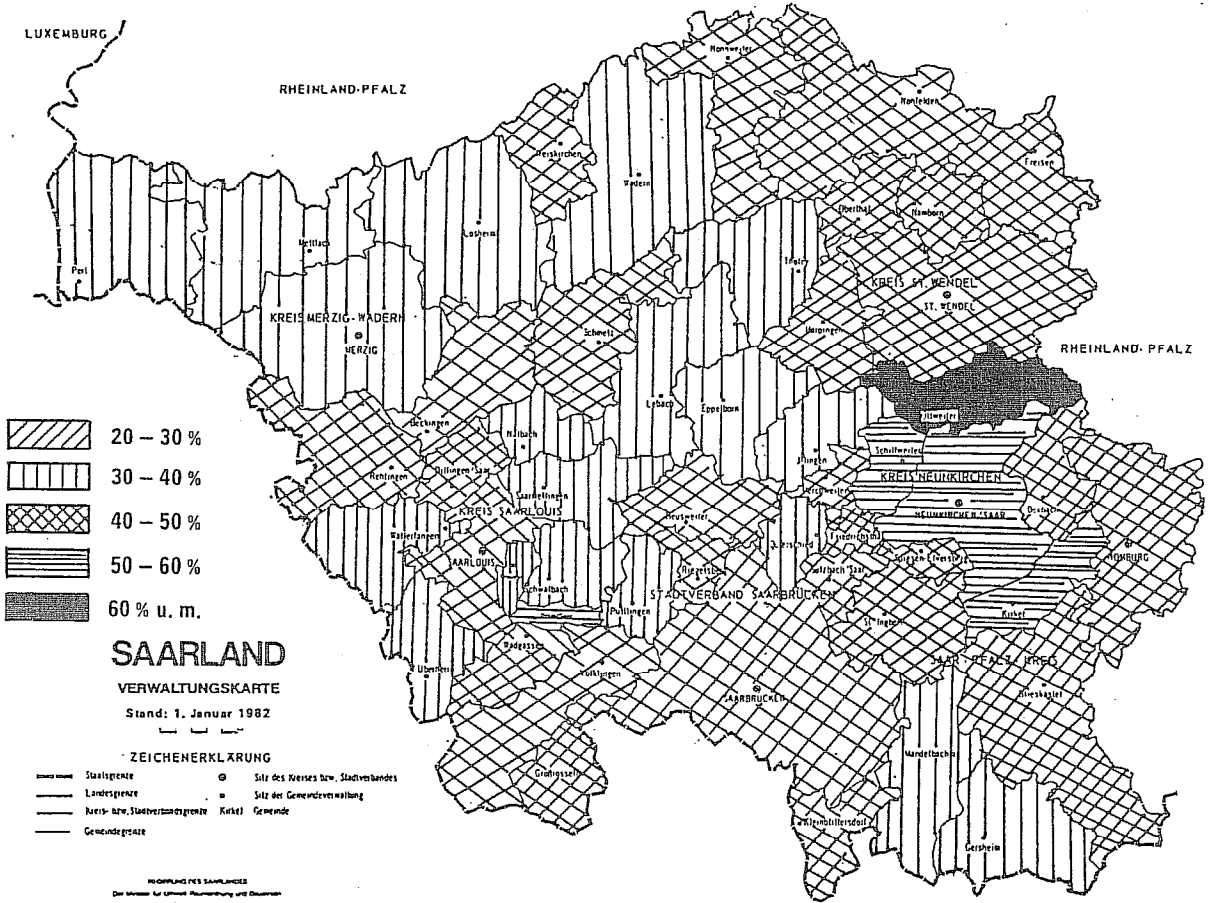
## Stimmenanteile der CDU bei der Kommunalwahl 1979 in %



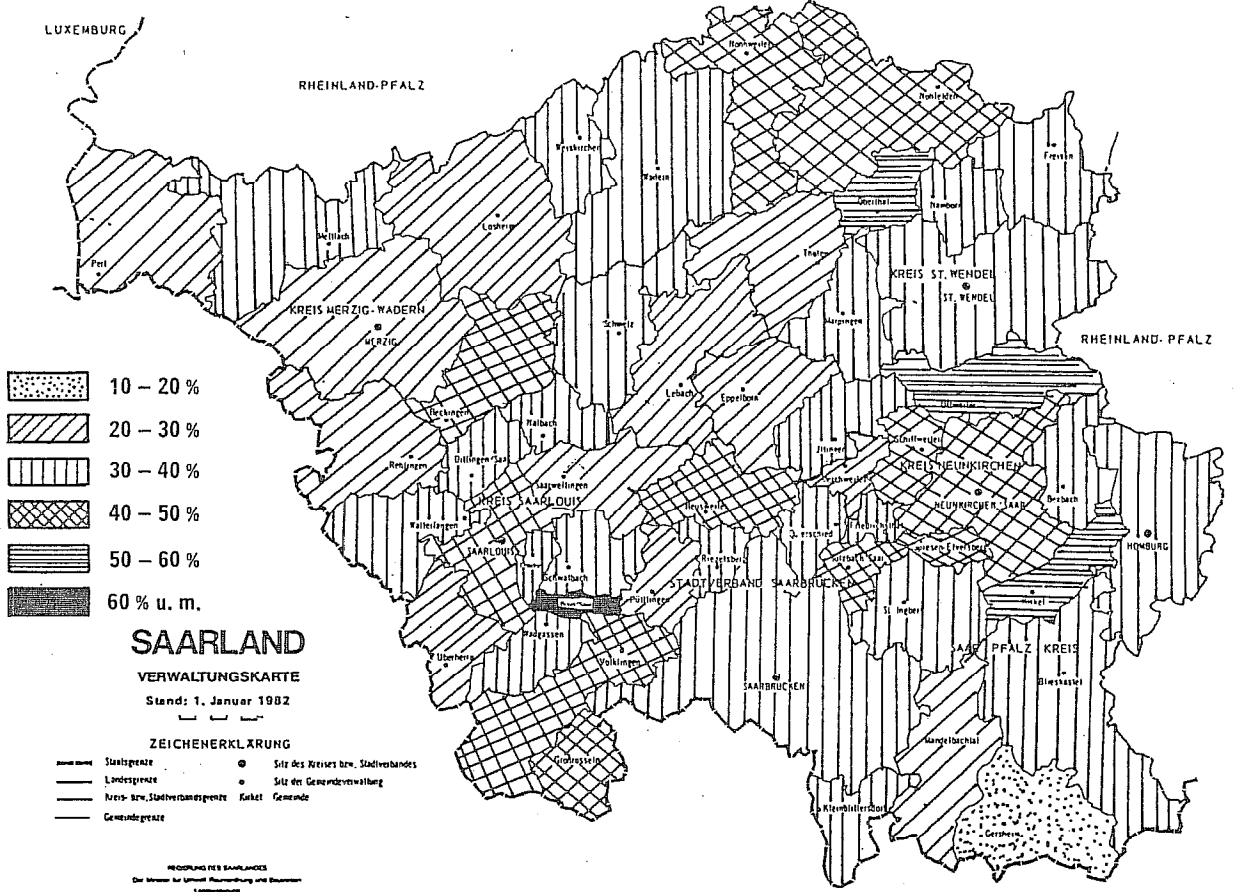
## Stimmenanteile der CDU bei der Kommunalwahl 1974 in %



# Stimmenanteile der SPD bei der Kommunalwahl 1979 in %

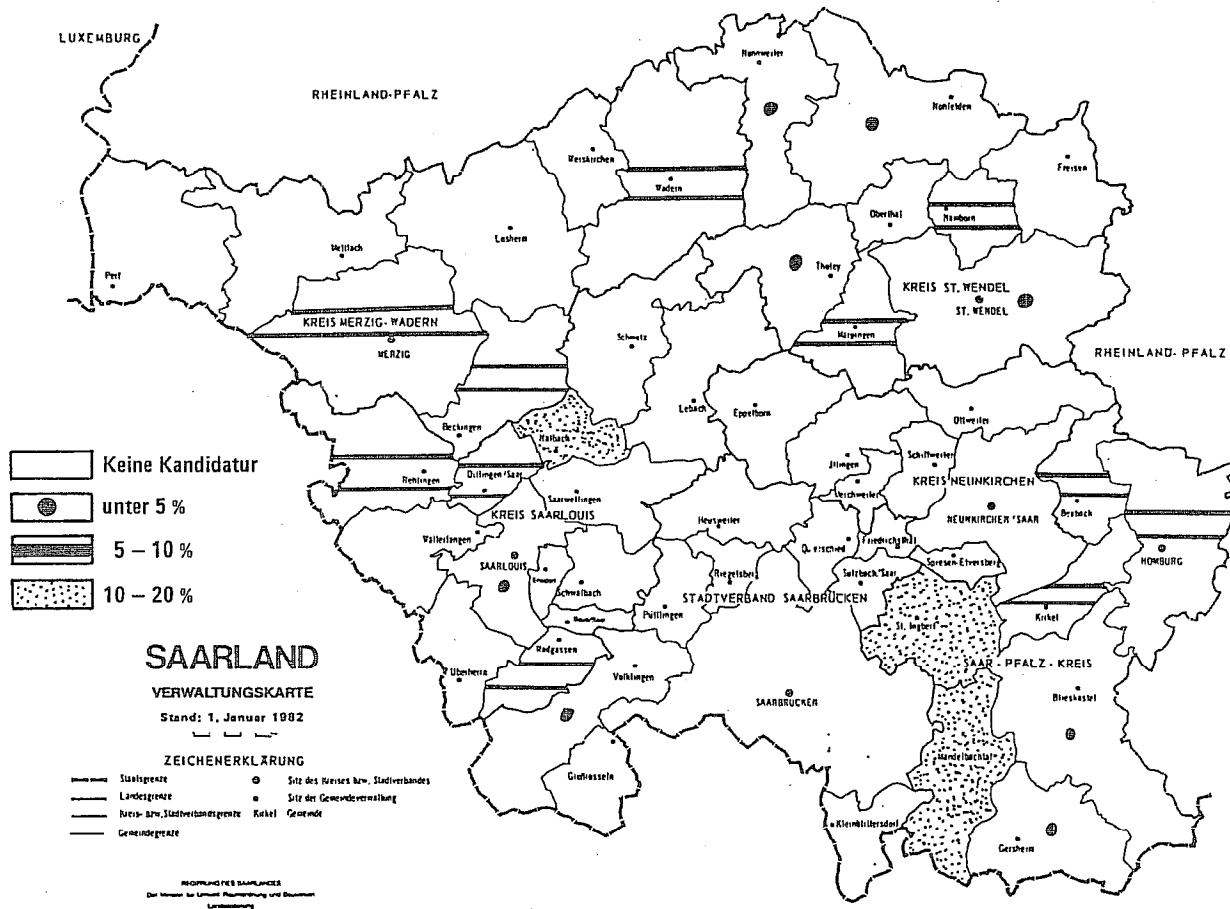


# Stimmenanteile der SPD bei der Kommunalwahl 1974 in %

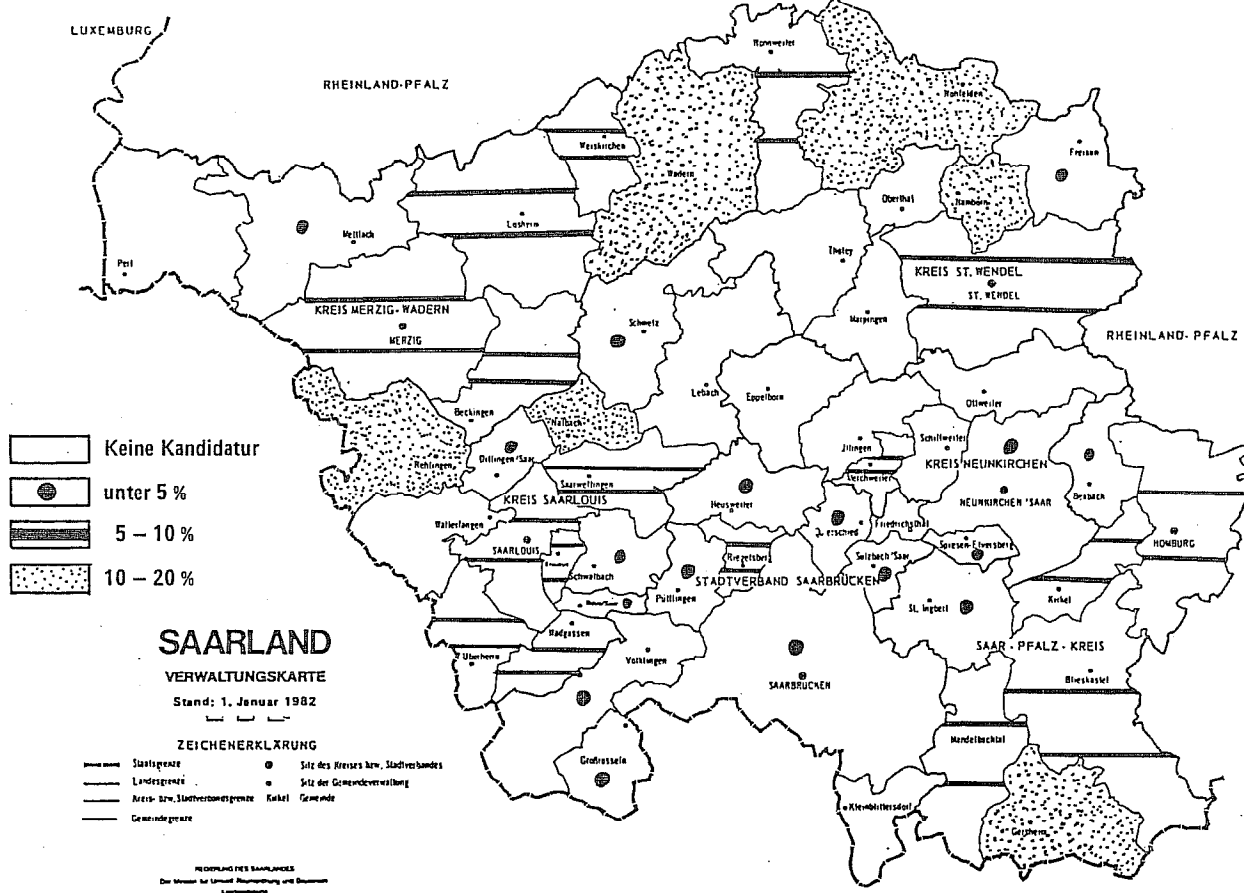




## Stimmenanteile der FWG bei der Kommunalwahl 1979 in %



## Stimmenanteile der FWG bei der Kommunalwahl 1974 in %



Wie Tabelle 2 zeigt, konnte die CDU von 1968 bis 1979 ihren Stimmenanteil von 37,6 % auf 44,7 % vergrößern, wobei 1974 sogar 49,0 % der Stimmen erreicht wurden.

Ähnliches gilt für die SPD. Sie verbuchte 1968 36,5 % der Stimmen für sich, steigerte ihren Anteil dann auf 37,4 % im Jahre 1974 und im Jahre 1979 auf 44,7 %, wobei diese Gewinne besonders auf den Steigerungen bei der Landtagswahl 1975 und der Bundestagswahl 1976 beruhten.

Die F.D.P. konnte eine Wählerschicht von circa 7 % über alle Wahlen hinweg (außer bei der Landtagswahl 1970) für sich gewinnen.

Eine Untersuchung der Wahlergebnisse wäre aber unvollständig, würden die regionalen Gegebenheiten nicht in die Analyse einbezogen.

In einem Land, dessen Bild von Industrieregionen und landwirtschaftlichen Gebieten geprägt ist, bescherten frühere Wahlen der CDU in den meisten Gemeinden des Saarlandes sichere Mehrheiten. Im Zuge der politischen Großwetterlage jedoch verlor die Partei bei der Kommunalwahl 1979 etwas an Boden. Die Wahlergebnisse bestätigten, wenn auch etwas abgeschwächt, den allgemeinen

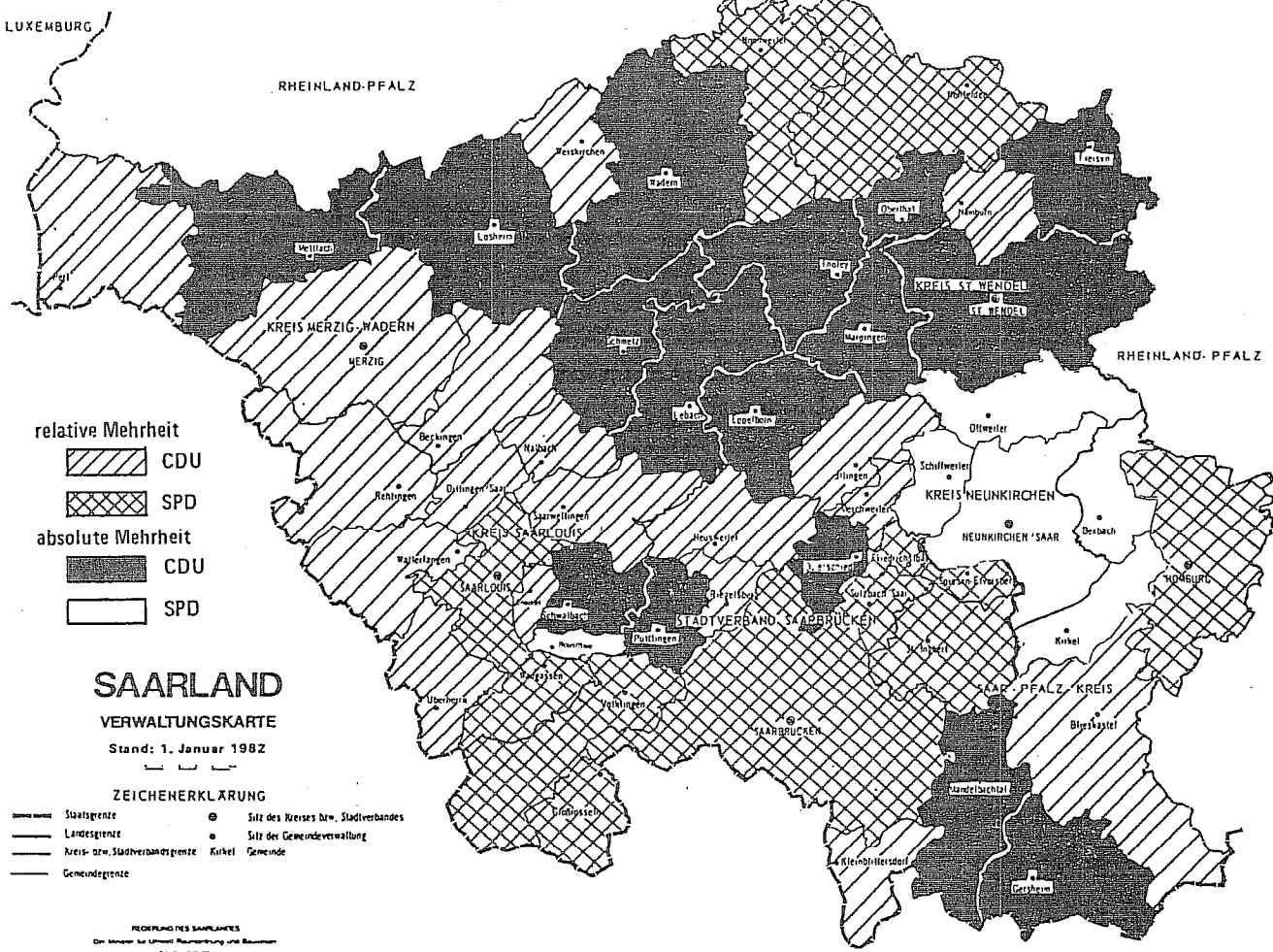
Trend: Verluste für die CDU, Gewinne für die SPD. Die langjährigen Mehrheitsverhältnisse waren für manchen Politiker zu verführerisch und hatten dazu beigetragen, daß das Gespür für die Urteilsfähigkeit und die Sensibilität des Wählers verloren ging. So kumulierten persönliche und sachliche Differenzen und ließen manche politischen Bastionen verloren gehen: Von 27 Gemeinden mit absoluten Mehrheiten bei der Kommunalwahl 1974 verblieben 1979 nur noch 16 der CDU, die SPD erhöhte ihren Anteil von 4 auf 5 und die Zahl der Gemeinden mit relativen SPD-Mehrheiten stieg von 4 auf 13 an.

Bei der Analyse der Ergebnisse muß die Sonderstellung der Ergebnisse von Bous, Schwalbach, Ensdorf und Mettlach infolge Neubzw. Nachwahlen beachtet werden.

Somit kann behauptet werden, daß Kommunalwahlen sehr wohl dem politischen Trend auf Bundes- und Landesebene folgen, kommunalpolitische Problemstellungen aber zu regionalen Wählerverschiebungen führen und die Persönlichkeitswahl in den Vordergrund tritt.

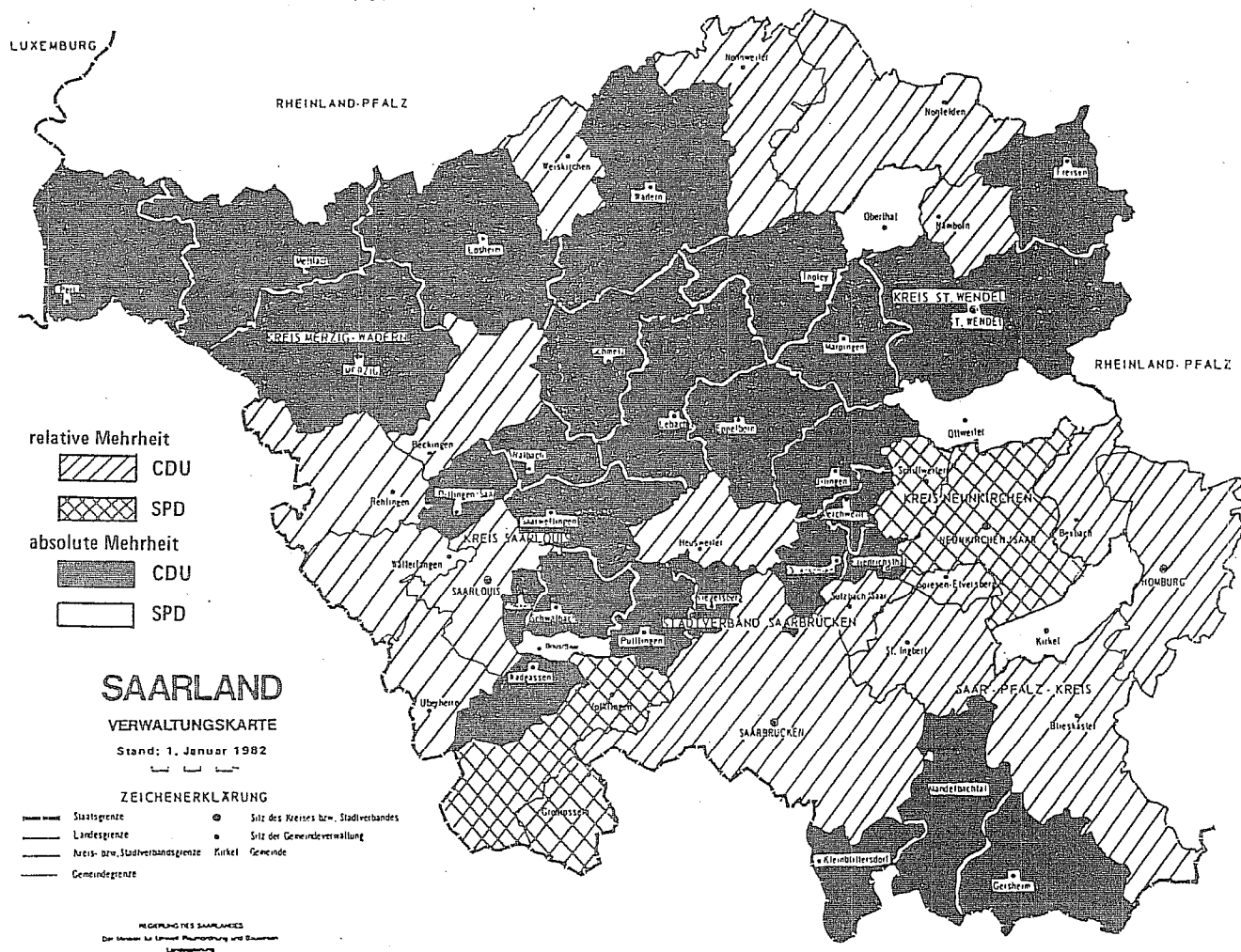
Die folgenden schematischen Karten untermauern die Ergebnisse dieser Wahlen.

### Relative bzw. absolute Mehrheit CDU/SPD bei der Kommunalwahl 1979





## Relative bzw. absolute Mehrheit CDU/SPD bei der Kommunalwahl 1974



### 3. Kommunalwahl im Vergleich zur Europawahl 1979

Auch 1984 findet im Saarland die Kommunalwahl wieder in Verbindung mit der Europawahl statt. Diese Verknüpfung führte bereits im Vorfeld dieser Wahl zu Befürchtungen, daß der Schwerpunkt der Interessen beim Wähler auf der Kommunalwahl liege und er so die Bedeutung der Europawahl unterschätze, desweiteren falle es dem politisch weniger interessierten Wähler schwer, zwischen Europa- und Kommunalwahl zu differenzieren, so daß letztlich seine Stimmenabgabe nicht der Europawahl gerecht wird. Anhand der Daten der letzten Kommunal- und Europawahl soll diesen Überlegungen nachgegangen werden.

Bereits eine Globalbetrachtung anhand Tabelle 3 widerlegt solche Befürchtungen. Die Unterschiede der Ergebnisse beider Wahlen auf Landesebene spiegeln hierbei bei weitem noch nicht das differenzierte Abstimmungsverhalten in den einzelnen Gemeinden wider.

**Wahlergebnisse 1979**

Tab. 3

Parteien	Europawahl (EW)	Kommunalwahl (KW)	Differenz EW - KW
	%		
CDU	46,4	44,7	+ 1,7
SPD	44,0	44,8	- 0,8
F.D.P.	5,8	6,7	- 0,9
FWG	-	2,7	-
Sonstige	4,0	1,1	+ 2,9

So liegen die CDU-Verluste (Vergleich Kommunalwahl gegenüber Europawahl) in den Gemeinden zwischen 0,1 und 14,5, die Gewinne zwischen 0,1 und 8,1 Prozentpunkten. SPD-Verlusten von 0,2 bis 7,7 Prozentpunkten standen Gewinne zwischen 0,4 und 4,4 Punkten entgegen.

Tab. 4

## Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den

Gemeinde	Wahlbeteiligung			Gültige Stimmen		
	in %		%-Punkte	in %		%-Punkte
	GW 79	EW 79	GW-EW	GW 79	EW 79	GW-EW
SAARBRÜCKEN	74,0	64,1	9,9	98,6	97,1	1,5
Friedrichsthal	80,3	74,0	6,3	97,9	96,2	1,7
Großrosseln	84,1	74,4	9,7	96,4	95,7	0,7
Heusweiler	84,0	76,8	7,2	97,8	96,6	1,2
Kleinblittersdorf	83,7	76,4	7,3	97,1	96,0	1,1
Püttlingen	85,1	76,0	9,1	97,5	97,0	0,5
Quierschied	83,8	75,1	8,7	98,0	96,2	1,8
Riegelsberg	82,3	71,3	11,0	97,9	96,9	1,0
Sulzbach	80,5	66,9	13,6	98,3	96,6	1,7
Völklingen	77,6	66,7	10,9	98,7	96,8	1,9
Beckingen	87,6	78,8	8,8	97,8	96,0	1,8
Losheim	86,7	80,3	6,4	96,0	95,4	0,6
Merzig	81,9	74,1	7,8	97,1	95,6	1,5
Mettlach	78,4	79,9	- 1,5	97,5	96,0	1,5
Perl	87,6	81,2	6,4	93,8	94,0	- 0,2
Wadern	89,6	82,9	6,7	97,3	96,0	1,3
Weiskirchen	89,8	79,6	10,2	96,8	96,0	0,8
Eppelborn	84,6	78,5	6,1	97,2	95,9	1,3
Illingen	85,5	74,8	10,7	97,7	96,6	1,1
Merchweiler	81,6	72,1	9,5	98,1	97,1	1,0
Neunkirchen	78,3	69,3	9,0	98,3	96,9	1,4
Ottweiler	83,1	74,8	8,3	97,8	96,5	1,3
Schiffweiler	87,0	77,0	10,0	97,9	95,9	2,0
Spiesen-Elversberg	80,1	71,3	8,8	98,8	97,7	1,1
Dillingen	80,4	69,6	10,8	98,0	96,6	1,4
Lebach	84,2	79,1	5,1	97,7	98,1	- 0,4
Nalbach	83,2	78,7	4,5	97,1	95,6	1,5
Rehlingen	85,7	79,2	6,5	97,7	95,7	2,0
Saarlouis	77,4	71,4	6,0	98,9	98,6	0,3
Saarwellingen	82,6	78,0	4,6	97,4	97,5	- 0,1
Schmelz	85,0	77,3	7,7	96,7	96,0	0,7
Schwalbach	80,2	77,6	2,6	96,5	95,9	0,6
Überherrn	82,6	74,6	8,0	97,5	96,4	1,1
Wadgassen	82,7	75,1	7,6	98,2	96,0	2,2
Wallerfangen	88,6	72,3	16,3	98,2	96,2	2,0
Bous	82,7	77,5	5,2	98,9	97,1	1,8
Ensdorf	78,0	71,7	6,3	97,9	96,0	1,9
Bexbach	84,9	74,4	10,5	97,5	96,6	0,9
Blieskastel	84,3	77,3	7,0	97,4	95,3	2,1
Gersheim	89,1	82,4	6,7	95,2	95,6	- 0,4
Homburg	79,5	70,1	9,4	97,7	96,8	0,9
Kirkel	85,0	76,2	8,8	98,0	96,2	1,8
Mandelbachtal	84,0	78,8	5,2	96,2	95,0	1,2
St. Ingbert	82,3	72,1	10,2	98,5	97,0	1,5
Freisen	84,1	79,6	4,5	96,0	96,0	0,0
Marpingen	90,3	82,6	7,7	97,9	96,4	1,5
Namborn	87,6	83,2	4,4	96,6	96,1	0,5
Nohfelden	90,9	82,8	8,1	97,7	96,5	1,2
Nonnweiler	92,2	85,3	6,9	96,6	95,4	1,2
Oberthal	91,9	83,1	8,8	97,3	96,0	1,3
St. Wendel	83,2	75,0	8,2	98,0	96,8	1,2
Tholey	84,8	80,6	4,2	96,5	96,4	0,1

## Gemeinderats- und Europawahlen 1979

CDU			SPD			F.D.P.		
in %		%-Punkte	in %		%-Punkte	in %		%-Punkte
GW 79	EW 79	GW-EW	GW 79	EW 79	GW-EW	GW 79	EW 79	GW-EW
41,3	39,2	2,1	49,4	49,0	0,4	8,0	7,7	0,3
42,7	42,0	0,7	47,4	49,0	- 1,6	7,7	5,7	2,0
41,9	42,2	- 0,3	48,2	47,2	1,0	9,9	7,6	3,3
49,4	49,7	- 0,3	46,2	42,2	4,0	4,5	5,1	- 0,6
48,8	49,0	- 0,2	44,6	41,4	3,2	6,6	6,3	0,3
51,7	53,5	- 1,8	35,0	37,4	- 2,4	6,4	4,8	1,6
53,5	50,5	3,0	36,8	39,4	- 2,6	9,6	7,0	2,6
47,7	46,4	1,3	40,0	40,7	- 0,7	12,3	9,8	2,5
40,1	39,4	0,7	46,5	50,0	- 3,5	11,9	7,5	4,4
37,5	38,2	- 0,7	49,6	51,9	- 2,3	6,1	5,9	0,2
45,1	46,1	- 1,0	43,7	44,6	- 0,9	5,5	5,0	0,5
52,2	54,1	- 1,9	39,9	36,8	3,1	7,9	5,4	2,5
45,3	47,2	- 1,9	37,7	41,0	- 3,3	10,4	7,1	3,3
50,5	47,3	2,7	37,8	44,0	- 6,2	11,7	5,5	6,2
49,8	55,3	- 5,5	34,9	32,9	2,0	15,3	8,2	7,1
53,8	53,6	0,2	37,6	39,8	- 2,2	2,9	3,0	- 0,1
47,1	49,1	- 2,0	41,5	40,7	0,8	11,3	6,8	4,5
54,2	55,7	- 1,5	38,7	36,4	2,3	7,1	5,1	2,0
49,8	52,8	- 3,0	39,4	40,0	- 0,6	3,4	3,7	- 0,3
49,8	47,1	2,7	44,0	44,2	- 0,2	6,3	5,2	1,1
34,4	33,7	0,7	54,5	55,3	- 1,2	6,8	6,1	0,7
32,2	32,1	0,1	60,4	58,3	2,1	7,5	6,3	1,2
41,4	41,5	- 0,1	54,3	52,0	2,3	2,4	3,3	- 0,9
44,3	42,4	1,9	48,4	49,4	- 1,0	4,8	4,3	0,5
45,1	49,9	- 4,8	43,2	41,5	1,7	3,7	3,9	- 0,2
59,3	58,4	0,9	33,8	33,4	0,4	6,9	4,7	2,2
49,4	52,0	- 2,6	39,3	39,5	- 0,2	-	3,5	- 3,5
44,2	48,7	- 4,5	42,2	43,0	- 0,8	3,7	4,2	- 0,5
44,5	47,0	- 2,5	45,8	44,4	1,4	4,8	4,9	- 0,1
47,2	49,1	- 1,9	39,6	39,8	- 0,2	13,1	7,3	5,8
51,0	52,1	- 1,1	43,2	39,9	2,3	5,8	3,9	1,9
61,9	53,8	8,1	31,2	38,9	- 7,7	6,9	4,1	2,8
46,1	46,5	- 0,4	37,9	40,9	- 3,0	16,0	8,6	7,4
42,8	44,6	- 1,8	45,3	46,3	- 1,0	4,3	5,3	1,0
46,8	48,1	- 1,3	35,6	39,6	- 4,0	17,5	8,9	8,6
18,5	33,0	- 14,5	51,9	56,1	- 4,2	6,2	7,6	- 1,4
48,8	49,5	- 0,7	36,2	42,2	- 6,0	5,4	4,4	1,0
41,0	43,0	- 2,0	43,8	46,9	- 3,1	9,0	6,4	2,6
45,6	48,7	- 3,1	41,0	42,1	- 1,1	5,8	5,3	0,5
58,8	60,2	- 1,4	34,6	31,9	2,7	2,8	3,9	- 1,1
41,7	45,0	- 3,3	45,6	45,2	0,4	5,7	5,7	0,0
25,8	30,9	- 5,1	53,9	54,1	- 0,2	12,0	11,0	1,0
51,5	55,1	- 3,6	32,1	35,9	- 3,8	5,9	5,5	0,4
37,9	45,6	- 7,7	42,9	44,0	- 1,1	5,6	6,0	- 0,4
51,0	51,1	- 0,1	49,0	44,6	4,4	-	1,8	- 1,8
52,0	53,0	- 1,0	41,2	41,7	- 0,5	1,5	2,5	- 1,0
46,5	50,7	- 4,2	42,3	42,8	- 0,5	1,7	2,7	- 1,0
40,7	42,7	- 2,0	48,5	49,5	- 1,0	6,9	4,8	1,1
46,0	49,6	- 3,6	49,1	45,2	3,9	-	2,5	- 2,5
51,2	50,9	0,3	48,8	44,9	3,9	-	1,9	- 1,9
51,5	51,4	0,1	41,2	41,7	- 0,5	3,9	3,8	0,1
62,9	62,7	0,2	31,6	31,8	- 0,2	2,0	2,2	- 0,2

Ohne tiefgehende Analyse beweisen diese Zahlen, daß die Masse der Wähler sehr wohl sachkundig ist und zwischen Kommunal- und Europawahl unterscheiden kann. Offensichtlich hat der Bürger regional Akzente gesetzt, überregional bei den Europawahlen der Partei seine Stimme gegeben, der er politisch nahe steht. Der Wähler äußerte neben Präferenzen für eine Partei seinen Unmut über viele Alltagsprobleme. Stellvertretend seien erwähnt: Müllabfuhr, Kernkraftwerk Cattenom, Gebietsreform. "Denkzettel" waren es auch für viele etablierte Politiker, ob CDU, SPD oder F.D.P., die, einmal im Amt, scheinbar vergessen haben, wem sie ihre Berufung verdanken.

An einigen Beispielen seien drei für die Wahlen 1979 typische Verhaltensweisen aufgezeigt:

1. Starke Position der Freien Wählergemeinschaften (FWG) in verschiedenen Regionen.

Die FWG erreichte in Nalbach, Bous, Mandelbachtal und St. Ingbert Werte über 10 %, zum Teil stark zu Lasten der beiden großen Parteien; bezeichnend für den starken Einfluß von Persönlichkeiten bei der Kommunalwahl und das Problembewußtsein der Bürger.

2. Starke Position der F.D.P. in verschiedenen Gebieten.

Diese Aussage zielt in die gleiche Richtung wie die oben genannte Feststellung. In Perl, Saarwellingen, Überherrn und Wallerfangen erreichte die F.D.P. Werte über 13 %, die eindeutig bestimmten Persönlichkeiten in diesen Gebieten zuzurechnen sind, was auch der Vergleich zur Europawahl — hier wurden nur Werte um 7 % erreicht — verdeutlicht. Solche Ergebnisse sind klare Voten für die ortsansässige Partei und ihre Kandidaten.

3. Protestwähler

Potentielle Protestwähler lassen sich im Hinblick auf die Kommunalwahl zum Teil durch die Differenz von Kommunal- und Europawahlergebnis kenntlich machen, indem der Prozentanteil in einer Gemeinde bei der Kommunalwahl kleiner ist als bei der Europawahl. So treten Abweichungen größeren Ausmaßes bei der CDU in Dillingen, Rehlingen, Bous, Kirkel, St. Ingbert und Namborn auf. Die SPD erlebte bei der Kommunalwahl im Vergleich zur Europawahl in Mettlach, Schwalbach, Wallerfangen und Bous Einbrüche größeren Ausmaßes.

Ein weiteres Merkmal für das Wahlverhalten zeigt sich in der **Wahlbeteiligung**. Die Europawahl erreichte Beteiligungsquoten, die zwischen 2,6 und 16,3 Prozentpunkte hinter den Beteiligungen an der Kommunalwahl liegen. Ausnahme bildet wegen ihres besonderen Charakters die Wiederholungswahl in Mettlach. Die geringere Wahlbeteiligung an der Europawahl muß nach Ansicht der Wahl-

analytiker als Ausdruck der Wählermeinung zum europäischen Parlament gesehen werden, d. h. er hat — obwohl im Wahllokal — bewußt die Stimmabgabe verweigert und somit ein eindeutiges Votum abgegeben.

Diese von den Zahlendifferenzen hergeleiteten Annahmen eines unterschiedlichen Wahlverhaltens bei Kommunalwahl und Europawahl 1979 sollen durch einige mathematisch statistische Berechnungen untermauert werden.

So zeigt die Korrelationsrechnung für die Reihen Kommunal- und Europawahl der CDU einen Koeffizienten von 0,92, für die SPD von 0,91 und für die F.D.P. von 0,88. Letzter Wert dokumentiert, daß sich der Zusammenhang zwischen den beiden Vergleichswahlen für die F.D.P. in der Tendenz weniger stark darstellt als für die CDU und SPD. Diese Faktoren untermauern: hohe Werte bei der Kommunalwahl entsprechen hohen Werten bei der Europawahl oder umgekehrt. Dies trifft für alle Parteien in den Gemeinden des Saarlandes mit minimalen Unterschieden zu. Dabei ist aber nichts über die Größenordnung der absoluten Werte ausgesagt.

Aussagefähiger für eine Analyse der Wahlreihen sind Tests. So liefert der Student'sche t-Test, der die Mittelwerte zweier Reihen auf einem geforderten Niveau auf Gleichheit prüft, daß für die CDU der Vergleich zwischen Europa- und Kommunalwahl auf einem 5 % Niveau negativ ausfällt, d. h. die Hypothese: die Mittelwerte von Kommunalwahl- und Europawahlergebnissen in den Gemeinden des Saarlandes sind gleich, muß abgelehnt werden. Ein analoges Verhalten zeigt sich auch bei der F.D.P.. Eine derartige Aussage besagt, die Massen, denen die Werte der Kommunalwahl und Europawahl entstammen, sind nicht gleich auf einem bestimmten Niveau, besitzen also keine vergleichbaren Mittelwerte. Für die SPD wird die Hypothese der Mittelwertgleichheit akzeptiert. Diese Aussage wird auch durch andere statistische Tests bestätigt. Hieraus läßt sich der Schluß ziehen, daß der Wähler besonders für die CDU und F.D.P. bei der Kommunal- und der Europawahl unterschiedliche Akzente gesetzt hat.

Eine endgültige Klärung des Zusammenhangsgrades zu einem Stichtag zwischen Kommunal- und Europawahl kann erst dann herbeigeführt werden, wenn die gleichen Wahlen zu verschiedenen Zeitpunkten stattfinden werden, was aber nicht realisiert werden kann. Hier wäre auch ein Vergleich zwischen entsprechenden Wahlen in anderen Bundesländern hilfreich.

Johannes Barth  
Dipl. Mathematiker

# Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im saarländischen Einzelhandel und Gastgewerbe 1980 bis 1983

## Vorbemerkungen

Seit über 20 Jahren werden im Saarland wie auch in allen übrigen Bundesländern und für das Bundesgebiet insgesamt monatlich Repräsentationstatistiken im Einzelhandel und Gastgewerbe durchgeführt, die der Gewinnung kurzfristiger Indikatoren zur Konjunkturbeobachtung dienen. Immerhin entfällt auf die Dienstleistungsbereiche "Einzelhandel" und "Gastgewerbe" etwa die Hälfte des privaten Verbrauchs. Im Jahre 1980 betrug der Anteil des Handels (einschließlich Großhandel und Handelsvermittlung) an der Bruttowertschöpfung des Saarlandes 8,6 % und der des Gastgewerbes 1,1 %.

Für das Gastgewerbe und vor allem für den Einzelhandel, der ja als Mittler zwischen Lieferanten und Abnehmern von Waren auf der Letztverbraucherstufe agiert, haben sich in den letzten Jahren beachtliche Strukturveränderungen ergeben. Die zu Beginn der Siebziger Jahre einsetzende Neugründungsphase von Großeinkaufsstätten dürfte weitgehend abgeschlossen sein, und es ist anzunehmen, daß diese Großunternehmen im Handel ihre Marktstellung zu halten bzw. auszubauen versuchen und damit zu dem mittelständischen traditionellen Einzelhandel für den verbleibenden Marktanteil in lebhaftere Konkurrenz treten. Strukturuntersuchungen sind jedoch nur bei Totalzählungen — nicht im Rahmen von Repräsentativstatistiken — möglich. Die letzte Totalerhebung war die im Jahre 1979 für das Geschäftsjahr 1978 durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung. Im Jahre 1985 ist wiederum eine Handels- und Gaststättenzählung für das Geschäftsjahr 1984 vom Gesetzgeber vorgesehen.

Bevor im folgenden auf die Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel und Gastgewerbe seit 1980 eingegangen wird, sollen zunächst die Methoden dieser Repräsentationstatistiken kurz erläutert werden.

## Methodische Erläuterungen

Mit dem Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz) vom 10. November 1978 wurde das System der Handels- und Gastgewerbestatistik umgestellt. Während von 1962 bis 1980 bundesweit für die monatlichen Repräsentativstatisti-

ken 40.000 Einzelhandels- bzw. 15.000 Gastgewerbeunternehmen zur Berichtspflicht herangezogen wurden, reduzierte der Gesetzgeber die Stichprobenumfänge im Einzelhandel auf 25.000 und im Gastgewerbe auf 8.000 Berichtspflichtige. Als Auswahlgrundlage für diese Stichprobenstatistiken diente das Material der Handels- und Gaststättenzählung 1979, in früheren Jahren waren es im Saarland die entsprechenden Zählungen in den Jahren 1961 und 1968, die ebenfalls Auswahlgrundlage für nachfolgende Repräsentativhebungen im Handel und Gastgewerbe waren. Um eine Entlastung umsatzschwacher Unternehmen zu erzielen, erhielten Unternehmen des Einzelhandels, die z.Z. der Handels- und Gaststättenzählung einen Jahresumsatz unter 250.000 DM hatten, und Unternehmen des Gastgewerbes mit weniger als 50.000 DM Jahresumsatz keine Auswahlchance. Dies führte zu einer beträchtlichen Entlastung der meldenden Wirtschaft, vor allem der kleinen Unternehmen. Bei mittleren Unternehmen wurde — soweit wie möglich — ein Austausch der Berichtspflichtigen vorgenommen. Dem Prinzip der Rotation konnte jedoch nicht in jedem Fall entsprochen werden, da im Saarland — wie in den kleineren Bundesländern allgemein — häufig in einzelnen Wirtschaftszweigen nur eine geringe Anzahl von Unternehmen tätig ist. Außerdem ist für bestimmte Umsatzgrößen eine totale Erfassung aller Unternehmen zur Sicherstellung der hochgerechneten Gesamtergebnisse unumgänglich.

Die Stichprobe ist so aufgebaut, daß sich für alle Bundesländer ein plausibles Ergebnis errechnen läßt. So ist im Saarland ein höherer Prozentsatz von Meldepflichtigen als in größeren Bundesländern erforderlich, um ein gesichertes Länderergebnis nach Wirtschaftszweigen zu erstellen. Im Saarland wurden 13,2 % aller in der HGZ 1979 erfaßten saarländischen Einzelhandelsunternehmen und 7,4 % der Gastgewerbeunternehmen in die monatlichen Stichprobenstatistiken seit 1980 einbezogen. Demgegenüber genügten in Nordrhein-Westfalen 9,7 % bzw. 4,7 % der Unternehmen aus der Handels- und Gaststättenzählung 1979. Zur Zeit werden im Saarland 860 Einzelhandelsunternehmen bzw. 320 Gastgewerbeunternehmen monatlich befragt.

Abgestellt wurden diese Monatsstatistiken, die für die Bereiche "Großhandel" und "Handelsvermittlung" zentral beim Statistischen Bundesamt aufbereitet werden, auf das Unternehmenskonzept, d.h. die wirtschaftssystematische Zuordnung richtet sich nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit — die gesamte

Einheit (Unternehmen) wird mit allen ihren Tätigkeiten der Hauptfunktion zugeordnet.

Für die Darstellung ländergenauer Ergebnisse gilt jedoch das Betriebssystem, d.h. der Gesetzgeber sieht einen Austausch der Daten von Einzelhandels- und Gastgewerbeunternehmen, die Filialen in mehreren Bundesländern unterhalten, über die Ländergrenzen vor. Dieser sog. Mehrländeraustausch erfolgt monatlich, wobei das Saarland überwiegend Empfängerland ist. Die Zahl der Niederlassungen bundesdeutscher Einzelhandelsunternehmen ist hier beträchtlich.

Der Berichtskreis im Einzelhandel und Gastgewerbe bleibt bis zur nächsten Handels- und Gaststättenzählung, die lt. Handelsstatistikgesetz im Jahre 1985 für das Geschäftsjahr 1984 durchgeführt werden soll, im Prinzip konstant. Er verändert sich jedoch laufend durch Schließungen von Stichprobenunternehmen sowie durch Neugründungen, die repräsentativ in die Berichterstattung einbezogen werden.

Als Basisjahr für die monatlichen Erhebungen wurde das Jahr 1980 gewählt. Bei der Darstellung der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten in Form von Meßziffern sind die einzelnen Werte auf den jeweiligen Monatsdurchschnitt des Jahres 1980 bezogen. Die Ergebnisse werden nach der zur Zeit gültigen "Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979" dargestellt, die gegenüber der alten Systematik eine Reihe von zum Teil wesentlichen Änderungen enthält. Mit der Umstellung auf einen neuen Berichtskreis kam eine Neuprogrammierung des Aufbereitungsverfahrens zur Anwendung.

## Entwicklung im Einzelhandel

### 1. Umsätze

Der saarländische Einzelhandel konnte seit 1980 nicht mehr die in der Vergangenheit gewohnten jährlichen Umsatzzuwächse erzielen.

Tab. 1 Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Einzelhandel und Gastgewerbe 1970 bis 1983

Jahr <sup>1)</sup>	Einzelhandel			Gastgewerbe		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980		in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1980	
Monatsdurchschnitt 1980 = 100						
1970	50,1	79,5	99,5	67,4	.	100,0
1971	57,0	83,4	103,9	73,3	.	103,2
1972	62,9	87,5	107,8	75,1	.	102,8
1973	67,5	90,5	106,4	75,5	.	101,2
1974	71,5	91,4	102,4	78,7	.	101,4
1975	77,4	93,1	99,4	83,0	.	102,9
1976	81,1	94,0	99,0	86,5	.	103,7
1977	84,8	94,8	99,7	90,0	.	101,3
1978	89,4	97,6	100,2	94,9	.	100,3
1979	94,7	99,8	101,2	99,4	.	100,9
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1981	105,8	100,1	99,3	108,7	102,1	102,8
1982	106,8	96,3	96,0	108,3	97,4	98,6
1983	109,3	97,0	95,0	107,3	93,4	99,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
1971	+ 13,8	+ 4,9	+ 4,4	+ 8,8	.	+ 3,2
1972	+ 10,4	+ 4,9	+ 3,8	+ 2,5	.	- 0,4
1973	+ 7,3	+ 3,4	- 1,3	+ 0,5	.	- 1,6
1974	+ 5,9	+ 1,0	- 3,8	+ 4,2	.	+ 0,2
1975	+ 8,3	+ 1,9	- 2,9	+ 5,5	.	+ 1,5
1976	+ 4,8	+ 1,0	- 0,4	+ 4,2	.	+ 0,8
1977	+ 4,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 4,1	.	- 2,3
1978	+ 5,4	+ 3,0	+ 0,5	+ 5,4	.	- 1,0
1979	+ 5,9	+ 2,3	+ 1,0	+ 4,7	.	+ 0,6
1980	+ 5,6	+ 0,2	- 1,2	+ 0,6	.	- 0,9
1981	+ 5,8	+ 0,1	- 0,7	+ 8,7	+ 2,1	+ 2,8
1982	+ 1,0	- 3,8	- 3,3	- 0,4	- 4,6	- 4,1
1983	+ 2,8	+ 0,7	- 1,0	- 0,9	- 4,1	+ 0,4

1) 1970 - 1979 umbasiert

Im Jahr 1981 stiegen die Verkaufserlöse gegenüber dem Basisjahr 1980 nominal um 5,8 % an, was jedoch nur einer ganz geringen realen Umsatzverbesserung (+ 0,2 %) entsprach. Im Folgejahr fiel die nominale Umsatzzunahme mit + 1,0 % so schwach aus, daß unter Ausschaltung der inzwischen eingetretenen Preisveränderungen eine deutliche Umsatzeinbuße zu verzeichnen war (— 3,8 %). Erfreulicherweise hat sich im abgelaufenen Jahr 1983 eine leichte Erholung der Einzelhandelskonjunktur gegenüber dem Vorjahr gezeigt. Die Umsätze verbesserten sich nominal um 2,8 %, d.h. die Erlöse lagen realiter (+ 0,7 %) etwa auf Vorjahresniveau.

In dem der jetzigen Berichtsperiode vorangegangenen Jahrzehnt von 1970 bis 1980 hatte sich der Einzelhandelsumsatz von Jahr zu Jahr z.T. mit beachtlichen Zuwachsraten erhöht, so daß der Umsatz des Jahres 1980 nominal etwa doppelt so hoch war wie 1970. Auch unter Ausschaltung der Preiseinflüsse und trotz gesunkener Einwohnerzahlen meldeten die Einzelhändler an der Saar günstige Umsatzzahlen. Anfang der Siebziger Jahre setzte im Saarland eine Neugründungsphase von Einzelhandelsgroßeinkaufsstätten moderner Prägung ein, die in den Folgejahren die Umsatzentwicklung wesentlich mitbestimmten.

Nach den nun vorliegenden Ergebnissen der Repräsentativstatistik liegt der Meßziffernreihe im Basisjahr 1980 ein Einzelhandelsumsatz von etwa 7,1 Mrd. DM zugrunde, der sich bis 1983 um 9,8 % auf 7,8 Mrd. DM erhöhte.

Etwa neun Zehntel des Umsatzes wurde in Ladengeschäften getätigt, davon wurde etwa drei Zehntel der Verkaufserlöse in Einkaufsstätten wie SB-Warenhäusern, Verbraucher- und Supermärkten und anderen SB-Lebensmittelmärkten (ohne Frischwaren) erzielt. Auf die traditionellen Großunternehmen des Handels wie Waren- und Kaufhäuser kamen im vergangenen Jahr etwa 8 % des Umsatzes der Ladengeschäfte. Die übrigen sechs Zehntel teilten sich die Fachhandelsgeschäfte. Die Versandhandelsumsätze sowie die Erlöse im ambulanten Handel waren auch 1983 nicht bedeutend.

Eine Gliederung der Stichprobenunternehmen nach Umsatzgrößenklassen zeigt, daß im Jahre 1983 fast zwei Drittel des Einzelhandelsumsatzes in Unternehmen mit Jahresumsätzen von über 5 Mill. DM getätigt wurden.

### Entwicklung der Einzelhandelszweige

Ein Viertel des Umsatzes entfiel 1983 auf den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Rund jeweils ein Zehntel vereinnahmten der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (10,8 %) und der Fahrzeughandel (9,3 %). Die Geschäfte mit pharmazeutischen, kosmetischen und

ähnlichen Erzeugnissen waren mit 6,4 % und die Einzelhandelsunternehmen mit Einrichtungsgegenständen mit 5,5 % am Einzelhandelsumsatz beteiligt. Auf den Fachhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten entfielen 3,9 %, die Erlöse des Fachhandels mit Papierwaren und Druckerzeugnissen machten 1,2 % und die mit Kraftstoffen und Schmierölen, wozu vor allem freie Tankstellen zählen, 0,9 %, aus.

**Umsätze des Einzelhandels 1983  
nach Wirtschaftsgruppen**

Tab. 2

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig Einzelhandel mit ...	Mill. DM	Anteil in %
431	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1 940	24,9
432	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	838	10,8
433	Einr. gegenständen (ohne Elektrotechn. u. Haushaltsgroßgeräte)	431	5,5
434	Elektrotechn. Erzeugn., Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	305	3,9
435	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	91	1,2
436	Pharmazeut., kosmet. u. medizin. Erzeugnissen usw.	502	6,4
437	Kraft- u. Schmierstoffen	72	0,9
438	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen u. -reifen	725	9,3
439	Sonstigen Waren, Waren versch. Art	2 887	37,1
43	<b>Einzelhandel insgesamt</b>	<b>7 791</b>	<b>100,0</b>

Die größte Wirtschaftsgruppe des Einzelhandels bildete jedoch mit 37 % Anteil am Gesamtumsatz der Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art. Zu dieser heterogenen Gruppe zählen u.a. die Geschäfte mit Waren verschiedener Art "Hauptrichtung Nahrungsmittel" und "Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel" sowie der Brennstoffhandel. Einzelhandel mit Waren verschiedener Art liegt vor, wenn Erzeugnisse aus den Sortimenten von mindestens drei verschiedenen Einzelhandelsgruppen (ohne Nahrungsmittel, Getränken, Tabakwaren) geführt werden. Übersteigt der Umsatz aus Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren 70 %, der aus den übrigen Gruppen 35 %, so wird das Einzelhandelsunternehmen der Fachhandelsgruppe zugeordnet. Zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zählen vor allem die Warenhäuser, Kaufhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, deren Marktanteil seit der Handels- und Gaststättenzählung 1979 noch weiter gestiegen ist.

In den einzelnen Zweigen des Einzelhandels im Saarland verlief die Umsatzentwicklung im Zeitraum 1980 bis 1983 recht unterschiedlich.

Im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren konnte 1981 zunächst noch ein deutliches Umsatzplus verbucht

Tab. 3

## Umsatzentwicklung im Einzelhandel 1981 bis 1983 in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig Einzelhandel mit ...	Umsatz in jeweiligen Preisen					
		1981		1982		1983	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
43 1	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	106,3	+ 6,3	110,2	+ 3,7	109,8	- 0,4
43 111	Nahrungsmitteln, Getränken usw. (ohne Reformwaren) o.a.S.	107,5	+ 7,5	111,9	+ 4,1	113,8	+ 1,7
43 190	Tabakwaren	105,2	+ 5,2	100,6	- 4,4	92,6	- 7,9
43 2	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	102,9	+ 2,9	101,0	- 1,8	100,8	- 0,2
43 210	Textilien, Bekleidung o.a.S.	106,3	+ 6,3	106,4	+ 0,1	110,4	+ 3,8
43 231	Oberbekleidung o.a.S.	99,9	- 0,1	99,6	- 0,3	96,6	- 3,0
43 235	Damenoberbekleidung	102,7	+ 2,7	87,9	- 14,4	92,3	+ 5,0
43 281	Schuhen	101,5	+ 1,5	103,9	+ 2,4	108,6	+ 4,5
43 3	Einrichtungsgegenständen (o. Elektro- techn. u. Haushaltsgroßger.)	98,4	- 1,6	95,9	- 2,5	98,0	+ 2,2
43 340	Möbeln (ohne Büromöbel)	97,8	- 2,2	94,4	- 3,5	99,4	+ 5,3
43 4	Elektrotechn. Erzeugn., Haushalts- großger., Musikinstrumenten	104,4	+ 4,4	108,4	+ 3,8	116,6	+ 7,6
43 440	Rundfunk-, Fernseh- und phonotechn. Geräten	107,5	+ 7,5	113,4	+ 5,5	122,6	+ 8,1
43 5	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	107,1	+ 7,1	104,3	- 2,6	102,0	- 2,2
43 511	Schreib- u. Papierwaren, Schul- u. Büroartikeln	110,5	+ 10,5	107,6	- 2,6	107,2	- 0,4
43 541	Büchern, Fachzeitschriften	104,4	+ 4,4	100,7	- 3,5	97,3	- 3,4
43 6	Pharmazeut., kosmet. u. medizin. Erzeugnissen usw.	106,9	+ 6,9	108,1	+ 1,1	112,2	+ 3,8
43 610	Apotheken	107,4	+ 7,4	109,2	+ 1,7	113,8	+ 4,2
43 661	Drogerien	100,0	± 0,0	103,0	+ 3,0	110,1	+ 6,9
43 7	Kraft- u. Schmierstoffen	122,6	+ 22,6	121,1	- 1,2	124,1	+ 2,5
43 750	Tankstellen (Absatz i. eig. Namen)	122,6	+ 22,6	121,1	- 1,2	124,1	+ 2,5
43 8	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	100,4	+ 0,4	96,7	- 3,7	107,6	+ 11,3
43 811	Kraftwagen	100,2	+ 0,2	96,9	- 3,3	109,0	+ 12,5
43 9	Sonst. Waren, Waren versch. Art	108,7	+ 8,7	110,4	+ 1,6	114,4	+ 3,6
43 970	Brennstoffen	125,6	+ 25,6	129,7	+ 3,3	135,2	+ 4,2
43 982	Waren verschiedener Art, Haupttr. Nicht-Nahrungsmittel	98,4	- 1,6	95,9	- 2,5	94,4	- 1,6
43 983	Waren verschiedener Art, Haupttr. Nahrungsmittel	108,5	+ 8,5	114,3	+ 5,4	121,7	+ 6,5
<b>43</b>	<b>Einzelhandel insgesamt</b>	<b>105,8</b>	<b>+ 5,8</b>	<b>106,8</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>109,8</b>	<b>+ 2,8</b>



**Umsatzentwicklung im Einzelhandel 1981 bis 1983  
in Preisen des Basisjahres nach Wirtschaftszweigen**

Tab. 5

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig Einzelhandel mit ...	Umsatz in Preisen des Basisjahres					
		1981		1982		1983	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
43 1	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	101,3	+ 1,3	98,7	- 2,6	96,4	- 2,3
43 111	Nahrungsmitteln, Getränken usw. (ohne Reformwaren) o.a.S.	102,0	+ 2,0	100,5	- 1,5	100,5	± 0,0
43 190	Tabakwaren	104,1	+ 4,1	87,0	- 16,4	73,1	- 16,0
43 2	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	97,3	- 2,7	92,3	- 5,1	89,3	- 3,2
43 210	Textilien, Bekleidung o.a.S.	99,7	- 0,3	98,1	- 1,6	97,4	- 0,7
43 231	Oberbekleidung o.a.S.	95,2	- 4,8	91,0	- 4,4	86,0	- 5,5
43 235	Damenoberbekleidung	97,1	- 2,9	80,1	- 17,5	82,1	+ 2,5
43 281	Schuhen	95,9	- 4,1	94,5	- 1,5	96,0	+ 1,6
43 3	Einrichtungsgegenständen (o. Elektro- techn. u. Haushaltsgroßger.)	91,9	- 8,1	84,7	- 7,8	84,8	+ 0,1
43 340	Möbeln (ohne Büromöbel)	90,6	- 9,4	83,2	- 8,2	85,2	+ 2,4
43 4	Elektrotechn. Erzeugn., Haushalts- großger., Musikinstrumenten	101,3	+ 1,3	102,5	+ 1,2	109,2	+ 6,5
43 440	Rundfunk-, Fernseh- und phonotechn. Geräten	105,5	+ 5,5	109,8	+ 4,1	118,6	+ 8,0
43 5	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	101,6	+ 1,6	91,8	- 9,6	87,5	- 4,7
43 511	Schreib- u. Papierwaren, Schul- u. Büroartikeln	104,9	+ 4,9	95,6	- 8,9	92,6	- 3,1
43 541	Büchern, Fachzeitschriften	98,7	- 1,3	89,5	- 9,3	82,8	- 7,5
43 6	Pharmazeut., kosmet. u. medizin. Erzeugnissen usw.	102,3	+ 2,3	99,8	- 2,4	98,5	- 1,3
43 610	Apotheken	102,3	+ 2,3	101,2	- 1,1	99,5	- 1,7
43 661	Drogerien	98,3	- 1,7	94,6	- 3,8	98,8	+ 4,4
43 7	Kraft- u. Schmierstoffen	105,9	+ 5,9	104,0	- 1,8	108,6	+ 4,4
43 750	Tankstellen (Absatz i. eig. Namen)	105,9	+ 5,9	104,0	- 1,8	108,6	+ 4,4
43 8	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	97,2	- 2,8	88,0	- 9,5	95,3	+ 8,3
43 811	Kraftwagen	97,0	- 3,0	88,4	- 8,9	96,6	+ 9,3
43 9	Sonst. Waren, Waren versch. Art	101,7	+ 1,7	98,9	- 2,7	101,0	+ 2,1
43 970	Brennstoffen	109,1	+ 9,1	108,3	- 0,7	115,9	+ 7,0
43 982	Waren verschiedener Art, Hauptr. Nicht-Nahrungsmittel	93,4	- 6,6	86,8	- 7,1	83,6	- 3,7
43 983	Waren verschiedener Art, Hauptr. Nahrungsmittel	103,2	+ 3,2	103,8	+ 0,6	107,8	+ 3,9
<b>43</b>	<b>Einzelhandel insgesamt</b>	<b>100,1</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>96,3</b>	<b>- 3,8</b>	<b>97,0</b>	<b>+ 0,7</b>

werden (nominal + 6,3 %), das auch nach Abzug der Preissteigerungen noch eine reale Steigung + 1,3 % auswies. 1982 fiel der Jahreszuwachs dagegen geringer aus (nominal + 3,7); in konstanten Preisen berechnet mußte sogar ein Rückgang hingenommen werden (— 2,6 %). Diese Entwicklung verstärkte sich noch im Jahr 1983, die Nominalerlöse (— 0,4 %) sowie vor allem die Realerlöse (— 2,3 %) lagen unter dem Vorjahresergebnis.

Der Einzelhandel mit **Textilwaren, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren** hatte 1981 schon eine reale Umsatzeinbuße (— 2,7 %) bei einer Nominalerlösstigerung um 2,9 % hinzunehmen. Seitdem sieht sich diese Branche mit einer ständig geringeren Nachfrage konfrontiert. 1982 und auch 1983 wurde sowohl nominal (— 1,8 % bzw. — 0,2 %) als auch real (— 5,1 % bzw. — 3,2 %) weniger als in den Vorjahren verkauft. Hier dürfte sich auch die Tatsache bemerkbar machen, daß aufgrund der geringeren Geburtenzahl bestimmte Käuferschichten seit Jahren ausfallen.

Ähnlich wie im Textil- und Bekleidungseinzelhandel waren auch im Einzelhandel mit **Einrichtungsgegenständen** sowohl 1981 (— 1,6 %) als auch 1982 (— 2,5 %) nominale Umsatzeinbußen festzustellen, die sich besonders stark bei den preisbereinigten Meßziffern zeigten (— 8,1 %; — 7,8 %). Im Jahr 1983 wurde nominal wieder mehr verkauft (+ 2,2 %), wobei sich die reale Zuwachsrate gerade auf Vorjahresniveau hielt. Der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen gehört damit zu den Zweigen, die seit dem Basisjahr die stärksten Umsatzverluste hinnehmen mußten.

Zu den Branchen, die seit 1980 einer gestiegenen Nachfrage begegneten, zählte der Einzelhandel mit **elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten**, dessen Umsätze sich sowohl nominal (+ 16,6 %) als auch real (+ 9,2 %) seit 1980 erhöht haben, wobei die Veränderungsrate nominal mit + 7,6 % im Jahre 1982 besonders günstig ausfiel.

Einen besonders guten Geschäftsverlauf meldete 1983 gegenüber 1982 nur der Einzelhandel mit **Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen** (nominal + 11,3 %; real + 8,3 %). Da allerdings im Vorjahr ein Umsatzminus (— 3,7; — 9,5 %) aufgetreten war, wurde im Durchschnitt der 3 Jahre keine reale Umsatzausweitung festgestellt. Wie es scheint, wirkte sich auch hier — nach anfänglicher Kaufzurückhaltung vieler Verbraucher als Folge der sich verschlechternden Einkommenslage — ein "Nachhol-Effekt" aus.

Die große Gruppe des Einzelhandels mit **sonstigen Waren, Waren verschiedener Art** konnte im Jahre 1981 gegenüber dem Basisjahr 1980 noch eine überdurchschnittliche nominale Steigerungsrate von 8,7 %, die real allerdings mit 1,79 % relativ schwach ausfiel, für sich verbuchen. Im Folgejahr 1982 verbesserten sich die Erlöse kaum (+ 1,6 %), wobei die reale Veränderungsrate sogar negativ

war (— 2,7 %). Im jetzt abgelaufenen Jahr erzielte diese Gruppe durchschnittliche nominale Umsatzzuwächse von 3,6 %, was einer realen Verbesserung um 2,1 % entspricht. Eine relativ schwache Geschäftsentwicklung zeigte sich im Berichtszeitraum im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nichtnahrungsmittel, wozu vor allem die Warenhausunternehmen zählen. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsklassen wurde keine Umsatzausweitung, weder nominal noch unter Ausschaltung der Preiseinflüsse seit 1980 erreicht. Die Umsatzmeßziffer lag 1983 nominal um 5,6 % und real um 16,4 % unter der des Basisjahres 1980. Entgegen der Branchenentwicklung verbesserte der unter dieser Wirtschaftsgruppe geführte Brennstoffeinzelhandel seine Verkaufserlöse sowohl in jeweiligen Preisen (+ 35,2 %) als auch in Preisen des Basisjahres (+ 15,9 %) von 1980 bis 1983 beträchtlich.

Die in der Gruppe des Einzelhandels mit **pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen** befragten Apotheken meldeten gegenüber dem Basisjahr ein nominales Umsatzplus von 13,8 %, wobei im Jahr 1982 die Umsätze des Vorjahres gerade überschritten wurden. Unter Ausschaltung der inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen verblieb diesen Unternehmen etwa der gleiche Umsatz wie 1980.

Im Einzelhandel mit **Papierwaren und Druckerzeugnissen** machte sich seit 1982 ein schwacher Konjunkturverlauf bemerkbar, der auch 1983 weiter anhielt; die Umsätze waren in jeweiligen Preisen kaum höher (+ 2,0 %) als im Basisjahr, realer entsprach dies einem Rückgang um 12,5 %. Im Einzelhandel mit **Kraftstoffen und Schmierölen**, der 24,1 % mehr als im Basisjahr verkaufte, brachte das Jahr 1982 einen deutlichen Umsatzeinbruch (— 1,2; — 1,8 %), dennoch sind die in dieser Systematikgruppe erfaßten wenigen Tankstellen mit Absatz in eigenem Namen im Durchschnitt der Jahre einigermaßen erfolgreich.

## Beschäftigtenentwicklung

Entgegen der Umsatzentwicklung zeigen sich für die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im saarländischen Einzelhandel keine sprunghaften Veränderungen. Seit 1970 hat sich die Zahl der Beschäftigten kaum verändert, d. h. die mehr als doppelt so hohen nominalen Verkaufserlöse im Jahre 1983 wurden mit etwa dem gleichen Personalbestand wie 1970 erwirtschaftet.

Dieser Repräsentativstatistik lag eine hochgerechnete Beschäftigtenzahl im Basisjahr 1980 von rund 38 000 zugrunde. Während im Jahre 1981 der Beschäftigtenstand des Vorjahres beinahe noch (— 0,7) gehalten werden konnte, folgte 1982 ein deutlicher Rückgang um 3,3 %, der offensichtlich mit der Umsatzeinbuße einher-

# Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel 1981 bis 1983 nach Wirtschaftszweigen

Tab. 4

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig Einzelhandel mit ...	Beschäftigte									
		1981		1982		1983					
		INSGESAMT						Vollbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>1)</sup>	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>1)</sup>
43 1	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	98,5	- 1,5	95,2	- 3,3	94,0	- 1,3	89,2	- 2,1	105,1	+ 1,3
43 111	Nahrungsmitteln, Getränken usw. (ohne Reformwaren) o.a.S.	97,4	- 2,6	92,6	- 4,9	90,7	- 2,0	85,6	- 3,0	102,9	- 0,5
43 190	Tabakwaren	96,3	- 3,7	104,5	+ 8,5	94,8	- 9,3	96,3	- 12,9	92,9	- 3,8
43 2	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	98,1	- 1,9	95,0	- 3,2	93,7	- 1,4	89,5	- 2,3	103,8	+ 0,7
43 210	Textilien, Bekleidung o.a.S.	93,6	- 6,4	92,3	- 1,4	92,6	+ 0,3	88,7	- 2,0	102,7	+ 4,6
43 231	Oberbekleidung o.a.S.	99,2	- 0,8	95,0	- 4,2	91,6	- 3,6	90,5	- 3,4	94,0	- 3,2
43 235	Damenoberbekleidung	98,0	- 2,0	77,7	- 20,7	78,8	+ 1,4	65,7	+ 2,0	113,5	+ 2,0
43 281	Schuhen	102,7	+ 2,7	106,9	+ 4,1	108,4	+ 1,4	106,2	- 0,7	112,4	+ 4,9
43 3	Einrichtungsgegenständen (o. Elektrotechn. u. Haushaltsgroßger.)	98,8	- 1,2	91,9	- 7,0	91,5	- 0,4	91,2	- 2,0	92,1	+ 3,1
43 340	Möbeln (ohne Büromöbel)	98,0	- 2,0	94,7	- 3,4	92,4	- 2,4	93,8	- 4,0	88,7	+ 1,1
43 4	Elektrotechn. Erzeugn., Haushaltsgroßger., Musikinstrumenten	101,5	+ 1,5	98,6	- 2,9	107,1	+ 8,6	97,4	+ 0,9	166,0	+ 47,0
43 440	Rundfunk-, Fernseh- und phonotechn. Geräten	100,0	± 0,0	99,3	- 0,7	107,0	+ 7,8	95,9	- 2,8	169,8	+ 64,9
43 5	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	101,1	+ 1,1	95,1	- 5,9	90,0	- 5,4	86,3	- 9,0	97,4	+ 2,0
43 511	Schreib- u. Papierwaren, Schul- u. Büroartikeln	101,7	+ 1,7	100,2	- 1,5	92,0	- 8,2	87,5	- 13,8	100,6	+ 2,0
43 541	Büchern, Fachzeitschriften	99,4	- 0,6	94,9	- 4,5	91,4	- 3,7	84,5	- 6,4	110,2	+ 3,2
43 6	Pharmazeut., kosmet. u. medizin. Erzeugnissen usw.	100,3	+ 0,3	97,6	- 2,7	98,7	+ 1,1	94,9	- 2,7	107,8	+ 10,2
43 610	Apotheken	100,0	± 0,0	98,5	- 1,5	100,0	+ 1,5	95,8	- 1,8	110,4	+ 10,1
43 661	Drogerien	104,3	+ 4,3	100,8	- 3,4	104,0	+ 3,2	97,9	- 2,8	115,0	+ 13,9
43 7	Kraft- u. Schmierstoffen	104,8	+ 4,8	101,0	- 3,6	98,7	- 2,3	109,7	- 2,3	79,4	- 4,9
43 750	Tankstellen (Absatz i. eig. Namen)	104,8	+ 4,8	101,0	- 3,6	98,7	- 2,3	109,7	- 2,3	79,4	- 4,9
43 8	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	98,0	- 2,0	93,3	- 4,8	91,0	- 2,5	88,5	- 3,9	121,3	+ 13,8
43 811	Kraftwagen	96,2	- 3,8	91,5	- 4,9	88,6	- 3,2	87,8	- 3,4	99,4	+ 0,3
43 9	Sonst. Waren, Waren versch. Art	100,3	+ 0,3	98,3	- 2,0	97,1	- 1,2	94,3	- 4,6	103,9	+ 3,2
43 970	Brennstoffen	103,8	+ 3,8	103,0	- 0,8	111,2	+ 8,0	97,3	+ 0,5	158,4	+ 24,2
43 982	Waren verschiedener Art, Hauptr. Nicht-Nahrungsmittel	95,4	- 4,6	90,0	- 5,7	85,3	- 5,2	82,8	- 9,2	94,2	- 2,9
43 983	Waren verschiedener Art, Hauptr. Nahrungsmittel	106,4	+ 6,4	109,2	+ 2,6	111,5	+ 2,1	109,4	- 0,3	115,9	+ 6,9
43	<b>Einzelhandel insgesamt</b>	<b>99,3</b>	<b>- 0,7</b>	<b>96,0</b>	<b>- 3,3</b>	<b>95,2</b>	<b>- 0,8</b>	<b>91,6</b>	<b>- 3,1</b>	<b>105,5</b>	<b>+ 4,1</b>

1) Veränderungsdaten laut monatl. Stat. EH 12/83.

ging. Im abgelaufenen Jahr verlangsamte sich der Abbau des Personals (— 0,8 %), so daß insgesamt seit 1980 rd. 4,8 % weniger Beschäftigte im saarländischen Einzelhandel gemeldet werden, nachdem anfangs der Siebziger Jahre in gewissem Umfang Neueinstellungen zu beobachten waren.

In allen Branchen des Einzelhandels — mit Ausnahme der Geschäfte mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten, die 1983 einen etwa um 7 % höheren Beschäftigtenstand hatten, — wurde Personal abgebaut. Am stärksten innerhalb des Berichtszeitraumes im Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, wo etwa ein Zehntel weniger Beschäftigte als 1980 gezählt wurden.

Innerhalb des umsatzstarken Einzelhandelszweiges mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art verlief die Beschäftigtenentwicklung recht unterschiedlich. Während die Unternehmen mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, zu denen die Verbrauchermärkte zu rechnen sind, ihren Personalbestand um 11 % innerhalb 3 Jahren erhöhten, wurden im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel, infolge der Umsatzentwicklung und durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr Arbeitskräfte freigesetzt, so daß im Jahre 1983 etwa 15 % Personen weniger als 1980 in diesen Einkaufsstätten tätig waren. Seit 1980 hat sich im saarländischen Einzelhandel die Zahl der Vollbeschäftigten um 8,4 % verringert, dabei von 1982 auf 1983 um 3,1 %. Gleichzeitig bediente sich der Handel verstärkt der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeit. Die Meßziffer der Teilzeitbeschäftigten stieg seit dem Basisjahr um 5,5 %. Legt man die z. Zt. der Handels- und Gaststättenzählung festgestellte Relation von Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel zugrunde, so kommt auf etwa drei Vollbeschäftigte ein Beschäftigter, der weniger als die volle branchenübliche Wochenarbeitszeit tätig ist.

## Entwicklung im Gastgewerbe

### 1. Umsätze

Das saarländische Gastgewerbe erwirtschaftete im Jahre 1983 einen Umsatz von rd. 544 Mill. DM. Im Vergleich zum Basisjahr 1980 erhöhten sich die Erlöse um 7,3 %. (Zum Vergleich: In dem dieser Berichtsperiode vorangegangenen Jahrzehnt verbesserte das Gastgewerbe seine Nominalumsätze um rund ein Drittel.) Während im Jahre 1981 gegenüber dem Bezugsjahr 1980 noch eine Steigerungsrate der Nominalerlöse um 8,7 % gemeldet wurde, die einer tatsächlichen Umsatzverbesserung von 2,1 % entsprach, blieben die Umsätze in den beiden Folgejahren etwa auf dem Vorjahresniveau;

bei den inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen in diesem Privatleistungsbereich bedeuteten die Umsatzstagnationen jedoch reale Einbußen gegenüber 1981 um 4,6 % bzw. gegenüber 1982 um 4,1 %. Die Meßziffer der realen Umsätze belief sich 1983 auf 93,4 %, d. h. im abgelaufenen Jahr 1983 wurde realiter um 6,6 % weniger umgesetzt als im Jahre 1980.

In den einzelnen Betriebsarten war die Entwicklung jedoch recht unterschiedlich.

Das Beherbergungsgewerbe, auf das etwa ein Siebtel der gastgewerblichen Umsätze entfällt, wurde 1982 von einem spürbaren Nachfrageausfall getroffen. Die Umsätze verringerten sich im Jahre 1982 gegenüber 1981 um 4,1 %, nachdem im Vorjahr noch eine Belegung um 5,8 % zu verzeichnen war. Im Jahre 1983 erreichte die Umsatztätigkeit der Hotellerie und der übrigen Beherbergungsbetriebe noch nicht das Vorjahresniveau. Die seit 1980 stagnierenden Erlöse im Beherbergungsgewerbe verzeichneten bei Ausschaltung der Preisveränderungen einen Rückgang um 17 %. Diese Entwicklung wird auch in der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr, die als Betriebsstatistik für alle Beherbergungsbetriebe mit 9 und mehr Betten geführt wird, bestätigt. Danach gingen die Übernachtungszahlen, die 1980 bei rd. 1,2 Mill. lagen, von Jahr zu Jahr bis auf unter eine Million im Jahre 1983 zurück, am stärksten im vergangenen Jahr (— 10,8 %).

Weitaus bedeutender als das Beherbergungsgewerbe ist das Gaststättengewerbe an der Saar. Hier werden etwa vier Fünftel des Gesamtumsatzes erwirtschaftet. Innerhalb dieser Gruppe sind jedoch wiederum nur die Schankwirtschaften mit einem Anteil von 38 % und die Speisewirtschaften mit 31 % am Umsatz dieses Bereichs von Wichtigkeit. Die übrigen Betriebsarten des Gaststättengewerbes — wie Tanz-, Bar- und Vergnügungslokale, Cafés, Eisdielen, Imbiß- und Trinkhallen, Campingplätze — tragen in geringem Umfang zum Gesamtumsatz bei.

Die Verkaufserlöse der Schankwirtschaften haben sich in den letzten drei Jahren um 15,7 % erhöht, was einer realen Verbesserung von nur 1,5 % entsprach. Damit schnitten die Schankwirtschaften im Vergleich zu den übrigen Betriebsarten vergleichsweise gut ab.

Die Speisewirtschaften bekamen nach einigermaßen guten Geschäftsabschlüssen in den Jahren 1981 und 1982 (+ 4,5 % bzw. + 5,7 % nominal) die ungünstige Konjunkturlage des Jahres 1983 zu spüren (— 3,7 %), so daß die Nominalerlöse zwar noch um 6,3 % höher als im Basisjahr lagen, die Realumsätze jedoch dem Umsatzwert von 1980 um 6,7 % unterschritten.

Die kleine Gruppe der Kantinen mit etwa 4 % des Gesamtumsatzes im Gastgewerbe hat in den letzten 3 Jahren zwar eine nominale Umsatzverbesserung um 4,9 % erfahren, die jedoch unter Ausschaltung der Preiseinflüsse eine Erlösminderung um 7,8 % darstellte.

**Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 1981 bis 1983 in jeweiligen Preisen  
nach Wirtschaftszweigen**

Tab. 6

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig	Umsatz in jeweiligen Preisen					
		1981		1982		1983	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
71 1	Beherbergungsgewerbe	105,8	+ 5,8	101,5	- 4,1	100,2	- 1,3
71 111	Hotels	101,5	+ 1,5	101,6	+ 0,1	100,0	- 1,6
71 3	Gaststättengewerbe	109,7	+ 9,7	109,9	+ 0,2	108,8	- 1,0
71 311	Speisewirtschaften	104,5	+ 4,5	110,4	+ 5,7	106,3	- 3,7
71 391	Schankwirtschaften	114,4	+ 14,4	114,5	+ 0,1	115,7	+ 1,1
71 5	Kantinen	100,5	+ 0,5	105,5	+ 5,0	104,9	- 0,6
71	<b>Insgesamt</b>	<b>108,7</b>	<b>+ 8,7</b>	<b>108,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>107,3</b>	<b>- 0,9</b>

**Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 1981 bis 1983 in Preisen des Basisjahres  
nach Wirtschaftszweigen**

Tab. 7

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig	Umsatz in Preisen des Basisjahres					
		1981		1982		1983	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
71 1	Beherbergungsgewerbe	97,6	- 2,4	88,3	- 9,5	83,0	- 6,0
71 111	Hotels	93,6	- 6,4	88,4	- 5,6	82,8	- 6,3
71 3	Gaststättengewerbe	103,4	+ 3,4	99,3	- 4,0	95,6	- 3,7
71 311	Speisewirtschaften	98,5	- 1,5	99,8	+ 1,3	93,3	- 6,5
71 391	Schankwirtschaften	107,8	+ 7,8	103,5	- 4,0	101,5	- 1,9
71 5	Kantinen	94,8	- 5,2	95,4	+ 0,6	92,2	- 3,3
71	<b>Insgesamt</b>	<b>102,1</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>97,4</b>	<b>- 4,6</b>	<b>93,4</b>	<b>- 4,1</b>

## 2. Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten des saarländischen Gastgewerbes — (rd. 10.000 im Jahre 1980) — hat sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Basisjahr mit — 0,8 % nur wenig verändert. Im Jahre 1981 wurden zwar um 2,8 % mehr Beschäftigte im saarländischen Gastgewerbe als im Basisjahr registriert, danach reduzierte sich jedoch wieder der Personalbestand um 4,1 %, während im vergangenen Jahr 1983 kaum eine Veränderung der Beschäftigtenzahl zu beobachten war (+ 0,6 %).

Allerdings hat sich in diesem Dienstleistungsbereich die Relation zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten im Verlauf der letzten 3

Jahre zu Lasten der Vollbeschäftigten verschoben. Die gastgewerblichen Unternehmen stellten 16,1 % mehr Personen ein, die weniger als die volle branchenübliche Wochenarbeitszeit tätig waren, während demgegenüber um rd. ein Zehntel weniger Vollbeschäftigte gemeldet wurden. Das trifft auf fast alle Betriebsarten zu, sowohl auf das Beherbergungsgewerbe, in dem die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um fast ein Viertel im Vergleich zu 1980 angestiegen ist, als auch auf das Gaststättengewerbe, wo rund ein Sechstel mehr Teilzeitbeschäftigte registriert wurde. Dieser Kompensationseffekt ist im Gastgewerbe besonders ausgeprägt, da über die Hälfte der Beschäftigten Inhaber bzw. mithelfende Familienangehörige sind, denen meistens keine andere Arbeitsplatzalternative zur Verfügung steht.

Tab. 8

### Beschäftigtenentwicklung im Gastgewerbe 1981 bis 1983 nach Wirtschaftszweigen (Betriebsarten)

Nr. der Systematik	Wirtschaftszweig (Betriebsart)	Beschäftigte									
		1981		1982		1983					
		insgesamt						Vollbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
		Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>1)</sup>	Meßzahlen MD 1980 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>1)</sup>
71 1	Beherbergungsgew.	99,9	- 0,1	95,7	- 4,2	98,5	+ 2,9	90,9	+ 0,4	124,0	+ 5,3
71 111	Hotels	98,6	- 1,4	94,3	- 4,4	97,3	+ 3,2	92,9	+ 0,7	114,2	+ 8,7
71 3	Gaststättengewerbe	103,7	+ 3,7	99,7	- 3,9	99,7	± 0,0	89,7	- 3,0	116,7	+ 4,5
71 311	Speisewirtschaften	96,3	- 3,7	95,8	- 0,5	95,9	+ 0,1	89,8	- 1,8	106,6	+ 4,7
71 391	Schankwirtschaften	111,0	+ 11,0	107,2	- 3,4	105,6	- 1,5	89,7	- 1,3	131,2	- 0,4
71 5	Kantinen	92,5	- 7,5	86,0	- 7,0	90,0	+ 4,7	93,0	+ 8,2	86,4	- 4,7
71	<b>Insgesamt</b>	<b>102,8</b>	<b>+ 2,8</b>	<b>98,6</b>	<b>- 4,1</b>	<b>99,2</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>90,0</b>	<b>- 2,1</b>	<b>116,1</b>	<b>+ 4,2</b>

1) Veränderungsraten der Voll- und Teilzeitbeschäftigten aus der Tabelle der Monatlichen Statistik im Gastgewerbe 12/83.

Karin Niemann  
Dipl. Volkswirtin

# Index der Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes auf Basis 1980 = 100

1. Zielsetzung des Nettoproduktionsindex
2. Abgrenzungskonzepte und Aussagefähigkeit
3. Gewichtung der Teilindices
4. Auswahl der Fortschreibungsreihen
5. Formeln zur Indexberechnung
6. Darstellungsbereich des Nettoproduktionsindex
7. Zusammenhang mit anderen Größen
8. Basisjahre der saarländischen Indices

## Neuberechnung und Ergebnisse

### 1. Zielsetzung des Nettoproduktionsindex

Der Index der Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe gehört zu den schon klassischen Indikatoren der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Insbesondere in der kurzfristigen Konjunkturanalyse kommt ihm eine zentrale Stellung zu. Mit der Zielsetzung monatlich die Produktionstätigkeit im konjunktur reagiblen Produzierenden Gewerbe zu messen, steht er, neben dem Frühindikator Auftragseingang, im Mittelpunkt konjunkturpolitischer Untersuchungen. Auf Grund seiner kurzen Periodizität kann er saisonale und konjunkturelle Schwankungen sensibel wiedergeben. Als preisbereinigte Nettoleistungsgröße zeigt er vor allem kurz- bis mittelfristig Entwicklungs- und Tendenzänderungen adäquat an.

Der seit 1977 auf das gesamte Produzierende Gewerbe, einschließlich Handwerk, ausgedehnte Index wurde bis 1976 als Index der industriellen Nettoproduktion nur für den industriellen Sektor berechnet. Schon in den 50er Jahren wird als Zielsetzung des Nettoproduktionsindex definiert, "kurzfristig ein möglichst genaues Bild der Entwicklung der industriellen Nettoproduktion zu geben" (1). Über die Frage, in wie weit der im Bundesgebiet zunächst auf Basis 1936 = 100 und später 1950 = 100 berechnete Index seiner Zielsetzung gerecht wird, die Nettoproduktionsentwicklung in institutioneller Gliederung darzustellen, gab es in den 50er und 60er Jahren eine lebhafte Diskussion (2). Das in den 50er Jahren angewendete Konzept der Indexberechnung wurde vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern auch bei der Neuberechnung auf Basis 1970 = 100 im wesentlichen beibehalten. Die Aufgabenstellung des Nettoproduktionsindex wird wie folgt beschrieben: "laufend unter Ausschaltung der Preisveränderungen die Entwicklung der Nettoleistung der einzelnen Industriezweige

und der Gesamtindustrie zu messen" (3). Hierbei war auch beabsichtigt, monatlich eine Wertschöpfungsgröße verfügbar zu haben, die möglichst eng mit der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, der Zentralgröße der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zusammenhängt. Mit dem Begriff des Nettoproduktionswertes, der sich nur durch die noch enthaltene Position "Kosten für industrielle/handwerkliche Dienstleistungen, Mieten, Pachten und sonstige Kosten" von der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen unterschied, war dies bereits weitgehend gewährleistet. Beim Übergang vom Bruttoproduktionswert zum Nettoproduktionswert ist mit dem Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, dem Einsatz an Handelsware, sowie den Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten der größte Teil der Vorleistungen bereits abgezogen.

Mit dem Nettoproduktionsindex auf Basis 1976 = 100 begann das Statistische Bundesamt sich von der Gewichtung mit Nettoproduktionswerten der Betriebe abzuwenden und im Gewichtungssystem stärker die Bruttowertschöpfung der Unternehmen zu berücksichtigen. Als Zielsetzung wird nun angeführt: "Beim Index der Nettoproduktion soll der Verlauf von Wertschöpfungsgrößen für die Wirtschaftszweige der SYPRO monatlich verfolgt werden" (4). Die Darstellung erfolgt also in der institutionell orientierten Gliederung der SYPRO (5). Die Produktionsentwicklung in waren- oder gütersystematischer Gliederung wird im Bundesgebiet durch die Bruttoproduktionsindices wiedergegeben. Hier werden die Erzeugnisse nicht in institutioneller Gliederung, sondern in gütersystematischer Gliederung und nach ihrem überwiegenden Verwendungszweck dargestellt. Die Gewichtung der Einzelindices des Bruttoproduktionsindex des Statistischen Bundesamtes erfolgt ausschließlich mit den Bruttoproduktionswerten des Basisjahres. Soll die Produktion einzelner Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen untersucht werden, stehen hierzu im Bundesgebiet die Bruttoproduktionsindices zur Verfügung. Soll hingegen die Produktionsentwicklung von Unternehmen oder fachlichen Unternehmensteilen, also ökonomische Einheiten, betrachtet werden, müssen die Nettoproduktionsindices benutzt werden.

Von den Statistischen Landesämtern werden in der Regel nur Nettoproduktionsindices für Betriebe oder fachliche Betriebsteile veröffentlicht. Für Untersuchungen mit gütersystematischer Zuordnung stehen die originären Ergebnisse des monatlichen Produktionseilberichts und der vierteljährlichen Produktionserhebung zur Verfügung. Preisbereinigte Bruttoproduktionsindices für Bundesländer wurden bisher nicht berechnet. Die Nettoproduktionsindices

## Leistungsgrößen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des Bundesgebietes 1980



Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung für das Bundesgebiet aus : Produzierendes Gewerbe, Fachserie 4, Reihe 4.3.2., 1980 Hrg.: Statistisches Bundesamt

Statistisches Amt des Saarlandes

der Statistischen Landesämter lehnen sich an das Betriebs- oder fachliche Betriebsteilekonzept an. Sie behalten damit die vom Statistischen Bundesamt bis zum Basisjahr 1970 = 100 angewendete Methodik im wesentlichen bei.

Von ihrem theoretischen Konzept her sind die Nettoproduktionsindices des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter nicht mehr voll vergleichbar. Für das Saarland wie für die meisten Bundesländer dürfte zwischen dem Nettoproduktionsindex des Statistischen Bundesamtes für fachliche Unternehmensteile und dem Landesindex weitgehend Vergleichbarkeit gegeben sein.

### 2. Abgrenzungskonzepte und Aussagefähigkeit

Mit der Indexumstellung 1976 und 1980 vollzog das Statistische Bundesamt den Übergang von dem früheren Betriebs- bzw. fachlichen Betriebsteilekonzept zum Unternehmens- und fachlichen Unternehmensteilekonzept (6). Als fachlicher Unternehmensteil gilt

der Teil eines Unternehmens, der im Bezug auf einen vierstelligen Wirtschaftszweig der SYPRO eine homogene Tätigkeit ausweist. Welche Erzeugnisse zu einem Wirtschaftszweig gütersystematisch gehören, wird über die SYPRO und das "Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982" definiert. Zur Aggregation der fachlichen Teileindices für vierstellige Wirtschaftszweige zu Indices für zweistellige Wirtschaftszweige, Wirtschaftshauptgruppen, Wirtschaftsabteilungen und das gesamte Produzierende Gewerbe wird die Verteilung des Census-Value-Added des Basisjahres nach fachlichen Unternehmensteilen benutzt. Das heißt beim fachlichen Teileindex wird das Gewichtungsschema über die Verteilung des Census-Value-Added des Basisjahres nach fachlichen Teilen definiert. Diese werden nur mit den Fortschreibungsreihen fortgeschrieben, die gütersystematisch zu diesen fachlichen Teil gehören. Der benutzte Begriff des Census-Value-Added unterscheidet sich vom Nettoproduktionswert lediglich durch den weiteren Abzug der Kosten für sonstige industrielle und handwerkliche Dienstleistungen, soweit diese durch fremde Unternehmen erbracht wurden.



Der vom Statistischen Bundesamt zusätzlich berechnete Unternehmensindex unterscheidet sich von dem Index für fachliche Teile dadurch, daß bereits für den Verlauf der vierstelligen Wirtschaftszweigindices versucht wird, die Entwicklung der Fremdbeimischungen der Unternehmen zu berücksichtigen. Als Fremdbeimischungen gelten die Erzeugnisgruppen und fachlichen Teile, die nicht zum wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens gehören. Der am Census-Value-Added gemessene Anteil dieser fachlichen Teile am gesamten Census-Value-Added der Unternehmen eines vierstelligen Wirtschaftszweiges bildet das Gewichtungsschema für den Übergang von den fachlichen Teileindices zu Unternehmensindices. Die fachlichen Teileindices für vierstellige Wirtschaftszweige werden mittels Census-Value-Added-Gewichten zu Unternehmensindices für vierstellige Wirtschaftszweige aggregiert. Die weitere Aggregation zu Indices höherer Ordnung erfolgt mit den Anteilen an der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, die für Unternehmen aus der Kostenstrukturerhebung errechnet wird. Bei den Unternehmensindices wird sowohl im Gewichtungssystem des Wirtschaftszweiges als auch bei den Fortschreibungsreihen die vorhandene Fremdbeimischung berücksichtigt. Das heißt, der Unternehmensindex eines Wirtschaftszweiges wird in seinem Verlauf nicht nur durch die schwerpunktbestimmenden Erzeugnisse, sondern auch durch Erzeugnisse bestimmt, die sich in seinem Produktionsprogramm befinden, aber gütersystematisch nicht zu seinem Wirtschaftszweig gehören. Bei der Bildung der fachlichen Teile und der Auswahl von Gütern werden jedoch nur solche berücksichtigt, die innerhalb der Wirtschaftsabteilung bleiben, die den Schwerpunkt bestimmt.

Beim Baugewerbe wird auf dieses Verfahren sogar weitgehend verzichtet. Für Bundesländer könnten grundsätzlich analoge Indices für fachliche Betriebsteile und Betriebe berechnet werden. Da regionalisierbare originäre Census-Value-Added- und Bruttowertschöpfungswerte nicht verfügbar sind, müßte die Gewichtung mit Nettoproduktionswerten erfolgen.

Im Saarland wurde bei der Neubasierung 1980 in den Grundzügen das alte methodische Schema beibehalten. Der Nettoproduktionsindex für das Produzierende Gewerbe des Saarlandes ist im Verarbeitenden Gewerbe weitgehend ein fachlicher Betriebsteileindex, wobei die Abgrenzung Betrieb und fachlicher Betriebsteil bereits oft zusammenfallen. Vor allem für zweistellige Wirtschaftszweige fällt der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebes zumeist mit dem des fachlichen Betriebsteils zusammen. Die fachlichen Betriebsteile werden analog dem Vorgehen bei fachlichen Unternehmensteilen mit den Erzeugnisreihen fortgeschrieben, die gütersystematisch zu deren Wirtschaftszweig gehören. Die Gewichtung erfolgt jedoch nicht mit Census-Value-Added-Werten sondern wie bisher mit Nettoproduktionswerten.

## Zusammenhang der Leistungsgrößen

### Gesamtumsatz

- ± Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
- + Selbsterstellte Anlagen

### Bruttoproduktionswert

- Materialverbrauch (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe), Einsatz an Handelsware
- Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten

### Nettoproduktionswert

- Kosten für industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) wie Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen und Montagen

### Census-Value-Added

- Mieten und Pachten
- Sonstige Kosten wie Werbe- und Vertreterkosten, Reisekosten, Versicherungsprämien, Bankspesen usw.

### Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

- Verbrauchssteuern, sonstige indirekte Steuern abzüglich Subventionen für die laufende Produktion
- Abschreibungen

### Nettowertschöpfung zu Faktor Kosten

- Fremdkapitalzinsen, Grundrente, Unternehmereinkommen<sup>1)</sup>
- Heimarbeiterlöhne
- Sozialkosten

### Bruttolohn- und -gehaltsumme

<sup>1)</sup> Wird nicht erhoben, sondern als Restposten aus den Salden der übrigen Größen berechnet.

Je höher die Aggregation erfolgt und damit je homogener die Produktionsprogramme im Bezug auf Fremdbeimischungen werden, um so stärker tritt der Unterschied der verschiedenen institutionellen Gliederungen zurück. Durch die Unternehmens- und fachliche Unternehmensteileindices ist die Vergleichbarkeit der Landes- und Bundesindices nicht mehr voll gewährleistet. Der Index des Saarlandes baut weitgehend auf fachlichen Betriebsteilen auf und zeigt die homogene Entwicklung der Wirtschaftszweige ohne Fremdbeimischung. Er ist von hier dem fachlichen Unternehmensteileindex des Bundes vergleichbar. Auch vom Gewichtungsschema her, das hier auf Nettoproduktionswerten aufbaut, ist weitgehende Vergleichbarkeit gegeben.

Die Unterscheidung zwischen fachlichem Betriebsteile- und Betriebsindex ist selbstverständlich eine idealtypische Konstruktion. Das Produktionsprogramm eines Betriebes oder Unternehmens kann, wenn man nicht die Aussagefähigkeit des benutzten statistischen Ausgangsmaterial überstrapazieren will, nicht in beliebig viele fachliche Betriebs- oder Unternehmensteile zerlegt werden. Auch bei der Zusammenführung der fachlichen Teileindizes zu Unternehmens- und Betriebsindices kann nicht berücksichtigt werden, welche Teile der Fortschreibungsreihen überwiegend oder typischerweise als Fremd Beimischungen auftreten. Darüberhinaus kann das fachliche Teilekonzept bei Ersatzreihen mit Umsätzen nur schwer und bei Ersatzreihen mit geleisteten Arbeitsstunden kaum differenziert durchgehalten werden, da im ersten Fall nur eine grobe und im zweiten Fall überhaupt keine Zuordnung auf fachliche Teile vorliegt. Auf Grund der fehlenden Fortschreibungsreihen kann die Entwicklung der fachlichen Teile außerhalb des Produzierenden Gewerbes nicht dargestellt werden. Der Betriebs- oder Unternehmensindex bleibt letztlich ein auf die fachlichen Teile des Produzierenden Gewerbes beschränkter Index.

Die Einführung eines reinen, aus fachlichen Betriebsteilen zusammengesetzten Betriebsindex, hätte bedeutet, daß die Gewichtung der fachlichen Betriebsteile zum Betriebsindex aus dem Basisjahr konstant übernommen werden müßten. In den vergangenen Jahren haben sich jedoch bei der Zuordnung fachlicher Betriebsteile zu Betrieben und Unternehmen im Saarland erhebliche Verschiebungen ergeben. Da die veröffentlichten Betriebsdaten der anderen Erhebungen dies berücksichtigen, wäre eine Vergleichbarkeit mit diesen Betriebsdaten nicht mehr gegeben. Die Unterschiede lassen sich theoretisch leicht erklären, können aber in der praktischen Arbeit auch leicht zu Fehlinterpretationen führen, die nur bei Berechnung weiterer Indices zu erläutern sind.

### 3. Gewichtung der Teilindices

Der Nettoproduktionsindex versucht mit gewichteten Bruttoproduktionsreihen die Entwicklung des Nettoproduktionswertes darzustellen. Problematisch war hier stets der Übergang von den Bruttoproduktionswerten der Fortschreibungsreihen zu den ersten Nettoindices, die dann im Rahmen eines festen Gewichtungsschemas weiter aggregiert werden. Das bisherige Verfahren, über reine Betriebe oder homogene Produktionsbereiche Nettoquoten für Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen näherungsweise zu schätzen, wurde im Statistischen Amt des Saarlandes im Prinzip beibehalten. Die so gewonnenen Nettoquoten aus Betrieben mit einem überwiegend homogenen Produktionsprogramm wurden dann an die Bruttoproduktionswerte der stärker diversifizierten Einheiten angelegt. So

weit dies nicht möglich war, mußten die Fortschreibungsreihen proportional zu den Bruttoproduktionswerten gewichtet werden, was die Annahme weitgehend gleicher Nettoquoten impliziert. Die so bestimmten Indices für vierstellige Wirtschaftszweige werden erst in der weiteren Aggregation ausschließlich mit Nettogewichten multipliziert.

Ausgangspunkt der für die Indexberechnung benötigten Nettoproduktionswerte sind die Daten des 79er Zensus im Produzierenden Gewerbe. Die im Rahmen dieser Erhebung erfragten Merkmale erlaubten es, für Unternehmen originäre Nettoproduktionswerte zu bestimmen. Für Einbetriebsunternehmen standen mit den Ergebnissen für Unternehmen auch die Daten für die Betriebe fest. Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wurden darüberhinaus für Betriebe von Mehrländer- oder Mehrbetriebunternehmen aus dem Nettoproduktionswert des Unternehmens ein Nettoproduktionswert für die zugehörigen Betriebe abgeleitet. Hierzu wurde der Nettoproduktionswert der Unternehmen proportional zur anteiligen Bruttolohn- und -gehaltsumme der zugehörigen Betriebe auf diese umgeschlüsselt. Soweit die Arbeits- bzw. Kapitalintensität der Betriebe eines Unternehmens nicht stark streut, ist mit diesem Verfahren eine fundierte Schätzung möglich. Damit standen aus den Ergebnissen des Zensus bereits abgeleitete Nettoproduktionswerte für Betriebe zur Verfügung.

Der Übergang von Nettoproduktionswerten der Betriebe zu Nettoproduktionswerten für fachliche Betriebsteile kann in dreifacher Weise erfolgen. Es bieten sich an die Umsätze nach fachlichen Betriebsteilen, die Zahl der Beschäftigten nach fachlichen Betriebsteilen, sowie zu fachlichen Betriebsteilen aggregierte Ergebnisse der vierteljährlichen Produktionserhebung. Das erste Verfahren wurde nur zu Kontrollzwecken benutzt, da es zahlreiche Kritikpunkte aufweist. Nicht alle Betriebe haben eine zum Außenabsatz bestimmte Produktion. Bei Betrieben ohne Umsatz war das Verfahren nicht anwendbar. Fällt für bestimmte Produktpaletten oder fachliche Betriebsteile keine Absatzproduktion an, führt dies zu Verzerrungen. Zwischen Umsatz und Nettoproduktion ist der Zusammenhang nicht hinreichend streng, um eine unmittelbare Umschlüsselung zuzulassen.

Nettoproduktionswerte für fachliche Betriebsteile können aber auch näherungsweise geschätzt werden, indem der für den Betrieb bestimmte Nettoproduktionswert proportional zur Zahl der tätigen Personen der einzelnen fachlichen Teile aufgeteilt wird. Dieses summarische Verfahren weist selbstverständlich Unschärfen auf. Der einfachste Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß nur die arbeitsbezogene Komponente der Wertschöpfung den Verteilungsschlüssel bestimmt und kapitalintensive fachliche Betriebsteile tendenziell zu wenig Nettoproduktion zugewiesen bekommen. Selbstverständlich ist auch eine direkte Proportionalität zwischen der Zahl der Ar-

**Das Gewichtungssystem des Nettoproduktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe in Abhängigkeit alternativer Bezugseinheiten 1979**

Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftszweig		fachliche Betriebsteile gebildet über			Betriebe
		Produktion	Beschäftigte	Umsatz	
		1	2	3	
	<b>Verarb. Gewerbe</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dar.:	38,7	38,8	39,0	39,8
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen u. Erden	2,1	1,8	1,8	1,7
27	Eisenschaffende Industrie	22,5	24,0	24,3	26,7
29	Eisen- und Stahlgießerei	3,5	3,2	3,0	3,0
301	Ziehereien und Kaltwalzwerke	3,0	2,9	3,0	2,0
40	Chemische Industrie	2,1	1,4	1,8	1,4
53	Holzbearbeitung	0,8	0,7	0,6	0,8
59	Gummiverarbeitung	3,4		3,2	
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe dar.:	40,4	41,1	41,0	40,6
302	Stahlverformung	4,0	3,0	4,1	3,6
32	Maschinenbau	9,8	9,6	9,8	8,8
33	Straßenfahrzeugbau	13,0	12,6	12,3	13,1
36	Elektrotechnik	5,0	5,0	4,1	5,3
38	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	3,0	2,4	2,3	2,0
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe dar.:	12,9	12,3	12,3	11,9
52	Herstellung und Verarbeitung von Hohlglas	0,5	0,5	0,5	0,5
54	Holzverarbeitung	1,3	1,3	1,3	1,1
57	Druckerei	2,2	1,9	1,9	1,9
58	Herstellung von Kunststoffwaren	1,4	1,4	1,4	1,3
64	Bekleidungs-gewerbe	1,6	1,6	1,6	1,6
	Nahrungs- und Genußmittelgew.	8,0	7,8	7,7	7,7

Sp. 4: Gewichtungssystem berechnet über Nettoproduktionswerte für Betriebe auf Grund der Ergebnisse des Zensus 1979. In den Spalten 1 bis 3 wurden die für Betriebe verfügbaren Nettoproduktionswerte betriebsweise intern auf fachliche Betriebsteile verteilt. Die Verteilung erfolgte in Sp. 3 proportional zu den Umsätzen und in Sp. 2 proportional zu den Beschäftigten nach fachlichen Betriebsteilen. In Sp. 1 erfolgte die Bildung fachlicher Betriebsteile über die Daten der vierteljährlichen Produktionserhebung auf Grund von Nettoquoten für reine Betriebe oder proportional zu den Bruttoproduktionswerten.

beitskräfte und Wertschöpfung impliziert, ohne Qualifikationsunterschiede und innerbetriebliche Liefer- und Abnahmebeziehungen zu berücksichtigen. Die relativ starre, teilweise durch traditionelle Meldestrukturen beeinflusste Aufteilung in fachliche Betriebsteile muß bei diesem Verfahren übernommen werden.

Eine dritte Möglichkeit ist die Bildung von fachlichen Betriebsteilen oder homogenen Produktionsbereichen über die vierteljährliche Produktionserhebung. Wie bereits zuvor dargestellt, kann für Teilbereiche über reine Betriebe die Nettoquote für einige homogene Wirtschaftszweige näherungsweise geschätzt werden. Diese Nettoquoten können als Grundlage benutzt werden, um in nicht homogenen Betrieben aus den Bruttoproduktionswerten der fachlichen Teile Nettoproduktionswerte abzuleiten. Soweit dies nicht möglich ist, kann die Verteilung proportional zu den Bruttoproduktionswerten erfolgen und durch das zweite Verfahren kontrolliert und korrigiert werden. Die so bestimmten Nettoproduktionswerte für Betriebe und fachliche Betriebsteile bilden das Gewichtungsschema für die Aggregation der für vierstellige Wirtschaftszweige bestimmte Indices der Fortschreibungsreihen.

Zentraler Punkt für die Beurteilung der Qualität all dieser Verfahren bleibt jedoch die Frage nach der Homogenität der gebildeten Einheiten und nach der Güte der ausgewählten Fortschreibungsreihen. Wenn das Statistische Bundesamt bereits bei seiner Schätzung der fachlichen Unternehmensteile auf die hohe Homogenität der zweistelligen Wirtschaftszweige der SYPRO hinwies, so war auf Betriebsebene eine noch höhere Homogenität zu erwarten. Oft wiesen die fachlich zu trennenden Produktionsprogramme der Unternehmen auch eine räumliche Trennung auf. Insbesondere die stark diversifizierten Unternehmen zeigten auch räumlich getrennte Produktionsstätten, so daß die fachliche Teilung teilweise schon durch die räumliche Teilung dargestellt werden kann. Die Betriebsdaten waren deutlich homogener als die Unternehmensdaten: soweit fachliche Teile zu bilden waren, wurde durch den Übergang von Unternehmensdaten zu Betriebsdaten bereits ein Teil der Disaggregation geleistet.

#### 4. Auswahl der Fortschreibungsreihen

Ein Kritikpunkt am Nettoproduktionsindex war stets, daß mit Bruttoproduktionswerten Nettoleistungsgrößen fortgeschrieben werden sollen. Insofern kommt der adäquaten Reihenauswahl eine besondere Rolle zu. Allgemein wird sogar davon ausgegangen, daß die Reihenauswahl auf den Indexverlauf einen höheren Einfluß habe als das angewendete Gewichtungsschema. In den 50er Jahren wurde der Nettoproduktionsindex als Mengenindex grundsätzlich

**Art und Zahl der Fortschreibungsreihen, die für die Berechnung  
des Nettoproduktionsindex benutzt werden**

SYPRO	Wirtschaftsabteilung Wirtschaftshauptgruppe	Index 1980 = 100					Index 1970 = 100		
		Gewicht	Mengen	Werte	Stunden	Insgesamt	Mengen	Werte	Insgesamt
	<b>Energie- und Wasserversorgung, Bergbau</b>	<b>19,35</b>	<b>5</b>		<b>3</b>	<b>8</b>			<b>—</b>
10	Energie- u. Wasserversorgung	7,43	1		3	4			—
2111	Bergbau	11,92	4			4	3		3
	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>71,30</b>	<b>70</b>	<b>218</b>	<b>1</b>	<b>289</b>	<b>72</b>	<b>71</b>	<b>143</b>
	<b>Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe</b>	<b>26,22</b>	<b>40</b>	<b>27</b>		<b>67</b>	<b>43</b>	<b>5</b>	<b>48</b>
22	Mineralölverarbeitung		4			4	4		4
25	Gew. u. Ver. v. Steinen u. Erden	1,51	15	7		22	9		9
27	Eisenschaffende Industrie	15,18	10			10	11		11
28	NE-Metallerzeugung			1		1	3		3
29	Gießerei	2,11		2		2	4		4
301	Drahtziehereien usw.	2,02	5	2		7	2		2
40	Chemische Industrie	1,65	1	13		14	2	4	6
53	Holzbearbeitung	0,54	5	1		6	8		8
59	Gummiverarbeitung	2,57		1		1		1	1
	<b>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe</b>	<b>30,01</b>		<b>130</b>		<b>130</b>	<b>4</b>	<b>35</b>	<b>39</b>
302	Stahlverformung usw.	2,68		7		7		1	1
31	Stahl- u. Leichtmetallbau	4,51		13		13		4	4
32	Maschinenbau	7,88		58		58	1	19	20
33	Straßenfahrzeugbau	9,33		8		8		2	2
36	Elektrotechnik	3,48		21		21	1	7	8
37	Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren			3		3	2	1	3
38	Herst. v. EBM-Waren	1,98		19		19		1	1
50	Herst. v. Büromaschinen			1		1			
	<b>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</b>	<b>9,24</b>	<b>9</b>	<b>57</b>	<b>1</b>	<b>67</b>	<b>10</b>	<b>30</b>	<b>40</b>
39	H. v. Musikinstr., Spielwaren usw.			3		3		1	1
51	Feinkeramik			5		5	2	2	4
52	Herstellung u. Verarb. von Glas	0,34	2	2		4	1	1	2
54	Holzverarbeitung	0,87		15		15		8	8
56	Papier- u. Pappeverarbeitung	0,12	3			3		1	1
57	Druckerei, Vervielfältigung	1,54		1		1		1	1
58	Herst. von Kunststoffwaren	1,03		1		1		1	1
62	Lederverarbeitung	0,10	4	5		9	4	1	5
63	Textilgewerbe			3		3		1	1
64	Bekleidungs-gewerbe	1,09		22	1	23	3	13	16
	<b>Nahrungs- und Genußmittelgewerbe</b>	<b>5,83</b>	<b>21</b>	<b>4</b>		<b>25</b>	<b>15</b>	<b>1</b>	<b>16</b>
68	Ernährungsgewerbe		20	4		24	14	1	15
69	Tabakverarbeitung		1			1	1		1
	<b>Baugewerbe</b>	<b>9,35</b>			<b>19</b>	<b>19</b>			<b>—</b>
	<b>Bauhauptgewerbe</b>	<b>7,82</b>			<b>11</b>	<b>11</b>			<b>—</b>
	<b>Ausbaugewerbe</b>	<b>1,53</b>			<b>8</b>	<b>8</b>			<b>—</b>
	<b>Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>83,22</b>	<b>74</b>	<b>218</b>	<b>1</b>	<b>293</b>	<b>75</b>	<b>71</b>	<b>146</b>
	<b>Produzierendes Gewerbe</b>	<b>100,0</b>	<b>75</b>	<b>218</b>	<b>23</b>	<b>316</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

mit Reihen in physischen Mengenangaben berechnet. Bei den späteren Indexumstellungen und Neuberechnungen wurden immer mehr Mengenreihen durch deflationierte Wertreihen ersetzt. Die Fortschreibungsreihen sind überwiegend waren- oder gütersystematisch und nicht institutionell abgegrenzt. Soweit keine geeignete Mengen- oder Wertreihen aus den Produktionsstatistiken Eilbericht oder Fachstatistik verfügbar sind, werden Ersatzreihen benutzt. Als solche finden im wesentlichen Verwendung deflationierte Umsätze für fachliche Betriebsteile sowie geleistete Arbeits- und Arbeiterstunden für Betriebe. Bei allen drei Merkmalen handelt es sich um institutionell abgegrenzte Größen. Die geleisteten Arbeiter- und Arbeitsstunden berücksichtigen nicht den Produktivitätsfortschritt, so daß zusätzlich laufend eine Korrektur mit einem Produktivitätsfaktor notwendig ist.

Wie bereits eingangs angeführt, werden die früher zur Indexberechnung benutzten Mengenreihen zunehmend durch Wertreihen ersetzt. Bei Mengenreihen besteht teilweise das Problem in der Auswahl einer geeigneten Maßeinheit, teilweise in der ungenügenden Berücksichtigung qualitativer Verbesserungen. Der Wechsel zu Wertreihen verbessert das Ergebnis nur dann, wenn für die Deflationierung ein geeigneter Preisindex zur Verfügung steht, zudem wird, wie leicht darzustellen ist, bei Benutzung eines Laspeyres-Preisindex der Charakter des Nettoproduktionsindex als Laspeyres-Mengenindex gestört. Der als Laspeyres-Index mit konstanten Gewichten berechnete Nettoproduktionsindex wird in diesem Fall tendenziell zu einem Paasche-Index mit variablen Gewichten (8).

Bei der Neuberechnung des Indexes der Nettoproduktion auf Basis 1980 = 100 werden im Saarland im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe überwiegend deflationierte Wertreihen benutzt. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und Bergbau finden Mengenangaben Verwendung. Im Baugewerbe erfolgt die Fortschreibung mit geleisteten Arbeitsstunden, die um einen Produktivitätsfaktor korrigiert werden. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe besitzen ein extrem breites Produktionsprogramm. Für einzelne Wirtschaftszweige war es hier nicht möglich, die Produktionsentwicklung durch die aus dem Produktionsbericht verfügbaren Daten darzustellen. Deshalb wurden hier auch Umsatzreihen in die Berechnung einbezogen.

Dies führt in diesen Fällen dazu, daß die Problematik des Übergangs von gütersystematisch verfügbaren Fortschreibungsreihen zu institutionell abgegrenzten Indices tendenziell entschärft wird. Auf der anderen Seite muß trotzdem gewährleistet werden, daß die Produktionsentwicklung weiterhin dargestellt wird. Für den Gesamtindex gehen 86 Umsatzreihen und geleistete Arbeiter- bzw. Arbeitsstundenreihen in die Berechnung ein. Dem stehen 156 Wert- und 74

Mengenreihen der Güterproduktion gegenüber. Die Tatsache, daß für das Baugewerbe keine fachlichen Betriebs- oder Unternehmens-teile gebildet werden und für diese auch keine Fortschreibungsreihen verfügbar wären, unterstreicht, daß es sich beim Nettoproduktionsindex für das Produzierende Gewerbe nicht um einen reinen fachlichen Teileindex handelt. Das nach Wirtschaftsabteilungen differenziert angewendete Gewichtungsschema und die Art der Reihenauswahl unterstreichen dies zusätzlich.

## 5. Formeln zur Indexberechnung

Der Index der Nettoproduktion wird als Laspeyres-Mengen-Index mit konstanten Gewichten des Basisjahres gerechnet. Erfolgt die Fortschreibung mit Mengenreihen, bleibt der Indextyp voll erhalten. Werden hingegen Wertreihen benutzt, die mit einem Laspeyres-Preisindex deflationiert sind, tritt der bereits angeführte Effekt der Umwandlung der Teileindices in Volumenindices nach Paasche auf.

Ausgangspunkt für die Gewichtung der einzelnen Wirtschaftszweige oder Produktionsbereiche ist deren Anteil am Nettoproduktionswert der übergeordneten Aggregationsebene. Je nach Zielsetzung können auf institutioneller Ebene hierzu die Nettoproduktionswerte für fachliche Betriebsteile, Betriebe, fachliche Unternehmensteile, Unternehmen oder eine nach Aggregationsebene gestufte Kombination gewählt werden. Hat der vierstellige Wirtschaftszweig j im Basisjahr am Nettoproduktionswert  $NPW_{ko}$  des übergeordneten zweistelligen Wirtschaftszweiges k einen Anteil von  $G_{jo}$  mit

$$G_{jo} = \frac{NPW_{jo}}{\sum_{j \in k} NPW_{jo}} = \frac{NPW_{jo}}{NPW_{ko}}$$

so berechnet sich der Indexwert des zweistelligen Wirtschaftszweiges k zum Zeitpunkt t als

$$I_{kt} = \sum_{j \in k} G_{jo} \cdot I_{jt}$$

mit  $I_{jt}$  als Indexwert des vierstelligen Wirtschaftszweiges j zum Zeitpunkt t.

Sind  $G_{ko}$  die Gewichte des zweistelligen Wirtschaftszweiges an der Wirtschaftshauptgruppe,  $G_{ho}$  die Gewichte der Wirtschaftshauptgruppe an der Abteilung und  $G_{jo}$  die Gewichte der Abteilung am Produzierenden Gewerbe mit

$$G_{ko} = \frac{NPW_{ko}}{\sum_{k \in h} NPW_{ko}} : G_{ho} \frac{NPW_{ho}}{\sum_{h \in l} NPW_{ho}}$$



## 6. Darstellungsbereich des Nettoproduktionsindex

Der Index der industriellen Nettoproduktion versuchte ursprünglich die Entwicklung der Industriebetriebe, ohne Berücksichtigung des Handwerks, darzustellen. Der Begriff des Industriebetriebes beschränkte sich im monatlichen Industriebericht nur auf die industriellen Betriebsteile, die übrigen fachlichen Betriebsteile wie Handel und Dienstleistungen wurden in der Regel nicht einbezogen. Der Index der industriellen Nettoproduktion beschränkte sich damit auf den besonders konjunktur reagiblen industriellen Sektor. Die monatlich verfügbaren Fortschreibungsdaten bezogen sich auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Die Entwicklung der Kleinindustrie wurde monatlich nicht erfaßt. Im Aufbau des Gewichtungssystems war deren Beitrag zum Nettoproduktionswert eines Industriezweiges mit berücksichtigt. Implizit bedeutete dies die Annahme einer Gleichentwicklung bei Klein- und Großbetrieben, die nicht unproblematisch war, aber aufgrund der geringen Bedeutung der Kleinindustrie keinen großen Fehler verursachen konnte.

Diese Situation änderte sich mit der Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, als die Unterscheidung zwischen Industrie- und Handwerksbetrieb aufgegeben wurde. In den Monatsbericht über Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ist heute auch das produzierende Handwerk miteingeschlossen. Der Großteil der Verarbeitenden Handwerksbetriebe hat weniger als 20 Beschäftigte und ist damit mit den vorhandenen Fortschreibungsreihen nicht darstellbar, je nach Wirtschaftszweig kommt diesem Bereich aber eine durchaus gewichtige Rolle zu, so daß sich die Annahme des Gleichlaufs heute differenzierter darstellt. Insbesondere bei längerfristigen Betrachtungen muß das konstante Gewichtungssystem hier zu Verzerrungen führen.

Aus diesen Gründen beschränkt sich der Darstellungsbereich des Nettoproduktionsindex im Saarland auf Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Der Nettoproduktionsindex wird also sowohl von seinem Gewichtungssystem als auch von den verfügbaren Fortschreibungsreihen her auf den Monatsberichts-kreis beschränkt. Im Baugewerbe wird das Gewichtungssystem aus den Nettoproduktionswerten für Unternehmen aufgebaut und mit den Daten für Betriebe fortgeschrieben. Durch die generelle Beschränkung der Aussage auf Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten werden nicht alle Bereiche repräsentativ dargestellt, insbesondere in überwiegend kleinbetrieblichen Wirtschaftszweigen kann es zu untypischen Verläufen kommen. Als Beispiel sei hier das Ausbaugewerbe angeführt.

## 7. Zusammenhang mit anderen Größen

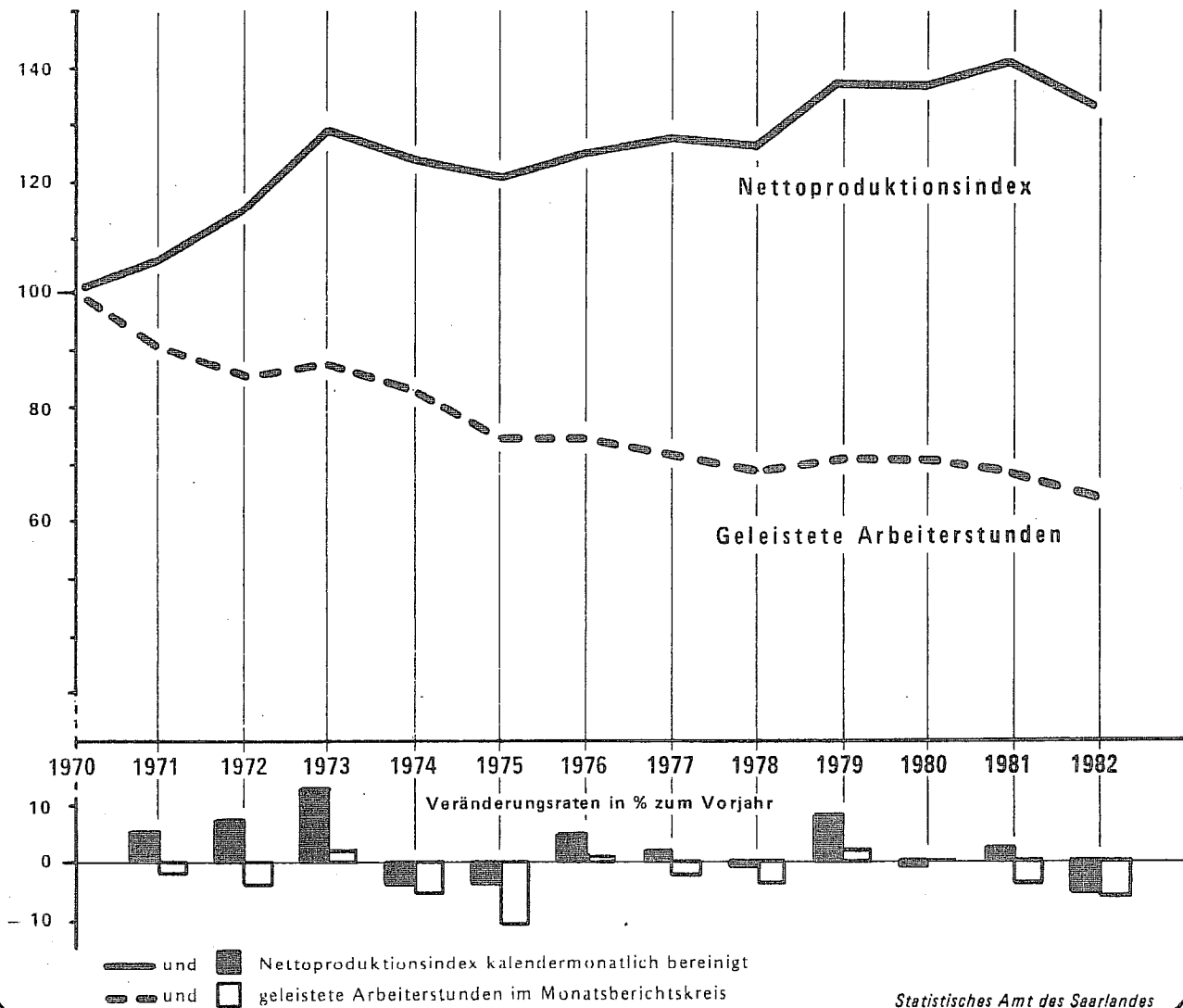
Der Nettoproduktionswert nimmt eine Zwischenstellung zwischen dem Bruttowertschöpfungswert, der noch alle Vorleistungen beinhaltet, und der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, der zentralen Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ein. Der Nettoproduktionswert entspricht auf der Ebene des betrieblichen Rechnungswesens der Position Rohertrag der Gewinn- und Verlustrechnung. Beim Übergang vom Bruttowertschöpfungswert zum Nettoproduktionswert wird der größte Teil der Vorleistungen, die als Wertschöpfung anderer Unternehmen, anderer Wirtschaftszweige oder anderer Perioden anzusehen sind, abgezogen. Die gewichtigste Position ist hierbei der Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, gefolgt vom Einsatz an Handelsware sowie den Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten. Der vom Statistischen Bundesamt benutzte Begriff des Census-Value-Added ist noch zusätzlich um die Kosten für Reparatur und Instandhaltungsarbeiten durch andere Unternehmen bereinigt. Zum Übergang zur Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen müssen nur noch die Mieten, Pachten und sonstige Kosten abgezogen werden; Positionen, die originär nur für die Unternehmen der Kostenstrukturerhebung verfügbar sind.

Soweit der Anteil der Kosten für industrielle/handwerkliche Dienstleistungen, Mieten, Pachten und sonstige Kosten kurzfristig hinreichend parallel zum Bruttowertschöpfungswert verläuft, kann eine direkte Proportionalität zwischen Nettoproduktionswert und Bruttowertschöpfung unterstellt werden. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Nettoproduktionsindex zur Darstellung der Bruttowertschöpfungsentwicklung beinhaltet diese Annahme. Da der Nettoproduktionsindex des Statistischen Bundesamtes für Unternehmen auch die Kleinindustrie und das Kleinhandwerk miteinschließt, stimmen hier institutionelle Gliederung und Darstellungsbereich mit dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überein.

Der Nettoproduktionsindex 1980 = 100 für das Saarland beschränkt sich auf die Wiedergabe der Entwicklung der Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Eine Parallelentwicklung der Betriebe von Kleinunternehmen und der Betriebe des Monatsberichts-kreises wird nicht unterstellt. Für das Ausbaugewerbe mit einer typisch kleinbetrieblichen Struktur ist damit der wesentliche Bereich nicht abgedeckt; im Bauhauptgewerbe ist der Unterschied weniger gravierend. Im Verarbeitenden Gewerbe bleiben gemessen an der wirtschaftlichen Bedeutung etwas über 13 %, gemessen an den Beschäftigtenzahlen außerhalb des Darstellungsbereiches. Für die Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung, Bergbau deckt der Index den relevanten Bereich ab.

## Entwicklung realer Leistungsgrößen im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes 1970 – 1980

1970 = 100



Statistisches Amt des Saarlandes

Unterschiede zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich auch durch das unterschiedliche Zuordnungsprinzip nach Unternehmensschwerpunkt und Wirtschaftszweigen der fachlichen Betriebsteile. Da diese unterschiedliche Schwerpunktbestimmung sich überwiegend innerhalb der gleichen Wirtschaftsabteilung abspielt, ist das absolute Ergebnis nur gering und die Entwicklungsrichtung der Abteilung kaum berührt. Gewisse Überschneidungen ergeben sich zum Handels- und zum Verkehrssektor. Hier sei nur beispielhaft an die Reparatur- und Instandhaltungsbetriebe von Bahn und Post erinnert, die nach dem Betriebskonzept des Nettoproduktionsindex abweichend vom Unternehmensschwerpunkt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet werden. Da die hier erbrachten Leistungen von untergeordneter Bedeutung sind und zudem durch den Eilbericht nur teilweise erfaßt werden, kann dies den Verlauf des Indexes in seiner Entwicklungsrichtung nicht entscheidend ändern.

Die im Konzept des Nettoproduktionsindexes unterstellten Proportionalitäten dürften langfristig nicht gegeben sein, so daß Nettoproduktionsindex und Bruttowertschöpfung über einen längeren Zeitraum betrachtet zu divergierenden Ergebnissen führen, ein Sachverhalt, dem schon traditionell durch die Neuberechnung des Indexes in mehr oder weniger kurzen Zeitabständen Rechnung getragen wird. Die zwischen dem Konzept des Nettoproduktionsindexes und dem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bestehenden theoretischen Differenzen berühren langfristig höchstens das Niveau der Entwicklung, jedoch nicht grundsätzlich die auf hoher Aggregationsstufe ausgewiesenen Wachstumsraten. Dies trifft im Saarland für das Baugewerbe nicht voll zu, da hier mit der Beschränkung auf Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ein relevanter Bereich nicht dargestellt wird. Im Statistischen Bundesamt werden die Produktionsindizes auch für die kurzfristige Fortschreibung der Bruttowertschöpfung des Bereiches Produzierendes Gewerbe im



Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung benutzt. Eine differenzierte Berechnung der Bruttowertschöpfung ist im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern auch nur mit einer Verzögerung von gut einem Jahr möglich, wenn die Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung und der Jahreserhebungen vorliegen.

Die für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ausgewiesenen Nettoproduktionsindices entsprechen weitgehend auch der Abgrenzung des Monatsberichtsgebietes. Die Entwicklung der Aktivitäten der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes außerhalb ihres Schwerpunktes wird nicht abgebildet. Da der Nettoproduktionsindex den Verlauf für reine Wirtschaftszweige ohne Fremdbeimischung darstellt, kann der Verlauf der sonstigen Betriebsdaten in den Wirtschaftszweigen abweichen, die starke Differenzen zwischen Hauptbeteiligung und Beteiligung besitzen. Mit steigender Aggregationsebene nimmt die Bedeutung dieser Differenzen jedoch ab.

### §. Basisjahre der saarländischen Indices

Der Index der Nettoproduktion wird im Saarland bereits seit über 30 Jahren berechnet. Der zunächst als Index der industriellen Produktion berechnete Index wurde mit der Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ab 1977 auf den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe unter Einschluß der Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ausgeweitet. Mit der Neuberechnung auf Basis 1980 = 100 wird für den Monatsberichtsgebiet das gesamte Produzierende Gewerbe einschließlich produzierendem Handwerk dargestellt.

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre sind auch im Saarland, das damals noch zum französischen Wirtschaftsraum gehörte, durch den allmählichen Wiederaufbau eines laufenden statistischen Berichtssystems geprägt. In den ersten Jahren wurde zunächst nur die mengen- oder wertmäßige Produktion für die wichtigsten Erzeugnisse isoliert wiedergegeben. Darüber hinaus wurde bereits sehr früh der Auftragseingang und die Ausführung der Aufträge dargestellt. Mit Heft 3/4 1952 der Saarländischen Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen (9) veröffentlichte das Statistische Amt des Saarlandes die ersten Indexziffern der industriellen Produktion. Zielsetzung des auf Basis 1950 = 100 veröffentlichten Nettoproduktionsindexes war es, die Produktionsentwicklung der Industrie insgesamt und gegliedert nach Hauptindustriegruppen darzustellen. Zur Methode heißt es: "Bei der Indexberechnung werden die Meßziffern für die einzelnen Produkte zunächst mit dem Nettoproduktionswert der betreffenden Erzeugnisse, d.h. mit der Werterhö-

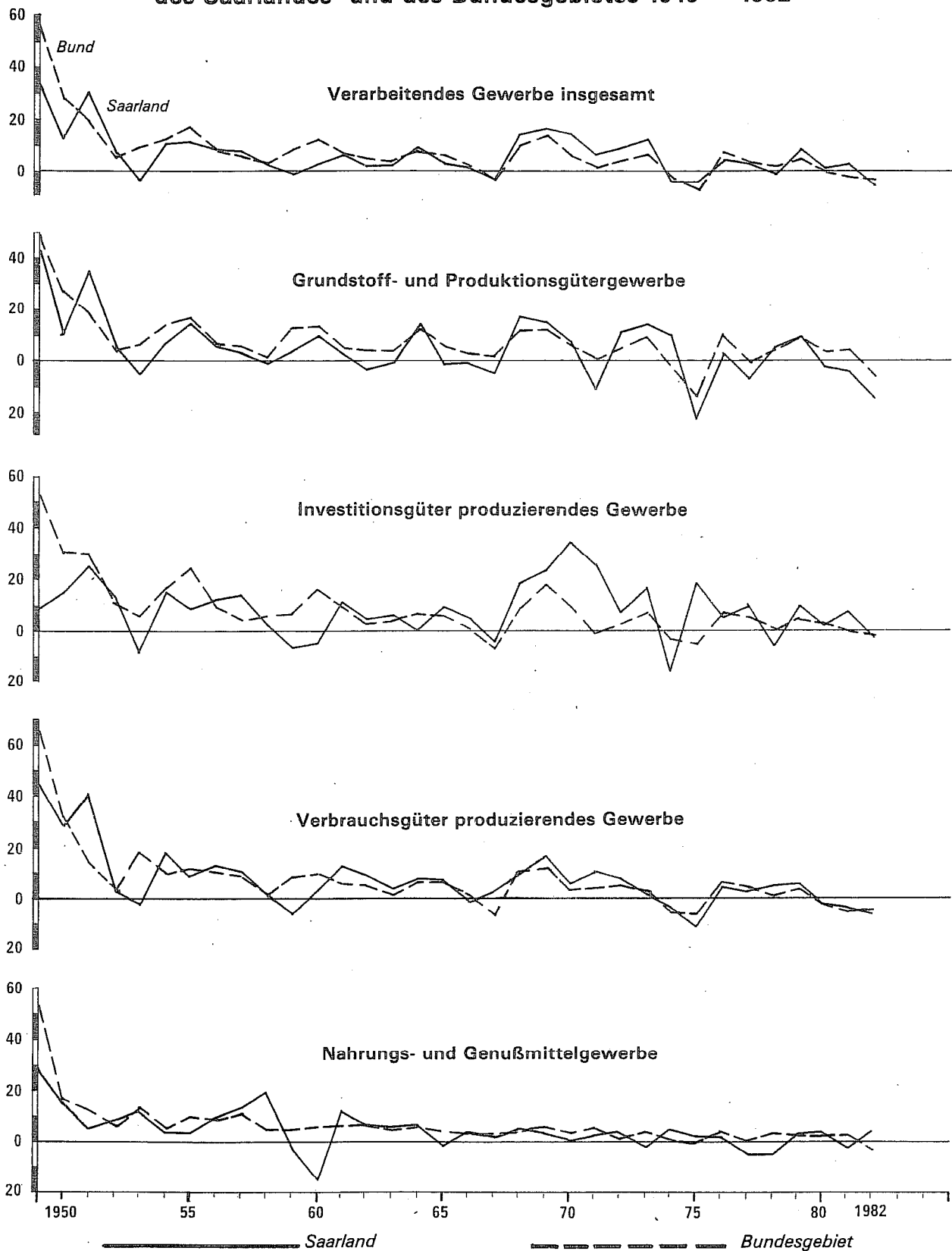
hung, die den Materialien bei der betreffenden Produktion hinzugefügt wird, gewichtet und zu einem so gewogenen Produktionsindex für die betreffende Industriegruppe vereinigt. Danach werden die Indices der 21 Industriegruppen mit dem Anteil des Nettoproduktionswertes der betreffenden Industriegruppen am Nettoproduktionswert der gesamten Industrie (einschließlich Bergbau) gewichtet (9). Der Index wurde für Jahreswerte bis 1948 und für Monatswerte bis 1950 zurückgerechnet. Für einen langfristigen Vergleich wurde zusätzlich auch der Indexwert für das Jahr 1936 bestimmt. Der Index auf Basis 1950 = 100 wurde im Saarland bis einschließlich Juni 1959 berechnet. Die Fortschreibung erfolgte mengenmäßig mit Hilfe von 105 ausgewählten Erzeugnissen der Industrie. Bei der Bauwirtschaft wurden zusätzlich zu einzelnen Produkten auch die "geleisteten Tagewerke oder Arbeitsstunden" zur Berechnung herangezogen.

Das in den 50er Jahren im Saarland aufgebaute Berichtssystem war stark auf die Bedürfnisse des Saarlandes als Teil des französischen Wirtschaftsraumes orientiert. Nach der Volksabstimmung 1955 und den anschließenden politischen Verhandlungen stand fest, daß das Saarland politisch und wirtschaftlich wieder Teil der Bundesrepublik werden sollte. Damit mußte auch das statistische Berichtssystem den bundesdeutschen Konventionen angepaßt werden. Mit dem wirtschaftlichen Anschluß im Juli 1959 ergaben sich für die Fortsetzung des Produktionsindexes auf Basis 1950 = 100 gravierende Konsequenzen. Der alte Produktionsindex, der auf dem saarländischen Stoffgruppenverzeichnis aufgebaut war, mußte auf das bundesdeutsche Warenschema umgestellt werden. Um den Übergang zu glätten, wurde Anfang 1959 vorübergehend eine Parallelberechnung vorgenommen.

Ab Oktober 1959 wurde dann wieder laufend ein neuer Nettoproduktionsindex auf Basis 1958 = 100 veröffentlicht. Die wirtschaftssystematische Gliederung des alten Indexes wurde im groben beibehalten. Die Neuberechnung mußte mit unzureichendem Datenmaterial und problematischen Schätzungen arbeiten, da keine originären Nettoproduktionswerte verfügbar waren. Auf Grund des auch in den 60er Jahren zunächst noch fehlenden Ausgangsmaterials für eine Neubasierung mußte der Index auf Basis 1958 = 100 bis 1967 beibehalten werden.

Mit dem 1963 für 1962 durchgeführten Industriezensus wurden erstmals wieder neue Nettoproduktionswerte gewonnen, die die Grundlage für eine Neuberechnung lieferten. Die institutionelle Abgrenzung und Gliederung des alten Indexes wurde beibehalten. Das Gewichtungssystem konnte neu berechnet und die Fortschreibungsreihen neu ausgewählt werden. Die Berichtskreisdarstellung beschränkte sich auf die Industriebetriebe, das heißt im Verarbeitenden Gewerbe auf die Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäf-

## Wachstumsraten des Nettoproduktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes und des Bundesgebietes 1949 – 1982



Index der Nettoproduktion arbeitstäglich bzw. kalendermonatlich bereinigt. Saarland: 1949 – 1958 Basis 1950 = 100, 1959 – 1962 Basis 1962 = 100, 1963 – 1982 Basis 1970 = 100. Bundesgebiet: 1949 – 1951 Basis 1950 = 100, 1952 – 1962 Basis 1962 = 100, 1963 – 1971 Basis 1970 = 100, 1972 – 1982 Basis 1976 = 100.

Statistisches Amt des Saarlandes

# Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe des Saarlandes 1979 bis 1983

1980 = 100  
kalendermonatlich

SYPRO- Nr.	Wirtschaftsabteilung Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftszweig	Gewich- tung	1979	1980	1981	1982	1983
1010	Elektrizitätsversorgung	5,95	104,5	100,0	99,0	93,8	108,5
	<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>83,22</b>	<b>98,4</b>	<b>100,0</b>	<b>103,7</b>	<b>98,3</b>	<b>95,3</b>
2111	Bergbau	11,91	97,6	100,0	106,1	107,5	97,9
	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>71,30</b>	<b>98,5</b>	<b>100,0</b>	<b>103,3</b>	<b>96,2</b>	<b>94,9</b>
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	26,22	103,6	100,0	99,2	89,0	87,8
	Darunter:						
25	Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden	1,51	99,0	100,0	105,5	126,1	94,3
27	Eisenschaffende Industrie	15,18	104,2	100,0	99,8	81,2	83,9
29	Eisen- und Stahlgießerei	2,11	114,4	100,0	106,6	114,1	121,7
301	Ziehereien u. Kaltwalzwerke	2,01	106,3	100,0	94,3	86,6	84,7
40	Chemische Industrie	1,65	91,4	100,0	92,7	87,6	80,2
53	Holzbearbeitung	0,54	103,7	100,0	93,9	86,5	94,3
59	Gummiverarbeitung	2,57	93,5	100,0	100,8	95,6	91,2
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	30,01	94,5	100,0	107,5	103,5	100,0
	Darunter:						
302	Stahlverformung	2,68	106,3	100,0	104,4	96,0	88,5
31	Stahl- und Leichtmetallbau	4,51	86,0	100,0	95,2	75,7	72,8
32	Maschinenbau	7,88	87,1	100,0	91,9	89,7	82,8
33	Straßenfahrzeugbau	9,33	97,4	100,0	120,4	123,0	133,2
36	Elektrotechnik	3,48	100,2	100,0	95,6	91,1	89,5
38	Herstellung v. EBM-Waren	1,98	104,4	100,0	160,4	161,0	104,5
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	9,24	97,8	100,0	99,6	93,6	93,0
	Darunter:						
52	Herstellung u. Verarbeitung v. Hohlglas	0,34	109,0	100,0	102,6	82,9	99,9
54	Holzverarbeitung	0,87	105,4	100,0	100,5	88,2	89,0
57	Druckerei	1,54	99,9	100,0	106,9	109,6	114,6
58	Herstellung v. Kunststoffwaren	1,03	100,9	100,0	89,2	84,4	85,1
64	Bekleidungs-gewerbe	1,10	103,5	100,0	92,9	87,6	82,8
	Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	5,83	97,4	100,0	106,3	102,7	103,4
	Darunter:						
6853	Fleischwarenindustrie	0,89	97,7	100,0	103,3	100,8	97,4
6871	Brauerei	2,06	90,3	100,0	118,7	107,0	103,4
	<b>Baugewerbe</b>	<b>9,35</b>	<b>99,2</b>	<b>100,0</b>	<b>87,8</b>	<b>83,1</b>	<b>77,0</b>
	Bauhauptgewerbe	7,82	99,5	100,0	86,8	82,2	75,7
	Ausbaugewerbe	1,53	97,5	100,0	92,8	87,6	83,6
	<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>	<b>100,0</b>	<b>99,7</b>	<b>100,0</b>	<b>101,0</b>	<b>95,1</b>	<b>94,5</b>

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

tigte und die Kleinindustrie, die jedoch nur im Gewichtungssystem berücksichtigt war. Die monatliche Fortschreibung stützte sich im wesentlichen auf den Eilbericht, den Baubericht und einige Fachstatistiken.

Die Nettoproduktionswerte des Zensus 1967 waren die Grundlage für die Neuberechnung auf Basis 1970 = 100. Die 67er Nettoproduktionswerte wurden hierbei mit dem alten Index auf das neue Basisjahr 1970 = 100 fortgeschrieben. Die methodischen Änderungen beschränken sich im wesentlichen auf die Neuauswahl der Fortschreibungsreihen, wobei die früher dominierenden Mengenreihen zunehmend durch deflationierte Wertreihen ersetzt wurden. Der Darstellungsbereich wurde gegenüber dem Index auf Basis 1962 = 100 insofern verengt, als nur noch der Index für die Industrie ohne Bau und Energie berechnet wurde. Die Gliederungstiefe wurde ansonsten beibehalten. Die Veröffentlichung des neuen Indexes erfolgte ab 1974.

Eine leichte Änderung im Darstellungsbereich brachte die Reform der Statistiken des Produzierenden Gewerbes 1976/77. Mit dem Jahr 1977 erfolgte die vollständige Einbeziehung der Verarbeitenden Handwerksbetriebe in den Monatsberichtsreis. Die alte IB-Systematik wurde durch die neue SYPRO ersetzt. Eine für das Saarland entscheidende Änderung war die Ausgliederung der Fertighaushersteller aus der Holzverarbeitung in das Bauhauptgewerbe. Eine Repräsentation der kleinen Handwerksbetriebe analog der Kleinindustrie hätte die Neuauswahl auch der Fortschreibungsreihen erfordert. In Anpassung an die neue Systematik und den neuen Monatsberichtsreis wurde lediglich das Gewichtungssystem modifiziert, so daß der Verlauf des Kleinhandwerks weiterhin nicht wiedergegeben wird. Entsprechend den neuen Basisjahren der Preisindices mußte auch die Deflationierung angeglichen werden. Zusätzliche Probleme brachte die Umstellung des Produktionseilberichts auf eine neue Nomenklatur und die hierdurch bedingte Notwendigkeit der Verkettung mit alten Fortschreibungsreihen. Auf Grund der für 1976 fehlenden Nettoproduktionswerte unterblieb im Saarland ähnlich den meisten Statistischen Landesämtern eine dem Bundesgebiet analoge Neuberechnung auf Basis 1976 = 100.

Mit dem neuen Basisjahr 1980 = 100 wurde auch im Saarland die längst überfällige Neuberechnung des Nettoproduktionsindex für das Produzierende Gewerbe durchgeführt. In methodischer Hinsicht wurden gegenüber den früheren Indices keine grundlegenden Änderungen vorgenommen, die den Vergleich der Jahreswerte verhindern würde. In der monatlichen Berechnung wurde das bisherige Verfahren der arbeitstäglichen Bereinigung nicht weiter angewendet und der Index zunächst nur kalendermonatlich veröffentlicht. Es ist jedoch beabsichtigt den Index zukünftig auch wieder von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt zu berechnen. Wieweit darüber hinaus auch für kleine Bundesländer eine Saisonbereinigung durchgeführt werden kann, wird erst nach Vorliegen weiterer Proberechnungen entschieden.

Norbert Bettinger  
*Dipl. Volkswirt*

1) Wilhelm Rüdiger, Neuberechnung des Index der Industriellen Nettoproduktion, in: *Wirtschaft und Statistik*, Hrsg. Statistisches Bundesamt, 8. Jg N.F., Heft 2/1956 S. 129

2) Kurt Werner, Zur Problematik eines Index der industriellen Nettoproduktion, in *Allgemeines Statistisches Archiv*, Bd 45 München 1961, S. 255 ff

3) Gerhard Meier, Index der industriellen Nettoproduktion auf Basis 1970, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1974, S. 811

4) Norbert Herbel, Zur Neuberechnung der Produktions- und Produktivitätsindices im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1976, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/1981, S. 318

5) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO), Kurzbezeichnung

6) Christiane Bald, Norbert Herbel, Zur Neuberechnung der Produktions- und Produktivitätsindices im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1980, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1983, S. 931 ff.

7) Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken Ausgabe 1982, Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Mainz 1981

8) Christiane Bald, Norbert Herbel, Zur Neuberechnung a.a.o. S. 938

9) Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen, Heft 3/4 1952, 4 Jg., Hrsg. Statistisches Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1952, S. 123

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 064,7	1 060,5	1 058,6	1 057,9	1 057,5	1 053,3	1 052,5	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen	Anzahl	617	601	532	390	600	748	511	409	746
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	6,8	5,9	4,5	6,7	8,6	5,7	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	875	857	832	874	820	846	818	761	772
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,7	9,2	10,0	9,1	9,8	9,1	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 091	1 069	1 026	1 100	1 042	937	1 103	1 041	1 055
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,3	12,1	11,4	12,6	11,6	10,8	12,3	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	11	9	8	12	4	7	16	13	4
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	12,9	10,7	9,1	14,0	4,5	8,3	18,8	16,5	5,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 216	- 212	- 194	- 226	- 222	- 91	- 285	- 280	- 283
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 2,2	- 2,6	- 2,5	- 1,1	- 3,2	...	...
<b>Wanderungen</b>										
<b>über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	1 762	1 587	1 991	1 545	1 434	1 910	1 825	...	...
Ausländer	Anzahl	603	493	524	407	313	541	262	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	883	766	813	663	747	852	612	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 817	1 832	2 616	2 034	1 597	1 791	2 362	...	...
Ausländer	Anzahl	453	512	625	574	491	483	716	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	997	965	1 190	943	882	767	833	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 55	- 245	- 625	- 489	- 163	+ 119	- 537	...	...
Ausländer	Anzahl	+ 150	- 20	- 101	- 167	- 178	+ 58	- 454	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 114	- 199	- 377	- 280	- 135	+ 85	- 221	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 528	2 626	3 027	2 750	2 733	3 151	2 981	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	29 914	38 093	40 629	42 193	44 641	47 587	47 523	48 199	49 457
* Männer	Anzahl	16 146	21 930	23 274	25 065	27 190	27 330	27 443	28 415	29 804
Arbeitslosenquote	%	8,1	9,7	10,4	10,8	11,4	11,8	11,7	11,9	12,2
Kurzarbeiter	Anzahl	7 850	17 469	32 801	39 096	34 062	32 982	34 722	26 030	28 185
Männer	Anzahl	7 022	15 916	30 369	35 237	29 882	32 516	33 179	24 155	25 591
Offene Stellen	Anzahl	2 097	1 077	818	676	614	1 007	922	927	840
Männer	Anzahl	1 458	713	536	403	403	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,7	71,0	-	-	71,0	-	-	-	71,6
Milchkühe	1 000	25,3	26,2	-	-	26,2	-	-	-	25,4
Schweine	1 000	48,8	44,3	-	-	44,3	-	-	-	44,2
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	2 711	2 513	3 087	2 900	2 824	2 681	2 499	2 497	2 883
* Kälber	Anzahl	61	47	58	47	43	41	98	52	66
* Schweine	Anzahl	8 678	7 900	7 210	9 398	8 832	7 244	8 380	7 985	8 313
<b>Schlachtmengen</b>										
* Rinder	t	1 450	1 354	1 482	1 582	1 545	1 299	1 385	1 305	1 531
* Rinder	t	765	720	885	811	797	730	730	668	843
* Kälber	t	5	4	6	4	4	4	10	6	6
* Schweine	t	680	630	577	752	724	565	645	631	682
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung	1 000 t	9,6	9,7	9,0	8,7	8,9	8,1	9,3	8,9	9,0
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	87,4	87,8	88,4	87,5	90,7	85,6	91,2	87,7	88,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,6	11,5	11,4	11,3	12,1	11,5	11,3	11,0

1) Ergebnis der Viehzählung im Dezember.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983				1984		
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	Dezember	Oktober	November	Dezember	
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	595	587	587	593	593	593	584	582	582
* Beschäftigte	1 000	150	143	151	149	148	145	144	144	141
* Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	117	112	118	117	115	113	112	112	110
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 745	14 797	16 102	15 674	15 226	14 369	15 463	15 233	13 760
Löhne und Gehälter	Mill. DM	459	443	431	484	488	519	483	537	455
* Löhne	Mill. DM	321	309	299	353	323	363	358	363	318
* Gehälter	Mill. DM	138	134	132	131	165	156	125	174	137
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	412	427	254	388	369	373	445	531	534
* Gasverbrauch <sup>4)</sup>	Mill. cbm.	74	68	60	60	58	62	75	70	73
* Heizölverbrauch	1 000 t	17	16	10	15	16	17	15	18	20
* leichtes Heizöl	1 000 t	5	4							
* schweres Heizöl	1 000 t	12	12							
* Stromverbrauch	Mill. kWh	368	363	328	353	355	343	325	396	381
* Stromerzeugung	Mill. kWh	498	547	201	565	523	463	536	743	779
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 780	1 790	1 822	1 809	1 815	1 740	1 907	2 027	1 972
* Auslandsumsatz	Mill. DM	605	622	648	619	667	587	654	764	717
Auftragsingang insgesamt <sup>5)</sup>	1980 = 100	99,9	101,6	91,1	96,7	96,9	102,2	113,9	103,4	104,4
aus dem Ausland	1980 = 100	100,6	104,6	93,8	102,8	101,4	112,0	125,9	108,9	118,7
<b>Index der Nettoproduktion<sup>6)</sup> im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe</b>										
Bergbau	1980 = 100	107,5	97,9	110,7	110,6	108,0	109,7	88,0	97,0	93,9
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	89,0	87,8	93,0	77,6	77,7	70,9	103,8	97,6	85,4
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	126,1	94,3	167,9	150,6	101,5	65,1	117,9	101,1	67,3
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	81,2	83,9	80,4	56,9	63,6	64,5	104,5	97,6	87,6
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103,5	100,0	106,1	111,4	102,2	91,8	103,9	105,8	105,3
Fahrzeugbau	1980 = 100	123,0	133,2	133,0	132,3	128,2	111,4	143,6	141,3	128,9
Maschinenbau	1980 = 100	89,7	82,8	85,4	104,6	81,8	82,2	80,2	93,5	111,8
Stahlbau	1980 = 100	75,7	72,8	75,0	76,5	89,8	67,8	76,2	65,2	73,6
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93,6	93,0	95,4	96,9	95,5	85,0	100,6	93,6	85,7
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	102,7	103,4	104,4	98,6	102,8	107,3	102,4	109,4	100,3
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>										
Steinkohleförderung	1 000 t	917,4	833,2	949,9	949,2	936,5	963,0	746,1	830,3	800,6
Roheisen	1 000 t	291,9	286,1	229,4	199,0	184,5	212,8	332,0	313,3	280,6
Rohstahl	1 000 t	327,9	315,2	255,8	218,9	209,7	247,2	368,6	346,2	249,4
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	226,7	224,2	215,3	162,3	184,9	189,0	263,2	250,2	219,5
<b>Handwerk<sup>7)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104,4	103,6	103,5	103,6	106,0	104,3	102,6	105,6	104,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD1976=100	136,5	137,4	123,3	135,4	134,7	152,7	145,1	131,8	153,8
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	778	896	489	849	809	804	891	1 351	1 583
* Stromverbrauch	Mill. kWh	661	676	580	636	656	710	687	743	786
* Gaserzeugung	Mill. cbm	68	60	54	56	52	59	60	61	64
<b>Bauwirtschaft u. Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	19 692	18 995	20 203	19 828	19 564	18 953	19 446	19 162	18 832
dar.: Facharbeiter	Anzahl	10 216	9 945	10 445	10 269	10 186	9 953	10 109	10 009	9 851
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 207	2 082	2 701	2 485	2 367	1 608	2 445	2 223	1 534
* Wohnungsbau	1 000	764	734	924	864	818	586	837	780	577
* Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	1 000	612	536	708	652	623	439	644	588	404
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	831	812	1 069	969	926	583	964	855	553
Hochbau	1 000	151	146	182	177	182	130	159	155	126
Tiefbau	1 000	680	666	887	792	744	453	805	700	427
Löhne und Gehälter	Mill. DM	52,7	53,1	57,7	56,0	77,0	44,8	57,5	74,6	49,4
* Löhne	Mill. DM	43,3	43,2	48,3	46,8	63,3	34,6	47,7	61,5	37,9
* Gehälter	Mill. DM	9,4	9,9	9,4	9,2	13,7	10,2	9,8	13,1	11,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	167,8	159,0	190,7	185,8	191,9	225,6	172,7	179,3	221,2
Auftragsingang <sup>1)</sup>	Mill. DM	119,5	102,0	112,4	79,0	90,6	102,9	111,9	104,1	88,7
Wohnungsbau	Mill. DM	32,5	29,1	32,3	27,1	26,9	20,3	30,1	26,8	27,8
Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	Mill. DM	30,5	30,6	24,7	24,2	21,9	34,4	27,3	34,1	19,1
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	56,5	42,3	55,4	27,7	41,8	48,2	54,5	43,2	41,8

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm<sup>3</sup>. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Kalendermonatlich. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. p) Vorläufige Ergebnisse.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	235	172	123	117	167	190	165	115	148
* mit 1 Wohnung	Anzahl	139	105	62	71	106	121	96	60	69
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	77	50	37	37	46	50	41	41	53
* mit 3 und mehr Wohnungen <sup>1)</sup>	Anzahl	19	17	24	9	15	19	28	14	26
* Umbauter Raum	1 000 cbm	285	225	231	169	193	215	200	169	285
* Wohnfläche	1 000 qm	44,6	34,3	38,4	25,9	27,6	33,8	31,2	25,7	46,4
* Wohnräume	Anzahl	2 087	1 628	1 722	1 198	1 396	1 546	1 469	1 242	2 222
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	79,5	65,9	73,2	51,2	61,2	66,2	61,6	61,7	100,1
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	35	30	33	20	24	26	38	28	18
* Umbauter Raum	1 000 cbm	165	177	174	135	328	146	124	101	53
* Nutzfläche	1 000 qm	26,7	27,5	30,5	23,8	32,0	25,6	26,7	17,0	9,2
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	35,6	30,9	37,1	23,7	22,2	26,4	37,1	23,8	11,0
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	542	453	626	349	323	395	408	382	683
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	654,6	697,1	757,1	751,5	708,7	706,1	705,8	788,8	719,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,8	13,1	15,6	16,1	16,0	16,0	16,9	16,7	13,4
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	641,8	684,0	741,5	735,4	692,7	690,1	689,0	772,2	706,5
* Rohstoffe	Mill. DM	26,7	26,7	49,0	51,2	47,9	20,4	13,6	22,3	21,1
* Halbwaren	Mill. DM	75,8	76,2	97,0	79,1	59,9	63,7	64,3	71,2	78,6
* Fertigwaren	Mill. DM	539,2	581,1	595,5	605,1	585,0	606,0	611,0	678,6	606,8
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	474,1	501,6	554,5	563,4	531,1	491,9	489,1	566,9	530,4
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	283,1	285,9	319,1	307,7	296,1	263,7	246,9	260,4	232,3
EFTA - Länder	Mill. DM	77,9	80,2	84,1	70,8	81,9	95,6	93,3	83,5	70,3
USA und Kanada	Mill. DM	19,8	24,6	30,6	13,4	12,4	22,0	24,0	19,2	16,9
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	48,2	52,2	47,5	54,2	49,7	47,3	55,7	53,5	53,7
Staatshandelsländer	Mill. DM	15,9	15,5	26,9	27,0	9,6	28,7	26,2	41,5	26,5
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	424,1	405,7	428,0	316,3	405,1	372,2	448,5	450,3	453,6
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	80,1	77,6	70,2	75,8	83,1	70,2	73,2	81,7	88,1
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	344,0	328,1	357,9	240,5	322,0	301,9	375,3	368,6	365,5
Aus ausgewählten Ländern										
EG - Länder	Mill. DM	284,6	260,4	260,6	239,8	267,2	269,7	278,2	307,2	291,3
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	215,2	195,3	193,1	172,3	204,5	199,8	208,2	229,3	215,2
EFTA - Länder	Mill. DM	10,8	11,9	10,9	9,9	9,9	12,2	13,5	12,6	17,5
USA und Kanada	Mill. DM	13,4	12,9	6,9	13,6	9,8	17,1	4,8	4,9	7,4
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	97,0	101,0	139,2	43,0	92,6	50,4	80,2	91,9	95,5
Staatshandelsländer	Mill. DM	4,4	4,3	1,5	1,7	3,1	7,9	52,1	23,0	20,6
<b>Einzelhandel</b>										
<b>Nominale Umsatzentwicklung</b>										
insgesamt	1980 = 100	105,8	106,8	110,5	113,4	143,6	110,3	115,0	117,8	143,1
Nahrungsm.,Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	106,3	110,2	110,5	108,2	129,9	109,8	113,8	111,3	129,9
Textilien,Bekleidung,Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	102,9	101,0	115,7	123,0	152,0	96,6	121,5	127,6	151,1
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	98,4	95,9	101,9	112,6	148,7	100,3	104,2	110,6	145,7
Elektrotechn. Erzeugn.,Musikinstrumente usw.	1980 = 100	104,4	108,4	111,2	145,0	225,6	114,1	110,9	144,5	224,2
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	107,1	104,3	101,2	111,3	152,5	121,7	108,1	115,5	163,6
Pharmazeut., kosmet. und medizin. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	106,9	108,1	110,0	108,2	131,6	109,1	112,0	114,8	130,4
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	122,6	101,1	144,5	135,3	122,8	135,5	121,6	130,2	135,9
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u.- reifen	1980 = 100	100,4	96,7	89,7	85,0	85,0	117,5	96,9	96,7	92,4
Sonstige Waren	1980 = 100	108,7	110,4	115,4	118,9	158,8	113,8	121,5	123,5	156,1
<b>Reale Umsatzentwicklung</b>										
insgesamt	1980 = 100	100,2	96,4	98,8	101,2	128,3	96,9	101,0	103,1	125,3
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	99,6	96,9	97,7	97,8	98,0	95,9	96,3	96,7	96,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Wohnheime <sup>2)</sup> Einschließlich Mehrwertsteuer

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981		1982			1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Gastgewerbe</b>										
* Umsatz	1980= 100	107,3	108,9	115,8	111,4	117,5	113,5	115,1	107,2	105,6
Beherbergungsgewerbe	1980= 100	106,4	101,6	121,0	106,4	98,6	108,8	115,8	104,2	101,0
Gaststättengewerbe	1980= 100	107,9	110,6	114,8	112,7	121,3	114,8	115,7	108,0	106,7
Beschäftigte	1980= 100	103,0	100,9	99,4	98,3	100,9	100,1	100,4	98,4	99,1
<b>Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	32 193	30 502	36 719	30 378	22 490	37 214	34 015	28 955	21 481
* Ausländer	Anzahl	5 571	4 773	5 205	3 662	2 545	5 814	4 170	3 573	2 603
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	96 941	93 341	104 655	90 124	68 510	100 143	98 125	82 899	67 690
* Ausländer	Anzahl	10 587	8 748	8 383	6 390	4 781	9 451	7 549	6 566	4 999
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	317	332	376	362	235	233	269	188	298
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	279	260	291	223	172	250	272	170	239
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 084	3 787	3 613	2 745	2 798	3 924	3 705	3 047	2 811
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 555	3 282	3 311	2 474	2 554	3 540	3 374	2 779	2 528
Bestand an Kraftfahrzeugen <sup>2)</sup>	Anzahl	474 421	482 450	—	—	—	—	—	—	501 002
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	420 290	425 744	—	—	—	—	—	—	440 772
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	554	529	534	503	559	584	612	520	506
* Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 219	2 174	2 313	2 351	2 731	2 234	2 342	2 191	2 326
* Verunglückte Personen darunter:	Anzahl	744	709	721	671	716	794	799	698	708
* Getötete	Anzahl	17	16	21	19	19	19	17	16	17
<b>Straßenverkehrsunternehmen<sup>3)</sup></b>										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	3 028	3 021	3 181	2 865	2 995	3 066	2 771	2 746	3 013
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 399	7 055	8 194	6 986	7 503	7 390	6 738	6 427	6 637
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	7 487	7 631	8 794	7 906	8 271	7 725	8 013	7 539	8 026
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen <sup>4)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>5)</sup>	Mill. DM	18 491,0	19 690,0	19 877,3	19 908,7	20 292,1	20 653,0	20 935,1	21 154,6	21 444,4
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	18 192,9	19 316,1	19 483,5	19 520,8	19 834,4	20 237,8	20 479,5	20 703,1	20 984,5
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 774,7	15 689,1	15 852,4	15 872,4	16 087,5	16 460,5	16 633,3	16 798,8	17 039,5
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 418,2	3 627,0	3 631,1	3 648,4	3 746,9	3 777,3	3 846,2	3 904,3	3 945,0
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 236,5	4 559,1	4 497,2	4 457,7	4 545,4	4 334,7	4 411,4	4 548,3	4 673,8
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 016,5	4 319,3	4 273,0	4 253,6	4 305,5	4 137,4	4 189,5	4 320,3	4 425,2
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	220,0	239,9	224,2	204,1	239,9	197,3	221,9	228,0	248,6
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 136,2	2 197,6	2 202,3	2 197,3	2 220,9	2 229,5	2 256,6	2 238,6	2 269,2
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 877,1	1 924,5	1 933,0	1 923,0	1 948,0	1 953,9	1 978,6	1 954,7	1 969,6
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	259,1	273,2	269,3	274,3	272,9	275,6	278,0	283,9	299,6
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) <sup>6)</sup>	Mill. DM	11 820,2	12 559,4	12 784,0	12 865,8	13 068,1	13 673,6	13 811,5	13 916,2	14 041,5
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 881,0	9 445,4	9 646,4	9 695,8	9 834,0	10 369,2	10 465,2	10 523,8	10 644,7
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 939,2	3 114,0	3 137,6	3 170,0	3 234,1	3 304,4	3 346,3	3 392,4	3 396,8

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtsreis. — 2) Jahresende bzw. 30. Juni. — 3) Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. DM Umsatz: Unter 3 Mill. DM Umsatz vierteljährliche bzw. jährliche Erfassung. — 4) Ohne Kredite von —/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.



# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	14 726,0	15 655,7	15 651,9	15 945,3	16 649,2	16 409,4	16 533,6	16 823,4	17 368,1
* Sichteinlagen <sup>1)</sup>	Mill. DM	2 463,5	2 523,9	2 466,8	2 736,3	2 730,5	2 721,1	2 806,2	2 951,4	2 849,3
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 259,9	2 302,6	2 262,2	2 519,0	2 491,6	2 485,4	2 559,4	2 725,2	2 643,3
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	172,0	179,7	167,2	174,3	167,6	195,8	206,7	182,6	168,7
Termingelder <sup>1)</sup>	Mill. DM	5 202,3	5 603,9	5 664,2	5 626,1	5 829,5	5 614,5	5 650,2	5 762,3	6 031,7
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 015,6	4 509,2	4 619,7	4 543,7	4 637,5	4 603,7	4 722,0	4 719,7	4 936,9
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 086,7	993,6	949,9	982,0	1 051,6	899,4	819,2	902,2	923,6
* Spareinlagen	Mill. DM	7 060,2	7 527,9	7 520,9	7 582,9	8 089,2	8 073,8	8 077,2	8 109,7	8 487,1
* bei Sparkassen	Mill. DM	4 343,5	4 663,2	4 665,4	4 708,3	5 027,4	5 009,9	5 015,9	5 039,8	5 273,5
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	318,0	412,8	443,5	337,6	447,7	411,9	324,4	337,1	473,2
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	342,6	392,7	395,8	277,5	355,9	420,1	322,7	305,5	412,1
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse insgesamt <sup>2) 3)</sup>	Anzahl	197	281	13	14	45	12	22	20	21
eröffnete Konkurse	Anzahl	46	63	5	2	6	1	6	6	7
Angemeldete Forderungen insgesamt <sup>2)</sup>	1 000 DM	82 575	142 354	6 005	1 770	21 734	5 304	13 265	5 736	18 739
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	49 391	88 546	4 660	380	6 249	1 500	11 177	4 319	17 741
Vergleichsverfahren <sup>2)</sup>	Anzahl	3	2	—	—	—	—	—	—	—
Wechselproteste <sup>4)</sup>	Anzahl	482	582	660	573	736	399	480	480	407
Wechselsumme	1 000 DM	2 940	3 560	3 398	3 299	3 822	1 832	4 223	3 462	2 337
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 450	1 774	1 870	1 788	1 765	1 703	1 855	1 646	1 642
Schecksumme	1 000 DM	2 790	3 423	3 417	3 659	3 921	2 918	3 684	4 088	3 202
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland</b>										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	322 266	314 432	264 626	277 131	505 165	357 342	249 827	277 066	523 242
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	193 778	184 290	142 775	144 311	362 804	258 399	128 414	146 295	375 304
Lohnsteuer	1 000 DM	143 705	154 691	148 301	136 115	250 352	155 949	153 446	151 561	252 489
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	17 980	12 709	— 8 328	— 9 521	62 648	61 326	— 19 399	— 16 299	63 667
Körperschaftsteuer	1 000 DM	28 739	13 943	926	15 336	53 216	41 867	— 8 343	7 044	58 564
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	128 488	130 143	121 851	132 819	125 913	98 942	121 413	130 771	147 938
Umsatzsteuer	1 000 DM	58 071	64 393	55 543	70 629	63 225	36 690	49 168	52 088	69 931
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	70 417	65 750	66 308	62 190	62 688	62 252	72 245	78 683	78 007
* Bundessteuern	1 000 DM	11 866	12 238	10 599	12 704	20 836	22 769	10 500	10 360	20 202
* Landessteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	21 603	23 138	21 808	32 666	14 100	25 842	18 213	32 932	21 371
* Gemeindesteuern	1 000 DM	38 103	36 668	—	109 134	—	—	—	102 189	—
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	168 965	168 752	140 635	151 498	249 518	156 397	136 736	152 188	245 558
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 762	79 590	60 889	62 661	157 928	112 911	54 154	63 003	163 941
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	69 593	74 183	69 079	68 145	62 532	19 941	71 692	73 305	55 230
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 665	2 741	68	7 988	8 222	776	390	5 520	6 185
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	167 925	161 428	135 537	167 929	243 630	125 560	122 478	164 440	284 205
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 762	79 590	60 889	62 661	157 928	112 911	54 154	63 003	163 941
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	58 895	55 959	52 772	64 614	63 380	79 001	49 721	57 465	92 708
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 665	2 741	68	7 988	8 222	776	390	5 520	6 185
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	57 308	55 902	—	220 711	—	—	—	233 897	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	22 583	20 216	—	48 306	—	—	—	49 309	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	24 579	24 833	—	144 006	—	—	—	155 144	—
<b>Preise</b>										
<b>Preisindex für ausgewählte Warengruppen</b>										
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	116,8	124,1	124,1	124,7	124,9	127,0	126,6	127,1	127,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	132,4	140,6	143,4	143,6	143,6	148,4	148,6	149,0	149,1
Wohnungsmieten	1976 = 100	119,1	124,2	125,0	126,8	128,5	132,6	132,9	133,0	133,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	151,2	164,4	170,0	169,0	166,1	168,8	165,8	168,4	168,5
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	118,3	122,9	123,0	123,6	124,1	125,6	125,9	126,6	127,0
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	126,9	132,3	136,0	135,4	135,3	138,6	137,8	137,3	138,2
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	118,2	121,9	123,0	123,2	123,2	127,3	127,4	127,8	128,0
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	115,6	120,6	121,7	122,0	122,2	126,1	126,1	126,2	126,6
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	125,6	130,7	131,9	131,9	132,5	136,1	136,1	136,1	136,1

1) Einschließlich Sparbriefe, Namens-Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. 2) Jahresergebnis statt MD. 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren. 4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

## ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND.

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982		1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Januar <sup>1)</sup>	April <sup>1)</sup>	Juli <sup>1)</sup>	Oktober <sup>1)</sup>	
<b>Löhne und Gehälter</b>								
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	617	640	623	622	642	677	656
* darunter Facharbeiter	DM	652	678	668	663	678	713	690
* weibliche Arbeiter	DM	412	432	427	423	444	452	446
* darunter Hilfsarbeiter	DM	407	426	420	416	436	440	432
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	14,86	15,72	16,01	15,97	16,16	16,42	16,43
* darunter Facharbeiter	DM	15,60	16,48	16,82	16,75	16,92	17,24	17,24
* weibliche Arbeiter	DM	10,48	11,07	11,16	11,09	11,36	11,48	11,46
* darunter Hilfsarbeiter	DM	10,39	10,89	10,95	10,87	11,13	11,23	11,15
Angestellte, Bruttomonatsverdienst in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 502	3 703	3 655	3 739	3 716r	3 791	3 767
* weiblich	DM	2 353	2 489	2 490	2 490	2 515	2 566	2 557
technische Angestellte,								
* männlich	DM	3 966	4 177	4 113	4 156	4 177	4 287	4 169
* weiblich	DM	2 410	2 586	2 577	2 604	2 632	2 696	2 685
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	2 980	3 156	3 195	3 096	3 149	3 212	3 215
* weiblich	DM	1 957	2 084	2 108	2 049	2 072	2 127	2 132

1) Neuer Berichtskreis

# BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung	1 000	61 682	61 638	61 589	61 569	61 546	61 371	...	...	...
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 920	2 038	2 223	2 134	2 148	2 193	2 349
Männer	1 000	652	1 021	1 040	1 126	1 281	1 145	1 153	1 199	1 344
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 175	7 134	7 072	6 959	6 934	6 920	6 876
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	726	689	702	697	645	695	689	689	635
Gesamtumsatz	Mill. DM	104 661	107 031	108 202	111 218	113 347	118 748	115 019	119 000	120 600
Index der Nettoproduktion <sup>10)</sup>										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	98,2	95,4	98,0	98,3	95,7	103,4	102,2	104,6	100,9
Bergbau	1980 = 100	100,4	95,3	98,8	102,3	98,3	81,2	90,4	99,7	106,3
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1980 = 100	95,6	91,0	90,4	89,3	81,8	100,1	99,7	100,2	91,4
Investitionsgüter	1980 = 100	100,2	99,1	101,4	102,4	106,7	107,9	104,0	108,0	110,6
Verbrauchsgüter	1980 = 100	94,6	90,3	95,9	94,5	85,8	102,0	99,1	98,9	89,7
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	101,5	98,8	106,1	108,6	99,2	102,5	110,2	112,7	99,3
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 372	7 418	7 205	7 136	7 382	6 501	6 346	7 003	7 293
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 885	10 609	11 008	11 172	11 429	10 129	10 675	11 057	11 926
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 468	2 990	2 514	2 522	2 103	3 120	3 312	3 280	2 624
Roheisen	1 000 t	2 656	2 285	1 914	1 861	1 668	2 314	2 439	2 402	2 027
Walzstahl	1 000 t	2 571	2 149	1 833	1 837	1 773	2 395	2 256	2 301	2 139
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
Beschäftigte	1 000	1 226	1 152	1 171,7	1 151,3	1 120,5	1 166,0	1 166,2	1 152,7	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 132,2	3 116,6	3 317,3	4 416,5	2 978,3	3 493,0	3 436,5	4 539,8	...
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	134 496	126 975	148 242	140 902	103 026	155 300	148 800	140 364	...
für Wohnungsbau	1 000 Std.	54 954	51 687	61 145	57 565	42 347	66 797	63 570	60 250	...
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	31 853	30 944	34 084	32 907	25 733	36 590	34 868	33 044	...
Produktionsindex Baugewerbe <sup>2) 10)</sup>	1980 = 100	93,1	87,6	102,0	98,1	70,2	103,4	103,9	97,0 <sup>p</sup>	...
<b>Handel</b>										
Einfuhr	Mill. DM	30 765	31 372	31 878	31 779	31 621	34 220	33 395	35 453	36 733
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	3 982	4 138	3 994	4 342	4 506	4 230	4 117	4 822	5 073
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	26 392	26 796	27 371	26 992	26 619	29 539	28 731	30 014	31 108
Ausfuhr	Mill. DM	33 075	35 645	35 874	36 627	38 009	37 818	37 571	38 757	40 834
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	30 922	33 416	33 652	34 317	35 626	35 526	35 275	36 336	38 406
Fertigwaren	Mill. DM	27 509	29 961	30 028	30 556	32 147	31 935	31 648	32 559	34 493
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1980 = 100	103,8	105,0	108,3	115,3	140,4	106,0	110,7	119,0	141,7 <sup>p</sup>
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	104,6	107,3	108,1	109,0	109,9	107,3	107,2	108,0 <sup>p</sup>	108,3 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	107,8	114,1	115,3	115,3	115,1	116,6	116,7	116,9	117,1
Preisindex für Wohngebäude <sup>5)</sup>	1980 = 100	105,9	108,9	—	109,1	—	—	—	112,5	—
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	123,9	130,5	132,0	132,3	132,6	135,4	135,4	135,7	136,0
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	125,9	126,2	126,6	128,2	128,2	128,5	128,8
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	133,9	134,5	134,6	137,4	137,7	138,1	138,2
Wohnungsmieten	1976 = 100	120,4	126,4	128,1	128,7	129,2	134,2	134,5	134,9	135,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	177,4	177,9	174,8	172,8	171,3	173,6	174,2
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,7	130,3	130,9	132,8	133,2	133,8	134,2
<b>Geld und Kredit <sup>7)</sup></b>										
Bargeldumlauf	Mill. DM	91 607	96 695	93 488	95 948	96 695	101 728	100 999	103 559	104 692
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 217 985	1 292 132	1 233 368	1 249 696	1 292 132	1 302 740	1 317 661	1 332 788	1 368 071 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	482 987	518 185	483 685	486 847	518 185	521 148	522 501	524 288	548 430 <sup>p</sup>
Kredite an <sup>8)</sup>										
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	Mill. DM	1 223 248	1 289 346	1 267 294	1 267 595	1 289 346	1 339 921	1 346 396	1 354 139	1 380 819 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	368 796	408 704	395 623	401 101	408 704	416 852	421 285	423 947	427 934 <sup>p</sup>
<b>Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)</b>										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	28 562	29 220	25 069	25 028	50 353	36 695	26 238	26 471	54 100
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	270	— 100	8 294	7 600	— 196	— 313	8 366
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	8 149	8 143	8 077	8 529	8 685	7 876	9 178	9 631	9 716
Zölle	Mill. DM	412	393	408	374	395	407	424	425	443
Tabaksteuer	Mill. DM	937	1 017	1 071	1 139	2 329	1 039	1 165	1 173	2 435
Brantweinmonopol	Mill. DM	373	357	285	281	712	310	292	297	753

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Ausbaugewerbe. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittswerte der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, für fachliche Unternehmensteile. p = Vorläufige Zahl

# Notizen

**- ANHANG -**

**Mitteilungen des Amtes**

**Informationen zur Europawahl und Kommunalwahl am 17. Juni 1984**

In Kürze erscheint zu den Wahlen am 17. Juni 1984 eine Informationsschrift mit den Ergebnissen früherer Wahlen. Neben regionalgegliederten Wahldaten zu den Gemeinderats-, Stadtverbandstags- und Kreistagswahlen von 1979, 1974 und 1968 enthält diese Veröffentlichung auch die Ergebnisse der Europawahl von 1979.

Die Wahlschrift kann ab Mai beim Statistischen Amt des Saarlandes zum Preis von DM 10,- bezogen werden.

**Saarland HEUTE – Statistische Kurzinformationen**

Auch 1984 bietet das Statistische Landesamt in einem knapp gefaßten Faltblatt die wichtigsten Strukturdaten des Saarlandes an. 15 Übersichtstabellen mit Daten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und eine Verwaltungskarte ermöglichen dem Benutzer eine schnelle und grundlegende Information über das Bundesland an der Saar.

# VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

## I. Zusammenfassende Schriften

### **Statistisches Handbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

### **Statistisches Taschenbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neusten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

### **SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen**

## II. Fachstatistische Schriften

### **Handbuch Steuern und Finanzen**

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

### **Statistische Berichte**

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

### **BILDUNG 81 – Kurzinformationen**

## III. Reihen

### **Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes**

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

### **Saarland in Zahlen (Sonderheft)**

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

### **Gemeinde- und Kreisstatistiken.**

## IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

Amtliches Behördenverzeichnis

## Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 1. Quartal 1984

### Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten November/Dezember 1983

#### Statistische Berichte

Gerichtliche Ehelösungen 1982	A II 2 — j 82
Tuberkulose im Saarland 1982	A IV 5 — j 82
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. September 1982	A VI 5 — vj 3/82
Allgemeinbildende Schulen im Saarland im Schuljahr 1982/83, Teil II Ergebnistabellen	B I 1 — j 82/83 II
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester 1982/83	B III 1 — hj 2/82/83
Raubbestand an den Hochschulen des Saarlandes	B III 5 — 2j/82
Vorschulerziehung im Saarland	B V 8 — j 83
Strafvollzug im Saarland 1982/83	B VI 6 — j 82/83
Pflanzenbestände in Baumschulen 1983	C II 5 — j 83
Index der Nettoproduktion ausgewählter Erzeugnisse im produzierenden Gewerbe des Saarlandes	<u>E I 2</u> <u>E I 5</u> — m 8/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im September	<u>E II 1</u> — m 9/83 E III 1
Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe 1983	E III 2 — j 83
Einzelhandel im August 1983	G I 1 — m 8/83
Außenhandel im August 1983	G III 1,3 — m 8/83
Fremdenverkehr im Juli 1983	G IV 1 — m 7/83
Gastgewerbe im September 1983	G IV 3 — m 9/83
Straßenverkehrsunfälle im Juli 1983	H I 1 — m 7/83
Binnenschifffahrt August 1983	H II 1 — m 8/83
Sozialhilfe im Saarland 1982, Teil I Ausgabe und Einnahmen	K I 1 — j 82
Preisindex für die Lebenshaltung Oktober 1983	M I 2 — m 10/83
Preisindex für die Lebenshaltung November 1983	M I — m 11/83
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Juli 1983	N I — vj 3/83
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland	P II — m 7+8/83

### Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten Dezember 1983/Januar 1984

#### Statistische Berichte

Bevölkerungsentwicklung im 2. Vierteljahr 1983	<u>A I 1</u> <u>A I 2</u> — vj 2/83
Wohnbevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand am 31. Dezember 1982	A I 3 — j 82
Wanderungen im 2. Vierteljahr 1983	A III 1 — j 2/83
Sterbefälle nach Todesursachen im 3. Vierteljahr 1983	A IV 3 — vj 3/83
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1983/84 Teil I Übersicht und Verzeichnis	B I 1 — j 83/84
Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes in den Studienjahren 1980/81 und 1981/82	B III 3 — j 81/82
Schlachtungen und Fleischanfall im 3. Vierteljahr 1982	C III 2 — j 3/83
Schlepper und Mähdrescher in der Landwirtschaft 1982	C IV 2/4 — j 82
Gewerbean- und abmeldungen im Saarland im 1. Halbjahr 1983	D I 2 — hj 1/83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im September 1983	E I 1 — m 9/83
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Oktober 1983	E I 1 — m 10/83
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes im September 1983	<u>E I 2</u> <u>E I 5</u> — m 9/83
Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im Oktober 1983	<u>E II 1</u> <u>E III 1</u> — m 10/83
Das Handwerk im 3. Vierteljahr	E V 1 — vj 3/83
Baugenehmigungen im 3. Vierteljahr 1983	F II 1 — vj 3/83
Einzelhandel im September 1983	G I 1 — m 9/83
Einzelhandel im Oktober 1983	G I 1 — m 10/83
Außenhandel im September 1983	G III 1,3 — m 9/83
Fremdenverkehr im August und September 1983	G IV 1 — m 8 + 9/83
Gastgewerbe im Oktober 1983	G IV 3 — m 10/83
Binnenschifffahrt September 1983	H II 1 — m 9/83
Binnenschifffahrt Oktober 1983	H II 1 — m 10/83

Kommunale Finanzen im Kalenderjahr 1982	L II 2 — j 82	Kapitalgesellschaften im Kalenderjahr 1982	D I 1 — j/82
Preisindex für die Lebenshaltung Dezember 1983	M I 2 — m 12/83	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im November 1983	E I 1 — m 11/83
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland, Januar bis September 1983	P I 1 — m 9/83	Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Oktober 1983	$\frac{E I 2}{E I 5}$ — m 10/83
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie bei Wärmekraftwerken 1981	Q I 1 — 2 j/81	Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe im November 1983	$\frac{E II 1}{E III 1}$ — m 11/83
<b>Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes in den Monaten Januar/Februar 1984</b>		Totalerhebung im Bauhauptgewerbe 1983	E II 2 — j/1983
Ausländer im Saarland am 30. September 1983	A I 4 — j/1983	Einzelhandel im November 1983	G I 1 — m 11/83
Krankenhäuser am 31. Dezember 1982	A IV 2 — j/1982	Außenhandel im Oktober 1983	G III 1,3 — m 10/83
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 1982	A VI 5 — vj 4/82	Fremdenverkehr im Oktober 1983	G IV 1 — m 10/83
Berufliche Schulen im Schuljahr 1982/83 Teil II — Ergebnistabellen	B II 1 — j 82/83, II	Gastgewerbe im November 1983	G IV 3 — m 11/83
Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte im Jahr 1982	B VI 1 — j 1982	Straßenverkehrsunfälle im August 1983	H I 1 — m 8/83
Erntebereichterstattung 1983	C II 1 — 4 j/83	Straßenverkehrsunfälle im September 1983	H I 1 — m 9/83
		Straßenverkehrsunfälle im Oktober 1983	H I 1 — m 10/83
		Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1983 und Neuzulassungen im 1. Halbjahr 1983	H I 2 — hj. 1/83
		Binnenschifffahrt November 1983	H II 1 — m 11/83
		Sozialhilfe im Saarland 1982 Teil II — Empfängerkreis	K I 1 — j/82
		Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Oktober 1983	P II — m 10/83